

Geschäftsbericht 2005-2009

DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg



Herausgeber:
DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg
Ingo Degenhardt
Endericher Str.127
53115 Bonn
www.region-bonn-rhein-sieg-oberberg.dgb.de

Redaktion:
Ingo Degenhardt
Sigrid Wolf
Britta Wortmann

Fotos:
Ingo Degenhardt
Claus Parlow
Cynthia Rühmekorf
Heinrich Segin

Redaktionsschluss: 11. September 2009

Graphik: Cynthia Rühmekorf
Druck: Graphik und Druck Dieter Lippmann, Köln

Inhaltsverzeichnis

Impressum

I Vorwort	3
- Bildung und Qualifizierung sind die Eckpfeiler für ein gutes Leben	3
II Gewerkschaftliche Struktur in der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg	5
- Mitgliederentwicklung 2004 - 2009	5
- Gewerkschaftliche Vertretung in der Region	5
- DGB-Imagebroschüre	6
III DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg	9
- Schwerpunkte	9
- Außenvertretungen	10
- Beschäftigte	11
- Versichertenberater	12
IV DGB-Regionsvorstand	13
- Mitglieder	13
- Themen	14
V Kassenbericht	15
VI Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt	17
- Einleitung	
- Entwicklung im Wirtschaftsraum Bonn/Rhein-Sieg 2005 - Mitte 2009	18
- Entwicklung im Wirtschaftsraum Oberbergischer Kreis 2005 - Mitte 2009	22
- Runder Tisch für Beschäftigungssicherung	24
- Arbeit der regionalen ARGE Beiräte	25
- Ausbildungskonsens NRW	28
- Runder Tisch für Ausbildung	30
- Regionales Übergangsmanagement Bonn/Rhein-Sieg	34
- Haus der Berufsvorbereitung	36
- Ausbildungsinitiative Oberberg	37
- Leiharbeit	38
VII Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik	41
- Lenkungskreis / Facharbeitskreise	41
VIII Ausschussarbeit	45
- Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg und Bergisch Gladbach	45
- Berufsbildungsausschuss der IHK Bonn/Rhein-Sieg	46
- Prüfungsausschüsse	48
- Regionsfrauenausschuss	49
- DGB-Senioren	52
IX Binnenstruktur / vierte Ebene	53
- DGB-Ortsverband Radevormwald	53

X Vorfeldarbeit	55
- Kooperation mit der Integrierten Gesamtschule (IGS) Bonn-Beuel	
- Zukunftscamp – Future Now	
- Bewerbungsberatung	
- Ausbildungsmessen	
- Berufsschultour	
- Seminare	
XI Kommunalpolitik	59
- Gewerkschaftliche Anforderungen	59
- Kreisentwicklungskonzept Rhein-Sieg-Kreis 2020	60
XII Veranstaltungen / Aktionen	61
- Tag der Arbeit in Bonn, Siegburg und Gummersbach	61
- Internationaler Frauentag	64
- Neujahrsempfänge	65
- Hartz IV – Podiumsdiskussion	66
- Fachtagung „Perspektiven für Beschäftigung und altersgerechtes Arbeiten	67
- Annelie Buntenbach zu Gast	68
- Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften	69
XIII Kampagnen / Demonstrationen	73
- Einleitung	73
- Novellierung Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)	73
- Kinderbildungsgesetz (KiBiz)	74
- LEG Verkauf	77
- Kampagne „Rente muss zum Leben reichen“	78
- Aktionswochen und Demonstrationen	79
XIV Gegen Rechts	81
- Aktionstag „Schlauer statt Rechts“	81
- „Kein Fußbreit den Faschisten“	82
- „Bis hierher und nicht weiter!“ Für ein buntes Siegtal	84
- „Achtung Gefahr von Rechts!“ Pro NRW entgegenreten	84
- Zug der Erinnerung	85
XV Arbeitskreise	87
- AK Ehrenamtliche Arbeitsrichter	87
- Arbeitsloseninitiative im DGB	87
- Runder Tisch gegen Kinderarmut Bonn	89
- Gesprächskreis Arbeitnehmerpolitik	91
XVI AG Gewerkschafter für Bürgermedien	93
XVII Projekte	95
- Ausstellung zur Bonner Gewerkschaftsgeschichte	95
- Werkstatt-Tag	96
- LiA – Lebensqualität im Alter	98
XVIII Kunst und Kultur im Bonner DGB-Haus	99
- Gemäldeausstellung, Lesungen, Kabarett	99
XIX Öffentlichkeitsarbeit	103
- Resolutionen / Erklärungen	103
- Presseschau	104

Vorwort



Bildung und Qualifizierung sind die Eckpfeiler für ein gutes Leben

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise beherrschen seit langem die Schlagzeilen. Diese Krise ist keine übliche. Diese Krise ist auch kein Naturereignis, sondern das Ergebnis menschlichen Handelns.

Das Ende des Finanzmarktkapitalismus ist Beleg dafür, dass wir uns in einer Systemkrise befinden.

Kasinokapitalismus
am Ende

Es gibt in der momentanen Situation nichts zu beschönigen, auch kann es nicht darum gehen, Panik zu verbreiten. Wir haben uns jedoch mit einer Realität auseinanderzusetzen, die ganz klar zeigt, dass die Politik, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten gegen viele Widerstände und besonders gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchgepeitscht wurde, nicht die richtige war.

All unsere Warnungen vor den Auswüchsen dieser Politik wurden in den Wind geschlagen.

Zügellose Märkte, raffgierige Finanzjongleure, verantwortungslose Manager und viele verblendete Politiker haben daran mitgewirkt. Weltweit droht die wirtschaftliche Basis von Staaten und ihren Bürgern einzubrechen.

Wer nur auf Kapital und schnelle Renditen gesetzt und den Menschen mit seinen Bedürfnissen völlig ausgeblendet hat, der gehört in die Verantwortung genommen.

Zu dieser Krise, die in der weltweiten Finanzmaschinerie und nicht in unserem Land verursacht wurde, und nun viele Menschen existentiell bedroht, gehören Begriffe wie:

Marktgläubigkeit, Deregulierung, Privatisierung, Privat vor Staat, Shareholder-Value-Kapitalismus, die Gier nach kurzfristiger Gewinnmaximierung und das Zurückfahren und Abschaffen der Mitbestimmung.

Deregulierung

Mit Finanzanlagen wurde mehr Geld verdient als mit Investitionen in Maschinen und Arbeitsplätze.

Allein die Porsche AG erzielte im letzten Jahr 3,6 Mrd. € Gewinn aus reinen Finanzgeschäften.

Alle reden nur noch von Milliardenbeträgen, die notwendig sind um Rettungsschirme aufzuspannen und Teile des Systems zu stützen, ohne die der Zusammenbruch ganzer Märkte erst gar nicht geschehen wäre.

Das Geld, was nun gebraucht wird, muss erst einmal erwirtschaftet werden, das geschieht an Werkbänken, an Maschinen, auf Baustellen, an Schreibtischen, in Dienstleistungsbetrieben und im Handel.

gute Bildung
gute Arbeit
gutes Geld

Die Menschen brauchen gute Bildung und Qualifizierung, gute Arbeitsplätze und ein gutes Einkommen. Jeder erkämpfte Euro bei Tarifverhandlungen ist für die Steigerung der Binnennachfrage notwendig und gut angelegtes Geld.

Es ist für uns nach wie vor nicht hinnehmbar, dass Menschen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen allein nicht leben können und aufstockende Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) benötigen.

Ein-Euro-Jobs
und Warteschleifen

Die vielfältigen Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) sind ebenso wenig auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet, wie viele Leiharbeitsverhältnisse und wie die vielen Warteschleifen beim Übergang Schule/Beruf. Die Rente mit 67 stößt auch weiterhin auf unseren massiven Widerstand.

Dass Frauen heute immer noch 22 bis 23% weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen ist ebenso ein Skandal, wie die Armut in diesem Land. Hier spielt besonders die Kinderarmut eine große Rolle, ebenso die hohe Zahl derer, die trotz „Normalarbeitsverhältnis“ aufstockende Leistungen zum Lebensunterhalt von den ARGEN in der Region erhalten.

DGB und Gewerkschaften haben in den zurückliegenden Jahren Positionen erarbeitet und Standpunkte vermittelt.

Unsere Meinung ist gefragt, nicht nur bei unseren Mitgliedern, sondern auch im wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Umfeld unserer Region.

Wir wollen gute Arbeit, wir wollen gutes Geld und wir wollen ein gutes Leben – dafür setzen wir uns ein!

Nun werden sich abermals die Strukturen regionaler DGB-Arbeit verändern. Gemeinsam haben wir in den letzten Jahren viel erreicht, unsere Stimme hat Gewicht, hieran gilt es unter den neuen Rahmenbedingungen anzuknüpfen.

Mitgestalten und
Einfluss beibehalten

Der DGB braucht auch zukünftig in der Region ein starkes Profil. Da wo wir mitgestalten können und Einfluss haben auf die Verbesserung der Bedingungen unserer Mitglieder, müssen wir alles dafür tun, Strukturen und Netzwerke personell und inhaltlich beizubehalten und zu stärken.

60 Jahre DGB und
die Auswirkungen
der Strukturreform

Im Oktober dieses Jahres begeht der Deutsche Gewerkschaftsbund den 60. Jahrestag seiner Gründung. Ein Grund zu feiern!

In diesem Jubiläumsjahr werden sich die Strukturen in der Fläche bundesweit abermals massiv verändern.

Betroffen ist auch unsere DGB-Region. Wir müssen unsere Selbstständigkeit aufgeben und uns in einer neu zugründenden Großregion so aufstellen, dass wir auch weiterhin unseren Aufgaben in der Interessensvertretung für unsere Kolleginnen und Kollegen und der Schwächeren in der Gesellschaft gerecht werden.

Gewerkschaftliche Struktur in der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg

Mitgliederentwicklung 2004 - 2009

Gewerkschaft	2004	2008
IG Bau	2.272	1.805
IG BCE	7.298	6.427
GdP	3.394	3.170
GEW	2.833	2.892
IGM	26.113	25.094
NGG	1.267	1.213
Transnet	1.734	1.489
ver.di	27.317	24.523
Gesamt	72.228	66.613

Umstellung der
Berechnungsgrundlage

Durch die Umstellung der Berechnungsgrundlagen sind die Mitgliederzahlen von 2004 auf 2008 nicht unmittelbar vergleichbar und in Relation zusetzen. 2004 wurden die Mitglieder nach dem Arbeitsort ermittelt und von der DGB-Region zusammengestellt. 2008 hat der DGB-Bundesvorstand die Daten ermittelt und nach dem Wohnortprinzip zusammengestellt.

Gewerkschaftliche Vertretung in der Region

Bonn

In der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg sind von den acht Mitgliedsgewerkschaften neben dem DGB folgende im Bonner DGB-Haus vertreten:

- Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Transnet, Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Bedingt durch die Fusion der IG BCE Bezirke Köln und Bonn und die Aufgabe der Bonner Geschäftsstelle sind die verbliebenen Mieter räumlich auf zwei Etagen zusammengedrückt.

Die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten hat Mitglieder in der Region organisiert, der Sitz der Verwaltungsstelle ist in Köln.

Mit Hilfe der ehrenamtlichen Vorstände ist die Gewerkschaft der Polizei in der gesamten Region in ihren verschiedenen Kreisgruppen organisiert.

Siegburg

In Siegburg führen die Industriegewerkschaft Metall und die Gewerkschaft ver.di hauptamtlich besetzte Verwaltungsstellen.

Gummersbach

Im Gummersbacher Gewerkschaftshaus hat die IG Metall ihren Sitz. Neben den Büros des DGB unterhält die DGB-Rechtsschutz GmbH noch ein Büro. Dies wird für Termine und Rücksprachen mit den Mitgliedern genutzt.

Ende 2008 hat die IG BAU ihr Gummersbacher Büro aufgegeben.

Die GEW unterhält in Gummersbach ebenfalls ein Büro, dies ist jedoch nicht im Gewerkschaftshaus untergebracht.

Die Gewerkschaften, die in Bonn, Siegburg und Gummersbach Geschäftsstellen unterhalten, betreuen nicht nur die Betriebe und Mitglieder in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis bzw. Oberbergischen Kreis, sondern sind auch für umliegende Landkreise und DGB-Regionen zuständig. Dies resultiert aus dem Zustand unterschiedlicher regionaler Zuschnitte von Betreuungsbereichen einiger Mitgliedsgerkschaften.

Unterschiedliche
Zuständigkeitsbereiche

DGB-Imagebroschüre

Der DGB stellt sich und die Gewerkschaften in der Region in einer ansprechenden Imagebroschüre vor. Das handliche Heftchen gibt einen guten Einblick in die Arbeit und die Aufgaben des DGB und seiner Gewerkschaften. DGB und Gewerkschaften sind Interessenvertretung und kompetente Ansprechpartner.

Die 5 gewerkschaftspolitischen Themenschwerpunkte sind Arbeitsmarkt, Sozialstaat, Bildung, Mitbestimmung und Tarifpolitik.

- Beim Arbeitsmarkt gilt es wirksame Lösungen zu entwickeln, die die Menschen in die Lage versetzen, ihr Einkommen aus regulären Beschäftigungsverhältnissen erzielen zu können.
- Für den DGB ist der Sozialstaat Voraussetzung für soziale Sicherheit. Diese ist nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Familie wichtig.
- Um den Herausforderungen in der Arbeitswelt selbstbewusst entgegenzutreten zu können, ist ein uneingeschränkter Zugang zu Qualifikations- und Weiterbildungsangeboten notwendig.
- Die Mitbestimmung bedeutet auch soziale Verantwortung und sie sichert den sozialen Frieden, Mitbestimmung erhöht die Lebensqualität der Menschen und gehört zur Demokratie.
- Geregelter Arbeitsbedingungen und ausreichend Lohn ist für viele eine Selbstverständlichkeit, aber nur starke Gewerkschaften können verbindliche Tarifverträge aushandeln.

Handliches Heftchen

Gewerkschaftliche Struktur in der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg

Neben den einzelnen Standorten des DGB in der Region werden in der Broschüre die DGB-Rechtsschutz GmbH, der DGB-Regionsfrauenausschuss, die ehrenamtliche Binnenstruktur, die DGB-Jugend und die Arbeitslosengruppe im DGB-Bonn/Rhein-Sieg präsentiert.

Kontaktdaten vor Ort

Im Folgenden stellen sich alle acht Gewerkschaften vor Ort mit ihren Zielen und Kontaktdaten vor. Ein Antragsformular auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft des DGB wurde auch eingefügt.

Die Broschüre wurde gemeinsam vom DGB und den Gewerkschaften finanziert und in einer Auflagenhöhe von 4000 Stück gedruckt.





DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg

Schwerpunkte

Der geographische und kommunale Zuschnitt unserer DGB-Region stellt eine große Herausforderung dar. Die personelle Situation im Berichtszeitraum hat dies noch verstärkt.

Teilweise waren die Büros in Bonn und Gummersbach nicht so besetzt, dass von einer 100%igen Arbeitsfähigkeit gesprochen werden konnte. Dennoch haben wir durch gegenseitige Unterstützung, durch organisatorische Veränderungen und großes Engagement aller Beschäftigten unsere Arbeit geleistet. Und das in einer Art und Weise, die den DGB mit seinen Positionen, mit seinen Meinungen und Ideen und mit seiner teils kritischen Betrachtungsweise nach vorn gebracht hat. Wir sind fest verankert im Kreis aller wichtigen regionalen Akteure – in der öffentlichen Wahrnehmung sind wir präsenter denn je.

Unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat daran einen wesentlichen Anteil.

Neben der regionalen Gremienarbeit, die auf Grund sich verändernder Strukturen an Umfang zugenommen hat, lag unsere Schwerpunktarbeit in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, beim Übergang Schule/Beruf, in der Vorfeldarbeit, bei der Durchführung von eigenen Veranstaltungen und in der Besetzung wichtiger Gremien und Themen. Dazu gehören u.a. Aktionen und Veranstaltungen, wie die von der Landesregierung geplanten Veränderungen im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG), das „KiBiz“ (Kinderbildungsgesetz), der Aktionstag anlässlich des CDU-Landesparteitages in Siegburg und die Organisation des breiten Bonner Bürgerbündnisses „Kein Fußbreit den Faschisten“ mit einer Großdemonstration und Großkundgebung zum Aufmarsch Rechtsextremer am 12. Juli 2008 in Bonn.

Der DGB war, mit Unterstützung des Berufsbildungsausschusses der IHK Bonn/Rhein-Sieg, maßgeblicher Initiator des im Sommer 2008 gegründeten regionalen Übergangsmanagements Bonn/Rhein-Sieg.

In der Ausbildungsinitiative Oberberg hat der DGB seinen festen Platz.

Sorge bereitet uns weiter die Situation in den ARGEN, hier stehen nach wie vor die so genannten 1-Euro-Jobs in unserem Focus. In Anlehnung an die DGB-Auswertung einer bundesweiten Umfrage unter den 1-Euro-Jobbern, durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, haben wir aktuell für die ARGEN Bonn und Rhein-Sieg eine eigene regionale Auswertung angeregt. In der ARGE Oberberg ist dies bereits Thema und wurde in der letzten Beiratssitzung besprochen und ausführlich diskutiert.

Regelmäßige Kontakte zu Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen für uns ebenso im Vordergrund, wie die intensive Zusammenarbeit mit den

Großes Engagement
aller Beschäftigten

Übergang Schule/Beruf

Kein Fußbreit den
Faschisten

Regionale Auswertung
der 1-Euro-Jobs

Regelmäßige Kontakte

Gewerkschaften. Auf Grund der unterschiedlichen und vielfältigen Strukturen, räumlich so wie organisationspolitisch, ist dies nicht immer eine einfache Aufgabe. Doch können wir mit dem Ergebnis unserer Arbeit in der nun ablaufenden Wahlperiode sehr zufrieden sein.

DGB und Gewerkschaften haben ihren festen Platz in den regionalen Strukturen Bonns, in den regionalen Strukturen des Rhein-Sieg-Kreises und in den regionalen Strukturen des Oberbergischen Kreises, auch wenn wir nicht immer und überall präsent sein können.

Regionale
Interessenvertretung

In folgenden Gremien, Arbeitskreisen, Beiräten etc. vertreten wir die Interessen von DGB und Gewerkschaften bzw. sind als Mitinitiator, Ideengeber und Multiplikator eingebunden und haben den Vorsitz inne.

Außenvertretungen

AOK Rheinland/Hamburg Regionaldirektion Bonn	Mitglied Regionalbeirat
AOK Rheinland/Hamburg Regionaldirektion Rhein-Sieg-Kreis	Stell. Mitglied
IKK Regionaldirektion Köln-Rhein-Sieg-Kreis	Beauftragter
	Regionalbeirat
IKK Regionaldirektion Bonn und Rhein-Erft-Kreis	Beauftragter
	Regionalbeirat
Bündnis für Familie (Oberberg)	Mitglied
Bonner Forum „Zukunft für Familie“	Mitglied
Bonner Bündnis gegen Kinderarmut	Gründungsmitglied
Kriminalpräventiver Rat (Bonn)	Mitglied
Beirat LiA/Steigerung der Lebensqualität im Alter (Bonn/Rhein-Sieg)	Mitglied
Stoltenberg Lerche Stiftung / Stiftung für berufliche Weiterbildung (Oberberg)	Mitglied im Kuratorium
Sarstedt Stiftung (Oberberg)	Mitglied
Beirat LerNet – Zusammenschluss regionaler Weiterbildungsträger – Bonn/Rhein-Sieg	Mitglied
ARGE Bonn - Beirat für Arbeitsmarktunterstützende Angebote	Alternierender Vorsitz
ARGE Rhein-Sieg – Beirat für Arbeitsmarktunterstützende Angebote	Alternierender Vorsitz
ARGE Oberberg Fachbeirat	Mitglied
Beirat START Zeitarbeit NRW (Bonn/Rhein-Sieg)	Mitglied
Lenkungskreis Bonn	Mitglied
Regionale Konsensrunde „Jugend und Beruf“ – vormals Facharbeitskreis „Jugend und Beruf“ (Bonn/Rhein-Sieg))	Mitglied
Facharbeitskreis „Frau und Beruf“ (Bonn/Rhein-Sieg)	Mitglied
Facharbeitskreis „Moderne Arbeitswelt“ (Bonn/Rhein-Sieg)	Mitglied

DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg

Lenungskreis Köln	Mitglied
Facharbeitskreis „Gender Mainstreaming“ (Köln)	Vorsitz
Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg	Alternierender Vorsitz
Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach	Alternierender Vorsitz
Arbeitskreis „Wirtschaft“ (Oberberg)	Mitglied
Beirat „Schule und Beruf“ (Oberberg)	Mitglied
Beirat „Schule und Beruf“ (Bonn/Rhein-Sieg)	Mitglied
Berufsbildungsausschuss IHK Bonn/Rhein-Sieg	Alternierender Vorsitz
Schlichtungsausschuss IHK Bonn/Rhein-Sieg	Stell. Mitglied
Lokaler Ausbildungskonsens (Köln)	Mitglied
Lokaler Ausbildungskonsens (Bonn/Rhein-Sieg)	Mitglied
Ausbildungsinitiative Oberberg „Steuerungsgruppe“	Mitglied
Jugendring (Oberberg)	Mitglied
Jugendring (Bonn)	Mitglied
Jugendring (Rhein-Sieg)	Mitglied
Schulkonferenzen an Berufskollegs Bonn/Rhein-Sieg	Mitglied
Beirat „Haus der Berufsvorbereitung“ (Bonn/Rhein-Sieg)	Mitglied
Regionales Übergangsmanagement / Steuerungsgruppe, Arbeitsgruppe (Bonn/Rhein-Sieg)	Mitinitiator und Mitglied
Mittelrheinische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie	Mitglied im Kuratorium
Gedenkstätte Bonn e.V.	Mitglied im Kuratorium
Veranstaltergemeinschaft Radio Bonn/Rhein-Sieg	Mitglied
Veranstaltergemeinschaft Radio Berg	Mitglied
zdi-Zentrum MINT-Werkstatt Bonn/Rhein-Sieg	Gründungsmitglied

Beschäftigte:

Ingo Degenhardt, Regionsvorsitzender
 Elke Hannack, Geschäftsstellenleiterin in Gummersbach (bis Februar 2006)
 Britta Wortmann, Organisationssekretärin (Februar 2006 – Mai 2009)
 Liv Dizinger, Organisationssekretärin (August 2006 – Januar 2007)
 Sigrid Wolf, Organisationssekretärin – Teilzeit (ab April 2007)

Sabine Stopperich, Mitarbeiterin – Teilzeit
 Elisabeth Vetter, Mitarbeiterin – Teilzeit (bis Dezember 2007)
 Ursula Lindner, Mitarbeiterin – Teilzeit (bis April 2008)
 Bianca Horstmann, Mitarbeiterin (ab Juli 2008)

Darüber hinaus waren im Berichtszeitraum zweimal zu je drei Monaten eine Aus-
 hilfe der Fa. START Zeitarbeit NRW beschäftigt.

**Versichertenberater
in der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg****Bonn**

STEIN Willi, Wöhlerstr. 8, 53332 Bornheim
ZIMMER Wilfried, Carl-Duisberg-Str. 75, 53121 Bonn

Rhein-Sieg-Kreis

KNIPP Bernd, An der Krautwiese 26, 53783 Eitorf
KUNZ Viktor, Ankerstr. 11, 53757 St. Augustin
RATH Peter, Luise-Otto-Str. 25, 53840 Troisdorf
REUSCH Peter, Kronenstr. 21, 53347 Alfter

Oberbergischer Kreis

BURKSCHAT Waltraud, Ötterstaler Str. 30, 51766 Engelskirchen
SCHOPPMANN Hans-Peter, Bitzenweg 47, 51674 Wiehl
THIENERT Werner, Zur alten Heide 15, 51580 Reichshof

Dienstleistungsangebot
des DGB

Im Rahmen seiner sonstigen Dienstleistungen bietet der Deutsche Gewerkschaftsbund durch seine Versichertenberater der Deutschen Rentenversicherungen, Rentenberatungen zum aktuellen Rentenrecht an.

Bei den Versichertenberatern erhalten Hilfesuchende, Unterstützung bei der Durchführung von Kontenklärungen. Die Versichertenberater sind auch berechtigt Kopien den Rentenversicherungsträgern gegenüber zu beglaubigen. Selbstverständlich nehmen die Versichertenberater nicht nur Rentenanträge entgegen, sondern sind auch beim ausfüllen der oft komplizierten Rentenanträge behilflich.

Die Beratung erfolgt ehrenamtlich und ist somit auch unentgeltlich.

DGB-Regionsvorstand

Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Regionsvorstandes der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg

	Mitglieder		Stellvertreter	
Gewerkschaft	Name	Vorname	Name	Vorname
ver.di	Tremel	Katrin	Lier	Heinz
IG Metall	Kemper	Norbert	Baasch	Uwe
IG BCE	Laskowski	Gerd	Weber	Karl-Heinz
IG BAU	Exner	Karl-Heinz	Schmitz	Willi
GdP	Hofmann	Franz	Schott	Udo
GEW	v. Maydell	Joachim	Schäffler	Jürgen
Transnet	Bohnet	Rainer	Langen	Wolfgang
NGG	N.N.			

Kollege Exner erklärte seinen Rücktritt im Juli 2009.

Weitere Mitglieder				
ver.di	Kroll	Irmgard	Rach-Bredthauer	Elfi
IG Metall	Kutzner	Ralf	Mühling	Lutz
IG BCE / ver.di	Grabowski	Dieter	Borelbach	Angela

Kollegin Kroll erklärte ihren Rücktritt im Dezember 2006

Kollegin Rach-Bredthauer erklärte ihren Rücktritt im August 2008

Personangruppen				
Frauen				
ver.di	Weiland	Gisela		

Senioren			
ver.di	Stumph	Peter	Sitzungen in Bonn
IGM GM	Schuster	Friedhelm	Sitzungen in Gummersbach
ver.di	Gräf	Erwin	Sitzungen in Siegburg

Der Seniorenausschuss löste sich im Juli 2006 auf.

Ortsverbände				
Radevormwald				
IGMetall	Betz	Henry		

Kollege Betz erklärte seinen Rücktritt im Juni 2008.

Themen

Der Regionsvorstand befasste sich im Berichtszeitraum mit folgenden Schwerpunkten:

- Aktuelles aus den Gewerkschaften
- Planung der Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag und 1. Mai
- Neujahrsempfänge
- Vorbereitung gewerkschaftspolitischer Aktionen
- Arbeit und Finanzierung der Radiowerkstatt Siegburg
- Benennung von Mitgliedern in Ausschüssen und Gremien
- DGB-Ortsverbände
- Pressegespräche
- Regionalagenturen Bonn/Rhein-Sieg und Köln
- Aktionen zur Sozialpolitik
- Arbeitsmarkt in der Region
- Hartz IV / ARGE Beiräte
- Kommunalpolitik / Kommunalpolitische Anforderungen
- Gesprächskreis Arbeitnehmerpolitik
- Kampagnen
- Ausbildungsplatzsituation in der Region
- Übergang Schule Beruf
- Demonstrationen
Straßburg, Berlin, Düsseldorf, Bochum, Dortmund
Bonn „Kein Fußbreit den Faschisten“
- Vorfeldarbeit, Mitgliedergewinnung, Jugend
- Landespersonalvertretungsgesetz LPVG
- Kinderbildungsgesetz KiBiz
- Fachtagungen
- Bündnisarbeit (u.a. gegen Kinderarmut, gegen Pro Bonn)
- Kulturarbeit
- DGB-Strukturreform
- Erklärungen / Resolutionen
- DGB-Imagebroschüre
- Zug der Erinnerung
- Ausstellung zur Bonner Gewerkschaftsgeschichte
- Veranstaltung „Prekäre Beschäftigung“

Kassenbericht

Einnahmen	2005	2006	2007	2008
Bestandvortrag				
Haushaltsmittel	12.392,13	./ 22,26	15.719,97	22.380,52
Zweckgebundene Mittel	1.022,58	990,58	0,00	0,00
Anfangsbestand	13.414,71	968,32	15.719,97	22.380,52
Haushaltsmittel v. BV	68.040,00	84.840,00	80.040,00	77.640,00
Zusätzl. HHM Bezirk	8.000,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Einnahmen	0,00	0,58	0,00	711,74
Zweckgeb. Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamteinnahmen	89.454,71	85.808,90	95.759,97	100.732,26
Ausgaben				
Miete	17.454,48	17.454,48	18.861,00	19.329,84
Mietnebenkosten	25.096,94	17.091,31	17.455,56	15.793,87
Porto	2.839,22	1.560,75	1.504,30	1.699,36
Internet	4.018,67	4.163,01	3.384,83	3.424,43
Telefon und Fax	4.190,49	3.455,98	4.593,76	3.987,16
Büromaterial	1.492,29	767,49	1.362,77	1.043,35
Druckkosten	2.026,56	90,11	0,00	86,99
Kopierkosten	2.944,48	4.080,88	2.518,72	2.449,13
Zeitschriften	2.468,11	2.265,92	1.620,22	1.912,48
KFZ-Anschaffungen	3.245,40	3.245,40	4.480,00	4.806,24
KFZ-Betriebskosten	3.585,93	5.443,39	4.341,17	4.711,09
Reisekosten	3.314,20	1.440,65	3.180,16	3.166,82
Personalnebenkosten	0,00	326,00	156,00	130,00
Instandhaltung	0,00	198,07	44,99	1.126,76
Inventaranschaffungen	222,27	125,97	3.190,47	527,68
Beiträge	80,00	80,00	80,00	80,00
Sonst. Verwaltungskosten	1.843,15	322,79	719,41	592,26
Konferenzen/Tagungen	5.229,07	1.449,14	711,76	974,77
PG Jugend	162,92	84,53	147,74	873,48
PG Frauen	699,86	785,58	307,39	1.181,88
Arbeitskreise	81,20	165,00	901,25	50,00
Bildungsarbeit	0,00	114,70	0,00	0,00
Sozialpolitik	0,00	0,00	0,00	0,00
Veranstaltungen/Aktionen	6.100,81	3.278,92	2.959,92	8.489,72
Binnenstruktur	1.358,34	1.108,28	858,03	337,13
Zwischensumme	88.454,39	69.098,35	73.379,45	76.774,44
Zweckgebundene Mittel	32,00	990,58	0,00	0,00
Gesamtausgaben	88.486,39	70.088,93	73.379,45	76.774,44

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Einleitung

Zu diesem Themenkomplex gehören die Statistiken. All monatlich werden sie von der Agentur für Arbeit bekanntgegeben. Mit hohem Interesse verfolgen die arbeitsmarktpolitischen Akteure jedes Mal die Vermeldungen der aktuellen Zahlen.

Statistiken

Aus DGB Sicht spielen die veröffentlichten Zahlen eine bedeutende Rolle. Sie sind mit Sicherheit ein Richtwert, spiegeln die regionale Situation jedoch nur unzureichend wieder.

Regionale Situation

Besonders auf dem Ausbildungsstellenmarkt macht sich dies bemerkbar und ist seit Jahren in der Diskussion. Auf Initiative des Berufsbildungsausschusses der IHK Bonn/Rhein-Sieg sind vor zwei Jahren erstmals Erhebungen an den Berufskollegs durchgeführt worden, um die Zahl der Jugendlichen zu ermitteln, die sich in den sogenannten Warteschleifen befinden und nicht in der offiziellen Statistik der Arbeitsagentur vermerkt sind.

Erstmals Erhebungen
an Berufskollegs

Ebenfalls nicht vermerkt in den Statistiken der Agenturen waren die Arbeitslosen im SGB III, die sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden. Seit Juni dieses Jahres werden nun, neben den als arbeitslos zu zählenden Menschen, Angaben zur Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) gemacht, die die Entlastung der Arbeitslosigkeit durch die einzelnen Maßnahmen deutlich machen soll.

Angaben zur
Unterbeschäftigung

Neben den nicht wegzudenkenden Statistiken stehen die tatsächlichen regionalen Gegebenheiten im Vordergrund. Es gibt vielfältige Initiativen und Gremien, die sich mit der jeweiligen Situation auseinandersetzen. Hier werden Lösungsansätze für positive Veränderungen gesucht und konkrete Projekte initiiert.

All dies unter der kontinuierlichen Mitwirkung des DGB.

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Die Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes im Wirtschaftsraum Bonn/Rhein-Sieg – 2005 bis Mitte 2009

- Region Bonn/Rhein-Sieg ist fit für die Zukunft
- In der Krise vergleichsweise gut aufgestellt

Einführung

Alle Wirtschaftswissenschaftler und Fachleute sind sich einig: Der Wirtschaftsraum Bonn/Rhein-Sieg ist für die Zukunft gut aufgestellt. Die Wirtschaft in der Region Bonn/Rhein-Sieg basiert auf zukunftsorientierten Dienstleistungen, u. a. Telekommunikation, Medien, Gesundheit und Bildung, sowie einem ausgewogenem Mix an Handel und Gewerbe. In Teilen der Region sind außerdem die Kunststoffindustrie und der Maschinenbau von großer Bedeutung.

Dieser breit aufgestellte Branchenmix trägt entscheidend dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit hier in der Region stets deutlich unter dem Landesdurchschnitt NRW liegt. Ende Juni 2009 betrug die Arbeitslosenquote für den Bezirk der Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg 6,9 Prozent (NRW 9,0 Prozent).

Konjunktur

Nach einer längeren Aufschwungphase Mitte 2005 bis erstes Quartal 2008 schrumpft momentan die deutsche Wirtschaft. Sie befindet sich derzeit in der schärfsten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Die schwere weltumspannende Wirtschaftskrise hat den Arbeitsmarkt auch im Wirtschaftsraum Bonn/Rhein-Sieg erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen im Jahresvergleich hat zugenommen und die Meldung offener Stellen ist deutlich rückläufig.

Durch Konjunkturprogramme versucht die Bundesregierung die Wucht der tiefen Rezession zu bremsen. Mit dem arbeitsmarktpolitischen Instrument der Stunde-Kurzarbeit, ist es der Agentur für Arbeit bisher gelungen, Beschäftigung zu erhalten und Entlassungen zu vermeiden.

Erwerbstätigkeit

Der Mitte 2005 zunächst leicht einsetzende, dann in den Folgejahren zunehmend stärker fortschreitende Wirtschaftsaufschwung ließ die versicherungspflichtige Beschäftigung in Bonn/Rhein-Sieg auf einen historischen Höchststand steigen. Nach den letzten verfügbaren Zahlen von Ende Dezember 2008 arbeiteten in der Region 282.122 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Das waren rund 15.000 Beschäftigte mehr als Ende 2004. Das Wachstum verlief in den vier Jahren 2005 bis 2008 in Bonn/Rhein-Sieg stärker als in NRW und dem Bundesgebiet West.

Von der Zunahme der Beschäftigung haben sowohl Männer als auch Frauen profitiert. Mit 49 Prozent ist der Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigung, im Vergleich mit anderen Regionen Nordrhein-Westfalens, besonders hoch.

Breit aufgestellter
Branchenmix

Konjunkturprogramme
und Kurzarbeit

Versicherungspflichtige
Beschäftigungsverhältnisse

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Wirtschaftsfachlich gesehen sind die großen Gewinner des Aufschwungs die Wirtschaftsabteilungen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Grundstücks- und Wohnungswesen, Erziehung und Unterricht sowie Gastronomie und Gesundheits- und Sozialwesen. Stärkere Beschäftigungsrückgänge verzeichnete leider auch im Wirtschaftsaufschwung das Verarbeitende Gewerbe, in dem es Ende 2008 rund 5.000 Arbeitsplätze weniger gab als Ende 2004. In geringerer Ausprägung gab es aber auch weniger Beschäftigte im Baugewerbe sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Als Folge der gesamtwirtschaftlichen Krise werden der Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg in diesem Jahr weniger Stellen gemeldet als im Vergleichszeitraum zuvor. Im ersten Halbjahr 2009 meldeten die Arbeitgeber/innen des Wirtschaftsraumes Bonn/Rhein-Sieg 7.240 Stellen, rund 1.300 oder 15 Prozent weniger als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008.

Arbeitskräfteangebot

Bonn/Rhein-Sieg gehört zu den Regionen mit der dynamischsten positiven Entwicklung in Deutschland, hier findet seit Jahrzehnten ein anhaltendes Bevölkerungswachstum statt, das auch für die Zukunft prognostiziert wird. Die Zahl der Erwerbspersonen kletterte seit 2005 um rund 8.000 auf jetzt 447.000.

Arbeitslosigkeit

2005 war das Jahr der umfassendsten Sozialreform der deutschen Nachkriegsgeschichte. Mit in Kraft treten des Sozialgesetzbuches II – Grundsicherung für Arbeitssuchende – wurde bisher verdeckte Arbeitslosigkeit transparent. Der jahresdurchschnittliche Bestand an Arbeitslosen im Wirtschaftsraum Bonn/Rhein-Sieg stieg von 2004 auf 2005 um mehr als 4.500 Personen. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Bereich der Grundsicherung war 2006. Damals betreuten die Arbeitsgemeinschaften ARGE Bonn und Rhein-Sieg im Jahresschnitt 23.168 Arbeitslose. Die enge Kooperation von Mitarbeitern der Kommunen und der Arbeitsagentur mit einer intensiveren Kontaktdichte zu den Arbeitslosen zahlte sich aus. Bis zum Jahre 2008 konnte die Zahl der Arbeitslosen um 2.299 gesenkt werden, natürlich auch dank der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Grundsicherung

Vom Wirtschaftsaufschwung der vergangenen vier Jahre mit seinem Zuwachs an versicherungspflichtiger Beschäftigung begünstigt waren die Arbeitslosen beider Rechtskreise. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl sank von 35.807 im Jahre 2005 auf 29.726 Personen im Jahre 2008. Einen wesentlichen Beitrag zur Beschleunigung des Abbaus von Arbeitslosigkeit hat die Agentur für Arbeit geleistet. Ihr Prinzip „Fördern und Fordern“ bewirkte eine schnellere, passgenauere Besetzung freier Arbeitsplätze.

Fördern und Fordern

Seit Jahresanfang 2009 ist der in den drei Vorjahren beobachtete kräftige Trend zu

weniger Arbeitslosen gebrochen. Monat für Monat liegt die Arbeitslosenzahl – verursacht durch die tiefgreifende Wirtschafts- und Finanzkrise – wieder über den vergleichbaren Vorjahreswerten. Ende Juni waren im Raum Bonn/Rhein-Sieg 30.717 Männer und Frauen arbeitslos, 1.350 mehr als im Juni des Vorjahres.

Arbeitslosenquote

Lautete die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen - im Jahre 2005 für den Bezirk der Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg noch 8,2 Prozent, so sank diese Messziffer der Unterbeschäftigung innerhalb von drei Jahren auf 6,7 Prozent. Ende Juni 2009 betrug die Quote 6,9 Prozent, 0,2 Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor.

Männer und Frauen

Vom Wirtschaftsaufschwung stärker begünstigt waren die Männer. Dies belegen die Arbeitslosenquoten. 2005 waren die Frauen zu 8,0 Prozent von Arbeitslosigkeit betroffen, die Männer mit 10,1 Prozent. Drei Jahre später betrachtet hatte sich die Arbeitslosenquote der Männer um 2,5 Prozentpunkte auf 7,6 Prozent verbessert, die Quote der Frauen verringerte sich um 1,2 Prozentpunkte weniger stark auf 7,3 Prozent.

Jugendarbeitslosigkeit

Erfolge können bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aufgezeigt werden. Gab es im Jahre 2006 durchschnittlich noch über 4.000 Arbeitslose unter 25 Jahren, so wurde diese Zahl durch intensives Bemühen der Agentur für Arbeit, der Arbeitsgemeinschaften Bonn und Rhein-Sieg sowie der regionalen Partner am Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2008 auf unter 3.100 zurückgeführt. In diesem Jahr ist ihre Zahl im Zusammenhang mit dem geringeren Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften um hundert Personen auf 3.200 leicht angestiegen. Im Vergleich die dazugehörigen Arbeitslosenquoten: 8,6 Prozent in 2006 sowie 6,5 Prozent im Jahr 2008 und Ende Juni diesen Jahres 6,7 Prozent.

Ausbildungsmarkt

Ausbildungsverträge

Der Wirtschaftsaufschwung der vergangenen Jahre wirkte sich für den Ausbildungsmarkt ebenfalls günstig aus. Schlossen die Betriebe im Wirtschaftsraum Bonn/Rhein-Sieg zu Beginn des Aufschwungs im Jahre 2005 insgesamt 5.226 Ausbildungsverträge, so waren es in den Jahren 2007 und 2008 deutlich mehr. Der Höhepunkt seit dem Jahre 2000 wurde 2007 mit 5.968 abgeschlossenen Verträgen erreicht; im Jahre 2008 waren es nur 87 weniger. Der Einschaltungsgrad der Agentur für Arbeit bewegt sich sowohl auf der Seite der Bewerber als auch auf der Seite der Betriebe nahe bei 70 Prozent. Bedenkt man, dass Betriebe und Jugendliche auf vielen Wegen zueinander finden können, zum Beispiel über das Internet, so ist das ein hoher Einschaltungsgrad der Arbeitsagentur.

Zum 30. September 2008, dem Ende des Berichtsjahres der Berufsberatung der Agentur für Arbeit, suchten noch 55 junge Menschen aus Bonn und dem Rhein-

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Sieg-Kreis eine Ausbildungsstelle. Zum gleichen Zeitpunkt waren noch 141 gemeldete Ausbildungsstellen bei Betrieben der Region unbesetzt. Die gemeinsamen Aktivitäten der Partner im Ausbildungskonsens* in den Monaten Oktober bis Dezember führten dazu, dass allen unversorgten Jugendlichen eine berufliche Perspektive eröffnet werden konnte.

Seit Beginn des laufenden Berufsberatungsjahres im Oktober 2008 wandten sich (Stand Ende Juni 2009) insgesamt 3.845 Jugendliche auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle an die Berufsberatung der Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg. Das waren 274 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wirtschaft und Verwaltung boten dem Arbeitgeber-Service der Agentur für Arbeit bis Ende Juni insgesamt 3.819 Berufsausbildungsstellen an, eine Zunahme um 90 Stellen. Rein rechnerisch kann jedem Jugendlichen in der Region ein Angebot unterbreitet werden. Allerdings bestehen fachliche und regionale Engpässe in unterschiedlichen Ausbildungsberufen.

Aufgrund der Erfahrungen aus den Vorjahren ist jedoch insgesamt davon auszugehen, dass die berufliche Integration der jungen Berufswähler und -wählerinnen auch in diesem Jahr gelingen wird.

*(Mitglieder des Ausbildungskonsens sind – unter Geschäftsführung der IHK Bonn/Rhein-Sieg – die Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Arbeitgeberverband, die Kreishandwerkerschaft Bonn/Rhein-Sieg, die Handwerkskammer zu Köln, die Berufskollegs, die Stadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis, die Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg sowie die Ärztekammer Nord-rhein.)

Fazit

Auch der Wirtschaftsraum Bonn/Rhein-Sieg ist von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen. Jedoch ist die Region Bonn/Rhein-Sieg aufgrund ihrer Struktur mit über 20.000 Klein- und Mittelbetrieben, in denen versicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigt sind, sowie der überdurchschnittlichen Ausstattung mit zukunftsorientierten Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie einem hoch qualifizierten Arbeitskräftepotential nicht so anfällig für Arbeitsplatzverluste wie andere Regionen.

Es bleibt abzuwarten, wie lange die Krise noch andauert, wie lange die Betriebe die Zeiten des Auftragsmangels mit Kurzarbeit und Qualifizierung überbrücken können. Bis Herbst ist mit keinen größeren Entlassungen zu rechnen. Die Agentur für Arbeit als Partnerin der Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird alles daran setzen, Arbeitsplätze zu erhalten und Entlassungen zu vermeiden.

Arbeitsplätze erhalten

Text: „Marita Schmickler-Herriger, Leiterin der Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg.“

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Entwicklung im Wirtschaftsraum Oberbergischer Kreis 2005 – 2009

Arbeitslosenquote bei 10,5%

Mit Beginn des Jahres 2005 wurden die bisherige Sozialhilfe für Erwerbsfähige und Arbeitslosenhilfe zusammengeführt. Allein diese Sonderentwicklung ließ die Arbeitslosigkeit steigen. Nach 21.609 Zugängen in Arbeitslosigkeit (darunter 10.738 aus Erwerbstätigkeit) und 19.744 Abgängen (darunter 8.651 in Erwerbstätigkeit) waren im Jahr 2005 durchschnittlich 14.933 Oberberger arbeitslos gemeldet. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote betrug in der Region 10,5 Prozent nach 9,0 Prozent im Jahr 2004.

Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen sinkt

Insgesamt 2.179 junge Menschen aus dem Oberbergischen Kreis hatten sich als Bewerberinnen oder Bewerber um eine Ausbildungsstelle beworben.

Auf der anderen Seite des Marktes verringerte sich das Angebot an gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen um 17 Prozent auf 1.038 Ausbildungsstellen. Bei 1.026 Stellen der insgesamt 1.038 gemeldeten Stellen konnten bis zum Stichtag passende Bewerber einmünden, lediglich 12 Stellen waren Ende September 2005 noch offen.

Die Anzahl der zum 30.09.2005 noch nicht vermittelten Bewerber konnte im Vergleich zum Vorjahr um 21 Prozent auf jetzt noch 221 junge Männer und Frauen gesenkt werden.

Nachfrage an Lehrstellen steigt deutlich an

Nach 19.327 Zugängen in Arbeitslosigkeit und 22.594 Abgängen waren im Jahr 2006 durchschnittlich 13.860 Oberberger arbeitslos gemeldet (2005: 14.933).

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote betrug in der Region 9,7 Prozent nach 10,5 Prozent im Jahr 2005.

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen hat noch deutlich zugenommen, sie ist um 14,3 Prozent gestiegen. Insgesamt 2.490 junge Menschen aus dem Oberbergischen Kreis haben als Bewerberinnen oder Bewerber um eine Ausbildungsstelle die Vermittlungsdienste der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach bis zum 30.09. in Anspruch genommen.

Auf der anderen Seite des Marktes erhöhte sich auch das Angebot an gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen um 8,8 Prozent auf 1.129 Ausbildungsstellen.

Flexibel einsetzbare Hilfskräfte gesucht

Im Durchschnitt des Jahres 2007 waren im Kreisgebiet 10.522 Personen arbeitslos gemeldet, 3.340 oder 24,1 Prozent weniger als in 2006. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank von 9,7 Prozent im Vorjahr auf 7,3 Prozent. Im Durchschnitt des Jahres waren 884 Stellen frei.

Es wurden vor allem Mitarbeiter/-innen für folgende Berufsgruppen gesucht: Flexibel einsetzbare Hilfskräfte, Zerspanungsmechaniker (Drehtechnik), Kraftfahrer, Maschinenbauingenieure, Schlosser, Bürofachkräfte, Verkäufer und Friseure.

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Gut 2.485 junge Leute - davon etwa 61 Prozent Altbewerber - strömten auf den Ausbildungsmarkt. Die Relation Bewerber zu Ausbildungsstellen verbesserte sich dabei von 2,2 zu 1 im Vorjahr auf 1,9 zu 1 in 2007. Für den 30. September wies die Statistik der Agentur noch 162 Bewerber auf, die weder eine Ausbildungsstellenzusage noch eine andere Alternative hatten. Der Agentur waren noch 40 unbesetzte Berufsausbildungsstellen bekannt.

Im Durchschnitt des Jahres 2008 waren im Oberbergischen Kreis 9.115 Männer und Frauen arbeitslos, 1.408 oder 13,4 Prozent weniger als 2007. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 6,3 Prozent nach 7,3 Prozent im vergangenen Jahr. Im Oberbergischen Kreis meldeten die Betriebe 1.260 Ausbildungsstellen, 35 Stellen oder 2,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Gleichzeitig meldeten sich 2.015 junge Männer und Frauen als Bewerber für Berufsausbildungsstellen, 470 oder 18,9 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Am 30. September 2008 gab es für 94 unversorgte Bewerber noch 59 unbesetzte Ausbildungsstellen. Ein Jahr zuvor kamen auf einen unversorgten Bewerber rechnerisch 0,2 unbesetzte Ausbildungsstellen; jetzt waren es 0,6.

Arbeitslosenquote sinkt

2009: Im Laufe des Juli mussten sich 2.700 Männer und Frauen zwischen Radevormwald und Morsbach arbeitslos melden; gleichzeitig konnten sich 2.282 Personen aus der Arbeitslosigkeit abmelden. Nach diesen umfangreichen Veränderungen lag die Arbeitslosenzahl im Oberbergischen Kreis mit 11.265 um 2.135 oder 23,4 Prozent über dem vom Juli 2008. Insbesondere der metallverarbeitende Bereich trug zu dieser Entwicklung bei. Von den 11.265 Arbeitslosen zählten 6.007 oder 53,3 Prozent zu den Kunden der Arbeitsgemeinschaft Oberberg, 220 oder 3,8 Prozent mehr als im Vormonat und 271 oder 4,7 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote für das Kreisgebiet betrug 7,8 Prozent nach 7,5 Prozent im Vormonat und 6,3 Prozent im Vorjahr.

Die verschlechterte Arbeitsmarktsituation traf im Oberbergischen Kreis noch deutlicher als in den benachbarten Regionen die Gruppe der Berufsanfänger (unter 25 Jahre alt): Ihre Zahl lag mit 1.783 nicht nur um 275 oder 18,2 Prozent über dem Stand vom Juni, sondern auch um 511 oder 40,2 Prozent über dem vom Juli des Vorjahres.

Negativtrend trifft
Oberberg deutlicher

Bei den Betrieben und Verwaltungen im Kreisgebiet waren im Berichtsmonat noch 563 Stellen für eine normale sozialversicherungspflichtige Beschäftigung unbesetzt, 21 oder 3,9 Prozent mehr als vor vier Wochen, aber 364 oder 39,3 Prozent weniger als vor einem Jahr. Dabei suchten die Arbeitgeber vor allem Verkaufspersonal in der Systemgastronomie, Altenpfleger, Außendienstmitarbeiter, Elektroinstallateure, Krankenpflegekräfte, Friseure, flexibel einsetzbare Hilfskräfte (über Zeitarbeitsunternehmen), Fürsorger und Maler und Lackierer.

Text: Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach

Runder Tisch für Beschäftigungssicherung



v.l.: Carina Nillies (IHK), Alois Blum (Kreishandwerkerschaft), Martina Schönborn-Walldorf (Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg), Ingo Degenhardt (DGB), Marita Schmickler-Herriger (Agentur für Arbeit), Victoria Appelbe (Wirtschaftsförderung Bonn), Dr. Hermann Tengler (Wirtschaftsförderung Rhein-Sieg)

Wirtschaftsraum Bonn/Rhein-Sieg

In der Krise vergleichsweise gut aufgestellt

Die Beteiligten des Runden Tisches bei der Agentur für Arbeit „Beschäftigungssicherung Bonn/Rhein-Sieg“ sehen die Region in der Krise deutlich besser aufgestellt als andere Regionen in Nordrhein-Westfalen.

Zum zweiten Mal tauschten am Dienstag, den 30. Juni 2009 die Arbeitsmarktpartner (IHK, Kreishandwerkerschaft, Gewerkschaft, gemeinsam mit der Regionalagentur, den Wirtschaftsförderungen Bonn und Rhein-Sieg-Kreis sowie Agentur für Arbeit) ihre Beobachtungen und Einschätzungen zur Lage des Arbeits- und Ausbildungsmarktes aus.

Nicht nur die Beteiligten am Runden Tisch auch Wissenschaftler sehen den Wirtschaftsraum Bonn/Rhein-Sieg von der Wirtschaftskrise unterdurchschnittlich betroffen. Generell betrachtet schauen die Unternehmen mit Zuversicht in die Zukunft, so die Arbeitsmarktexperten am Runden Tisch. Das zeigt sich auch darin, dass die Firmen trotz Auftragsmangel ihre eingearbeiteten Beschäftigten halten und das arbeitsmarktpolitische Instrument der Stunde Kurzarbeit sowie die Qualifizierungsmöglichkeiten nutzen.

Die Qualifizierung während der Kurzarbeit hat seit Februar (zwei Betriebe und 19 Beschäftigte) deutlich zugenommen. Im Juni qualifizierten 35 Betriebe 219 Beschäftigte. Informationen rund um das Thema Qualifizierung bei Kurzarbeit gibt die Agentur für Arbeit unter der Telefonnummer (0228) 924-4214.

Region
unterdurchschnittlich
betroffen

Qualifizierung während der
Kurzarbeit nimmt zu

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Mit Blick auf den Ausbildungsmarkt rufen die Teilnehmer/innen am Runden Tisch die Unternehmer der Region auf, in der Ausbildungsbereitschaft nicht nachzulassen und der Agentur für Arbeit (Hotline 01801/664466) Ausbildungsstellen zu melden: „Der nächste Aufschwung kommt bestimmt und Betriebe mit selbst ausgebildetem Personal haben mehr Chancen am Markt.“
Der nächste Runde Tisch ist für den 1. Oktober 2009 vereinbart.

Bild und Text Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg

Arbeit der regionalen ARGE Beiräte

Die Ein-Euro-Verdrängung

Nachdem die ARGEN, teils mit heftigen Anlaufschwierigkeiten und teilweise verspätet, ihre Arbeit aufgenommen haben, steht die Politik der Arbeitsgemeinschaften und besonders die Ein-Euro-Jobs nach wie vor in der Kritik.

Bundesweit gibt es keine einheitliche Vorgehensweise, ob und wenn ja mit welcher Besetzung, sogenannte ARGE-Beiräte zu installieren sind.

Die Festlegungen darüber treffen die jeweiligen Lenkungskreise bzw. Trägerversammlungen oder Optionskommunen.

In der Bundesstadt Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis wurden Beiräte ausschließlich für arbeitsmarktunterstützende Angebote eingerichtet.

Bonn:

- Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg
- Kreishandwerkerschaft Bonn/Rhein-Sieg
- Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in der Stadt Bonn
- Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg
- Bundesstadt Bonn
- DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg
- ver.di Bezirk NRW-Süd
- ARGE Bonn (Geschäftsführung)

Rhein-Sieg-Kreis:

- Rhein-Sieg-Kreis
- Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg
- Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg
- Kreishandwerkerschaft Bonn/Rhein-Sieg
- DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg
- ver.di Bezirk NRW-Süd
- ARGE Wohlfahrt Sankt Augustin (als kreisangehörige Kommune)
- Regionalstelle Frau & Beruf
- ARGE Rhein-Sieg (Geschäftsführung)

Zusammensetzung

Gewerkschaft übt Kritik an der Arge

Argwöhnisch registriert der DGB unter anderem die Zunahme von Ein-Euro-Jobs.

VON RALF JOHNEN

Rhein-Sieg-Kreis - Ungewöhnlich scharfe Kritik übt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) an der Art, wie die Arge ihre Kunden in Arbeit bringt. So vermutet der regionale DGB-Chef Ingo Degenhardt einen Zusammenhang zwischen einer Abnahme von sozialversicherungspflichtigen Jobs bei den Kommunen und der Zunahme so genannter Ein-Euro-Jobs. Als Beispiel für diese Art von Sparmaßnahme nennt Degenhardt die Bauhöfe: „Die Folge sehen wir alle täglich am Zustand unserer Straßen, an der nicht erfolgten Pflege von Grünanlagen und Wegen sowie an der mangelhaften Pflege städtischer Einrichtungen.“

Generell, so der Gewerkschafter, dürften Arbeitsgelegenheiten nicht in direkter Konkurrenz zu regulärer Beschäftigung stehen. Die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Jobs müsse dementsprechend absoluten Vorrang haben. Nur dann nämlich könnten Arbeitslose künftig ihren Lebensunterhalt selber bestreiten und auch ihre Rentenanprüche sichern.

Besonderes Befremden haben beim DGB die Rahmenbedingungen für den Besuch einer Metallwerkstatt für arbeitslose Jugendliche hervorgerufen. Um für diese – in Siegburg realisierte – Arge-Maßnahme jüngerer Datums zugelassen zu werden, müssen die Jugendlichen laut Degenhardt zuvor mindestens drei Monate lang einen Ein-Euro-Job erfolgreich ausgeübt haben. Dies steht laut Gewerkschaft in Widerspruch zu der so genannten Düsseldorf Erklärung zur Arbeitsmarkintegration bedürftiger Arbeitssuchender. Auch sei das Konzept in der Region „nicht bei Allen konsensfähig“.

Obwohl Degenhardt einsieht, dass es sich bei solchen Einzelmaßnahmen um Teile eines Gesamtkonzeptes handelt, argumentiert er, dass es für Jugendliche nicht sinnvoll sein könne, zunächst einen Ein-Euro-Job zu absolvieren und im Anschluss eine Kurzausbildung anzutreten: „Jugendliche gehören in ein reguläres Ausbildungsverhältnis. Was ihnen an Voraussetzungen fehlt, werden sie sicher nicht in einer Arbeitsgelegenheit erlernen.“ Hierfür gebe es andere und bessere Instrumente, wie zum Beispiel ausbildungsbegleitende Hilfen.

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Laut der Geschäftsordnungen wechselt der Vorsitz der Beiräte jährlich durch Wahl zwischen dem Vertreter der Kreishandwerkerschaft und des DGB.

Die Gremien tagen viermal jährlich.

Da unser Aufgabenfeld allein auf die arbeitsmarktunterstützenden Angebote begrenzt ist, fehlen uns Informationen um ein objektives Bild über die Arbeit der ARGEN und deren Mitteleinsatz (Eingliederungstitel) zu erhalten. Besonders DGB, ver.di und Kreishandwerkerschaft haben dieses mehrfach angemerkt, jedoch ohne positives Feedback durch die jeweiligen Träger, Agentur für Arbeit, Bundesstadt Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis.

Obwohl wir nach wie vor die Abschaffung dieses arbeitsmarktpolitischen Instrumentes fordern, haben wir als Vertreter in den Beiräten im Berichtszeitraum viel Positives geleistet. So haben unsere Anregungen, Ideen und Betrachtungsweisen Einzug gehalten in die Geschäftspolitik.

In Bonn wurde der „Bonner Tätigkeitskatalog“ entwickelt, der ausgehend von den Begriffen „Gemeinnützigkeit, Zusätzlichkeit und Wettbewerbsneutralität“ die Rahmenbedingungen für die Ein-Euro-Jobs festlegt. Im Rhein-Sieg-Kreis hat es durch das Mitwirken des Beirates eine Neukonzipierung der Arbeitsgelegenheiten unter dem Titel: „Konzept der ARGE Rhein-Sieg zur Implementierung von Arbeitsgelegenheiten gem. § 16 Abs. 3, Satz 2 SGB II“ gegeben, die für die Träger und Arbeitgeber verbindlich sind.

Immer wieder beschäftigen wir uns mit der, von uns vielfach angenommenen, Verdrängung regulärer Beschäftigung. Darüber hinaus sollten die Arbeitsgelegenheiten das letzte Mittel sein, um den Betroffenen zu helfen. Unserer Auffassung nach ist es doch eher der umgekehrte Fall. Dies gilt es im Blick zu halten.

Aktuell haben wir die regionalen Spitzen, Bonner Oberbürgermeisterin, Landrat, Agentur für Arbeit sowie die ARGE-Geschäftsführer angeschrieben, mit dem Vorschlag analog der bundesweiten Befragung von Ein-Euro-Jobbern eine regionale Umfrage zu starten um im Ergebnis gesicherte regionale Daten für die künftige Nutzung dieses Instrumentes zu bekommen.

Drei Punkte sind für uns wichtig:

Zum einen lässt sich durch eine regionale Auswertung feststellen, welchen subjektiven Eindruck die Menschen zum Thema Stabilisierung und berufliches Weiterkommen haben. Zum anderen können Aussagen darüber getroffen werden, ob die finanziellen Mittel an der richtigen Stelle zum Einsatz gekommen sind. Darüber hinaus können Einblicke gewonnen werden, ob und wie sich das Instrument auf die, in vielen Fällen vermutete, Verdrängung regulärer Beschäftigung auswirkt.

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Bundesweit glauben 64 Prozent der Ein-Euro-Jobber nicht daran, durch die Arbeitsgelegenheit wieder in reguläre Beschäftigung zu kommen. Fast jeder Zweite (45 Prozent) gibt an, die gleiche Arbeit gemacht zu haben, wie fest angestellte Kolleginnen und Kollegen. Jeder vierte sagt, dass für seine Tätigkeit eine abgeschlossene Ausbildung erforderlich sei. Das sind die zentralen Ergebnisse der Befragung. Für den DGB ist wichtig, dass diejenigen, die in den Arbeitsgelegenheiten sind, selbst zu Wort kommen und nicht wie sonst, so genannte Experten über die Betroffenen reden.

Keine reguläre
Beschäftigung in Sicht

Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis der bundesweiten Befragung ist: Für eine deutliche Mehrheit (71 Prozent) sind die Ein-Euro-Jobs wichtig, um die Haushaltskasse aufzubessern. Aus der Not heraus wird nach jedem Strohalm gegriffen und der Wille zu arbeiten ist sehr stark ausgeprägt – selbst unter denkbar schlechten Bedingungen.

Vor diesen Hintergründen ist es notwendig, intensiv über eine regionale Auswertung nachzudenken. Unser Vorschlag wird derzeit in den Gremien Lenkungskreis Bonn und Trägerversammlung Rhein-Sieg-Kreis diskutiert.

Unser Anliegen muss es sein, den Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht und betroffen sind, die notwendige und die richtige Hilfe zuteil werden zu lassen, in einem für die Region tragfähigen und abgestimmten Konzept, welches auch wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Aspekte mit einbezieht.

Abgestimmtes, tragfähiges
regionales Konzept

Oberberg:

Zusammensetzung

- Arbeitgeberverband Oberberg e.V.
- Kreishandwerkerschaft für den Oberbergischen Kreis
- Handwerkskammer Köln
- Industrie- und Handelskammer zu Köln, Zweigstelle Oberberg
- DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg
- Sprecher der Wohlfahrtsverbände
- Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) der Agentur für Arbeit
- Regionalstelle Frau & Beruf
- Regionalagentur Köln

Aufgaben

Der Beirat unterstützt mit der Fachkompetenz seiner Mitglieder die ARGE Oberberg bei ihren Aktivitäten zur Integration, Betreuung und Förderung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Oberbergischen Kreis. Er beobachtet und begleitet die Handhabung des arbeitsmarktlichen Instrumentariums, insbesondere der Arbeitsgelegenheiten und unterstützt die Integration der Arbeit der ARGE Oberberg in die regionalen Netzwerke. Die Geschäftsführung informiert den Beirat über die arbeitsmarktpolitischen Planungen und Aktivitäten.

Mit Fachkompetenz
unterstützen

Ausführliche Informationen

In den mindestens zweimal jährlichen Tagungen des Beirates wird jeweils ausführlich über künftige Planungen, über neue Konzepte, aktuelle Daten und die jeweilige Haushaltssituation umfassend berichtet und diskutiert.

Aktuell steht, wie in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis, der Beschäftigungszuschuss (§16d, SGB II) im Vordergrund der Beratungen. In Oberberg gehen die Geschäftsführung und der Beirat sehr offen mit der Transparenz der Ein-Euro-Jobs hinsichtlich einer regionalen Bestandsaufnahme um.

Weiterhin kritische Betrachtung

Nach wie vor stehen die Arbeitsgelegenheiten in der Kritik, besonders der gewerkschaftlichen. Obwohl die Zahlen in den letzten Jahren bereits rückläufig sind, ist hier dringender Handlungsbedarf geboten, damit eine Verdrängung regulärer Beschäftigung weitgehend ausgeschlossen werden kann.

Ausbildungskonsens NRW

Arbeit der Zukunft - Ausbildungsmarkt

Verschleppung in die nächsten Jahre

In den letzten Jahren hat sich die Schere zwischen Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage weiter geweitet.

Viele Jugendliche entscheiden sich statt für eine betriebliche Ausbildung schneller für den Besuch einer weiterführenden Schule. Das Ergebnis ist, explodierende Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen und eine Verschleppung der ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen in die nächsten Jahre hinein, denn die meisten Ausbildungsberufe werden im dualen System, also in Kombination Berufsschule und Betrieb erlernt und nicht als rein schulische Ausbildungen. Daher kommen die Jugendlichen von den weiterführenden Schulen zurück auf den Ausbildungsmarkt, um hier ihr Berufsleben mit einer Ausbildung zu starten.

Dabei stellen sich in der Region zwei unterschiedliche Problemstellungen dar. Die Region Bonn/Rhein-Sieg hat tendenziell weniger Jugendliche, die am Ende eines sogenannten Vermittlungsjahres ohne einen Ausbildungsplatz sind als der Oberbergische Kreis. Der Region Bonn/Rhein-Sieg kommt dabei zugute, dass aufgrund ihrer Struktur viele Dienstleistungsunternehmen und überdurchschnittlich viele Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen vorhanden sind, die den Jugendlichen Ausbildungen anbieten.

Im Oberbergischen Kreis dominiert das produzierende Gewerbe, welches vor

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

allem seit dem letzten Jahr erheblich unter dem Einbruch der wirtschaftlichen Situation leidet und damit auch weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen kann.

Der Ausbildungskonsens NRW wurde im Jahre 1996 auf Landesebene mit verschiedenen Akteuren geschlossen. Beteiligt sind u.a. das Land NRW, die Agentur für Arbeit die Kammern, und der DGB als Dachverband. Die Ausführungen des Konsenses obliegen dabei regionalen Konsensrunden. Hier werden den Jugendlichen entsprechend den Regelungen des Ausbildungskonsenses NRW Angebote unterbreitet und die auf Landesebene beschlossenen Programme umgesetzt.

In der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg bestehen 2 Regionalkonferenzen, entsprechend der IHK Zuschnitte, die mit der regionalen Koordination beauftragt sind.

Die eigentliche Arbeit der Vermittlung und Abstimmung beginnt mit dem Stichtag 30. September eines jeden Jahres.

Dies ist der Termin, an dem erhöhte Vermittlungsbemühungen für die bis dahin nicht vermittelten Jugendlichen benötigt werden.

Ziel des Konsenses ist es, jedem ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen ein entsprechendes Angebot zu machen.

Ein Kritikpunkt der Gewerkschaften hierbei ist die Möglichkeit die Begriffe ausbildungsfähig und ausbildungswillig „willkürlich“ auslegen zu können. Somit fallen viele Jugendliche nicht in das Aufgabenfeld des Konsenses.

Für den Rhein-Sieg-Kreis mit der Bundesstadt Bonn und dem Oberbergischen Kreis hat das ernsthafte Bestreben der Beteiligten nach Verbesserung an der Situation für die Jugendlichen zu einer optimierten regionalen Vernetzung geführt.

So sind weitere Gremien zum Teil aus Zusammenlegungen anderer entstanden, die den eindeutigen Willen der Beteiligten zeigen, die Situation der Jugendlichen in ihrer Region zu verbessern. Im Oberbergischen Kreis ist die Ausbildungsinitiative Oberberg entstanden, in der Region Bonn/Rhein-Sieg das regionale Übergangsmanagement.

Regionale Konsensrunden

Stichtag 30. September

Ausbildungswillig und
ausbildungsfähig

Runder Tisch für Ausbildung

Einladung des DGB

Als Initiator des „Runden Tisches für Ausbildung“ hatte die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg am 22. Februar 2008 alle wichtigen regionalen Akteure und politische Mandatsträger ins Bonner Heinrich-Hertz-Berufskolleg eingeladen, um sich intensiv über die Situation auf dem Ausbildungsmarkt und zum Übergang Schule/Beruf im Bezirk der Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg auszutauschen.

Anzahl der Verträge steigt

Die Ausgangslage

Der Ausbildungsmarkt in der Region Bonn/Rhein-Sieg entwickelt sich seit einigen Jahren wieder positiv. Im letzten Jahr konnte im Bereich der IHK Bonn/Rhein-Sieg sogar die höchste Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit der Wiedervereinigung verzeichnet werden. Die Entwicklungen im Handwerk verliefen ähnlich gut. Diese positive regionale Entwicklung bestätigen auch die Zahlen der Agentur für Arbeit.

Fördermaßnahmen
sind Notlösungen

Nichtsdestotrotz bestehen in unserer Region enorme Probleme beim Übergang Schule/Beruf.

Jährlich wiederkehrend gibt es eine hohe Zahl an Anmeldungen zu vollzeitschulischen Bildungsgängen. Jugendliche müssen sich z.B. mangels eigener Ausbildungsreife, mangels eines ausreichenden Angebots – im Verhältnis zur Bewerberseite – an betrieblichen Lehrstellen und angesichts einer, in vielen Fällen, nicht hinreichenden Vorbereitung auf den Übergang Schule/Beruf mit der Teilnahme an einer berufsvorbereitenden oder einer anderen Fördermaßnahme begnügen. Häufig sind dies Notlösungen, die weder der eigentlichen Problematik noch einem gesellschaftspolitischen Anspruch gerecht werden.

Auf der anderen Seite bleiben Lehrstellen unbesetzt und eine Vielzahl von Jugendlichen bricht die Ausbildung nach kurzer Zeit ab. Hier muss ein gemeinsamer regionaler Ansatz geschaffen werden. Schulträger sollten mit gleichem System und vergleichbaren Ansätzen das regionale Übergangsmanagement betreiben.

Unübersichtliche
Förderlandschaft

Seit Jahren versuchen der Staat, das Land NRW sowie die Kommunen diese Problematik mit einem nicht (ab-)gestimmten „Instrumentenkasten“ zu lösen.

Die mittlerweile unübersichtliche Anzahl von unterschiedlichen Fördertöpfen ist selbst für Expertinnen und Experten wenig durch- und überschaubar.

Immer neue Sonderprogramme für besondere Zielgruppen sind zwar in der Sache gut gemeint, aber im Ergebnis nicht zielführend. Staatliche Zuschüsse, um Unternehmen zu vermehrter Ausbildung zu motivieren, sind ebenso an der Tagesordnung wie unterschiedlichste Förderungen und „Vergütungen“ für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Hier gibt es sowohl eine Wettbewerbsverzerrung als auch eine Ungleichbehandlung der Zielgruppen.

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Handlungsbedarf

Das Ziel unserer Veranstaltung sollte darin bestehen, dass sich die regionalen Akteure, die kommunalen Spitzen und die Politik in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis dieser Thematik annehmen und sich für eine gemeinsame aktive Zusammenarbeit im Übergangsmanagement engagieren.

Das Projekt „Übergangsmanagement“ sollte die Region Bonn/Rhein-Sieg zu einer Modellregion für lokal abgestimmtes und koordiniertes Übergangs- und Berufsvorbereitungsmanagement aller im Prozess beteiligten Akteure werden lassen.

Modellregion

Seitens des Landes NRW wurde, sofern alle beteiligten Akteure das Vorhaben mittragen, Unterstützung zugesichert, so ein Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Der 22. Februar 2008 kann als „Geburtsstunde“ des regionalen Übergangsmanagements bezeichnet werden.

Die Unterzeichnung des regionalen Kooperationsvertrages erfolgte dann am 26. Juni 2008.



an einem Tisch: Vorn Bonns Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Rhein-Sieg-Landrat Frithjof Ihn, hinten (v. l.) Windeck's Bürgermeister Jürgen Funke, Siegburgs Arge-Chef Ralf Holtkötter, Handelskammer-Vizepräsident Ortwin Weltrich, Kreishandwerks-Hauptgeschäftsführer Alois Blum, DGB-Regionalvorsitzender Ingo Degenhardt und IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Swoboda. (Foto: Horney)

Hierzu eine Pressemitteilung der Bundesstadt Bonn vom 5. März 2008.

Übergang Schule/Beruf: Warteschleifen vermeiden, Ausbildung gezielter vorbereiten Stadt Bonn und Rhein-Sieg-Kreis bereiten gemeinsam koordiniertes regionales Übergangsmanagement vor

ib - "Wir müssen den Übergang von Schule und Beruf besser und individueller an den Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler ausrichten. Noch immer verlieren viele Jugendliche unnötig Zeit in Warteschleifen, statt gezielt auf eine Lehre vorbereitet zu werden.

Deshalb haben wir unsere Fachverwaltungen beauftragt, gemeinsam mit den wichtigsten Bildungsakteuren der Region, wie z.B. der Bundesagentur für Arbeit, der IHK, den Organisationen des Handwerks und den Schulen, ein Konzept für die Wirtschaftsregion Bonn/Rhein Sieg zu entwickeln, um die vielfältigen Aktivitäten im Bereich des Übergangs von Schule in Beruf künftig in kommunaler Steuerung neu zu bündeln und zu strukturieren." Das erklärten gestern (Dienstag, 4. März) die Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Bärbel Dieckmann, und der Landrat des Rhein/Sieg-Kreises, Frithjof Kühn.

Die Einführung eines regionalen Übergangsmanagements hielten auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des "Runden Tisches für Ausbildung", der Ende Februar auf Einladung des DGB in Bonn zusammengekommen war, für äußerst wichtig. An dem Gespräch nahmen u.a. die zuständigen Dezernenten der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Kommunal- und Landespolitik, der Kammern, der Bundesagentur für Arbeit, der ARGen und der Berufskollegs Bonn/Rhein-Sieg teil. Sie waren sich darin einig, dass nur ein gemeinsam abgestimmtes Handeln und eine koordinierte Bündelung aller Aktivitäten den beruflichen Einstieg der Jugendlichen nachhaltig unterstützen können.

Diese Notwendigkeit der kommunalen Bündelung aller Aktivitäten wurde auch von einem Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales bestätigt. Die wesentlichen Eckpunkte eines regionalen Übergangsmanagements und die dazu erforderlichen Vernetzungsstrukturen sollen Ende April in einer gemeinsamen Veranstaltung, zu der alle wichtigen Bildungsakteure eingeladen werden, der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Bugwelle an unversorgten Jugendlichen

Der DGB kritisiert, dass Schulabgänger ohne Ausbildungsstelle in verschiedensten Maßnahmen „geparkt“ würden.

Rhein-Sieg-Kreis - „Augenwischerei“ wirft der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg der Industrie- und Handelskammer (IHK) vor, wenn sie allzu euphorisch und optimistisch über die Erfolge am Ausbildungsplatzmarkt berichte. DGB-Vorsitzender Ingo Degenhardt weist darauf hin, dass laut Berufsbildungsgesetz die IHK für die Bereiche Industrie und Handel, die sie im Namen trage, für die Berufsausbildung verantwortlich sei. Gleichzeitig seien jedoch alle Betriebe dieser Branchen zwangsweise Mitglieder in der Kammer. Daraus entstünden zweifellos „Interessenkollisionen“. Die stetige Präsentation guter

bis bester Vermittlungszahlen täusche schnell über die Wirklichkeit hinweg, „dass es auch in unserer Region keine ausreichende Anzahl von betrieblichen Ausbildungsstellen gibt“.

Wenn der hiesige IHK-Geschäftsführer Jürgen Hindenberg im Rahmen des Ausbildungskonsenses von Vollversorgung der hiesigen Jugendlichen spreche, sei das einerseits „soweit zwar richtig“, habe andererseits „aber nichts mit der realen Situation in der Region zu tun“. Warteschleifen, verschiedenste Maßnahmen zur so genannten Berufsvorbereitung, in denen Jugendliche ohne Ausbildungsstelle nur geparkt würden, erzeugten eine „sich ständig vergrößernde Bugwelle an unversorgten Jugendlichen“. Mehr als die Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber in diesem Jahr stammten aus diesen Altbeständen an Lehrstellensuchenden.

Degenhardt begrüßt, dass nun die Zahl dieser Altbewerber erfasst werden soll. Denn nur eine „ehrliche Analyse“ schaffe die Voraussetzungen, Veränderungen und konkrete Verbesserungen anzuregen. Das wiederum helfe den jungen Menschen dann wirklich. (il)

Ausbildungsplatz statt Warteschleife

IHK und DGB starten Aktion – Erstmals Jugendliche befragt – „Runder Tisch“

BONN/RHEIN-SIEG-KREIS. Gemeinsam wollen die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg (IHK) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) der Region eine Aktion starten, um Jugendliche aus den Warteschleifen zu holen und stattdessen in einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Der DGB will für Anfang 2008 alle Akteure in den Bereichen Ausbildung, Schule/Beruf sowie die Landes- und Kommunalpolitiker zu einem „Runden Tisch für Ausbildung“ einladen.

Hintergrund der gemeinsamen Initiative von Arbeitgebern und Gewerkschaft: Auf Anregung des Berufsbildungsausschusses bei der IHK Bonn/Rhein-Sieg, einem paritätisch besetzten Gremium aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern sowie den Leitern der Berufskollegs der Stadt Bonn und des Rhein-

Sieg-Kreises, ist eine Schülerbefragung an allen Berufskollegs durchgeführt worden. Das Ziel war die erstmalige Ermittlung der Anzahl der Jugendlichen, die sich an den Berufskollegs in so genannten Warteschleifen befinden. Ergebnis: Von 3825 befragten Jugendlichen, die sich in vollzeitschulischen Maßnahmen oder in Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis befinden, gaben 2166 Jugendliche an, sich um einen Ausbildungsplatz bemüht zu haben.

Die Schlussfolgerung von Gerhard Dohlen, Sprecher der regionalen Berufskollegs: „Offensichtlich wollen viele Schüler, die eine vollzeitschulische Bildungsmaßnahme absolvieren, lieber eine duale Ausbildung beginnen.“ Die ermittelten Zahlen stehen nach Ansicht von Jürgen Hindenberg, Geschäftsführer Aus- und Weiterbildung der IHK Bonn/

Rhein-Sieg, nicht im Widerspruch zu den Ergebnissen des Ausbildungskonsenses, wo sich zur Zeit noch 16 Jugendliche in Betreuung befinden: Die neuen Zahlen lenkten aber „die Aufmerksamkeit auf ein neues Aufgabenfeld der Ausbildungsverordnung“.

Nach Einschätzung des DGB in der Region Bonn/Rhein-Sieg, steht dem heute schon festgestellten Facharbeitermangel in vielen Bereichen ein enormes Potenzial an Jugendlichen gegenüber, die nur darauf warten, ein vernünftiges, zukunftsorientiertes und qualifiziertes Angebot zu bekommen. DGB-Chef Ingo Degenhardt: „Wir brauchen ein regional abgestimmtes Konzept, im Sinne von nachhaltigen und qualifizierten Angeboten, die der Wirtschaft und den Jugendlichen gleichermaßen helfen.“

Daher ergreifen IHK und

DGB aufgrund der Ergebnisse der Befragung des Berufsbildungsausschusses eine gemeinsame Initiative, um den so genannten Warteschleifen zu Leibe zu rücken. Hindenberg weist daraufhin, dass das Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf dringend verbessert werden müsse. „Hier hilft die Wirtschaft gerne mit, es ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht alleine den Unternehmen vorbehalten sein kann.“

Daneben klagten immer mehr Unternehmen über die mangelnde Ausbildungsreife der Bewerber. „Wir können es uns nicht erlauben, dass viele Schüler ohne Abschluss die Schule verlassen oder einfach nicht ausbildungsreif sind“, sagt Hindenberg. Degenhardt betont zudem, unnötige Warteschleifen führten nur dazu, dass Jugendliche zu alt in die

Berufsausbildung einmünden.

Die Lösung könne nur ein besseres Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf sein, wo neben der Wirtschaft, aber auch alle anderen gesellschaftlichen Akteure gefordert sind – insbesondere die Schulen, aber auch die Eltern. Hindenberg: „Schuldenzuweisungen helfen uns hier aber nicht weiter. Wir können nur gemeinsam diese Problematik angehen und Lösungsmöglichkeiten ermitteln.“ Nach dem Vorbild der Region Siegen könne ein „virtuelles Haus der Bildung“ gerade bei der Berufsvorbereitung von Hauptschülern ein gangbarer Weg sein. Ferner gelte es die unterschiedlichen Fördertöpfe zu durchforsten und stattdessen durch eine systematische Berufsvorbereitung einen effektiveren Übergang von den (Haupt-)Schulen in die Ausbildung zu gewährleisten. (csc)

Regionales Übergangsmanagement Schule/Beruf Bonn/Rhein-Sieg

Nach der Veranstaltung „Runder Tisch für Ausbildung“, der sich auf Einladung der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg im Februar 2008 getroffen hatte, wurde nach weiteren intensiven Gesprächen im Sommer 2008 von allen wichtigen regionalen Akteuren die Kooperationsvereinbarung zur Einrichtung eines Übergangsmanagements Schule – Beruf in der Region Bonn/Rhein-Sieg unterzeichnet.

Unterzeichner dieser Vereinbarung sind:

Unterzeichner

- Stadt Bonn
- Rhein-Sieg-Kreis
- Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg
- Handwerkskammer zu Köln
- Kreishandwerkerschaft Bonn/Rhein-Sieg
- ARGE Bonn
- ARGE Rhein-Sieg
- Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg
- Deutscher Gewerkschaftsbund Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg.

Mit dieser Kooperationsvereinbarung wurden klare und verlässliche Strukturen geschaffen und fest etabliert.

Regionale Verantwortung
und breiter Konsens

Die Unterzeichner sind sich darin einig, dass ein derartiges regional abgestimmtes Übergangsmanagement nur auf der Basis einer gemeinsamen regionalen Verantwortung und eines breiten Konsenses - auch mit den Schulen - geschaffen und betrieben werden kann.

Ziele

Im Wesentlichen gibt es zwei Ziele:

- Zum einen sollen die Jugendlichen durch gezielte und aufeinander abgestimmte Maßnahmen möglichst früh in die Lage versetzt werden, nach Beendigung ihrer allgemein bildenden Schulpflicht, einen Ausbildungs- oder - wenn dies zu diesem Zeitpunkt nicht sinnvoll erscheint - einen Arbeitsplatz zu erhalten.
- Zum anderen sollen die Betriebe in die Lage versetzt werden, alle freien Ausbildungsplätze mit geeigneten Jugendlichen besetzen zu können.

Der DGB ist u.a. Mitglied in der Steuerungsgruppe.

Berichterstattung Bonner Rundschau, 28. Juni 2008

Region kämpft gegen „Warteschleifen“

Von JOCHEN F. ROHLINGER

Den „Warteschleifen“ vieler junger Leute zwischen Schulabgang und Berufseinstieg hat die Region den Kampf angesagt. Den Vertrag über ein gemeinsames...

RHEIN-SIEG-KREIS / BONN. Den „Warteschleifen“ vieler junger Leute zwischen Schulabgang und Berufseinstieg hat die Region den Kampf angesagt. Den Vertrag über ein gemeinsames „Übergangsmanagement Schule- Beruf in der Region Bonn / Rhein-Sieg“ haben Stadt Bonn und Rhein-Sieg-Kreis, Handwerkskammer Köln und Kreishandwerkerschaft Bonn / Rhein-Sieg, Industrie- und Handelskammer Bonn / Rhein-Sieg (IHK), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in der Region und die Geschäftsführer von ARGE Bonn und ARGE Rhein-Sieg im Bonner Alten Rathaus unterschrieben.

Es soll nicht beim Papier bleiben. „Dahinter steckt viel mehr“, betonte Rhein-Sieg-Landrat Frithjof Kühn. Und die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann gab sich davon auch überzeugt, „wenn wir uns um jedes einzelne Kind kümmern werden“. Nicht zu den Unterzeichnern gehörend, aber unübersehbar dabei war Jürgen Funke, Windecks hochaufgeschossener Bürgermeister, um zu zeigen, dass auch die Kreisgemeinden mit an diesem Strick ziehen wollen. Zu „Aufbau und weiterer Mitarbeit an einem koordinierten Übergangsmanagement“ verpflichtet der Vertrag die Unterzeichner. Das könne nur auf der Basis einer gemeinsamen regionalen Verantwortung und eines breiten Konsenses, auch mit den Schulen, geschafft werden. Ein Kernziel ist, Schulabgänger früh fit zu machen für einen zügigen Zugang zu Ausbildungsplatz oder Arbeit. Zudem seien die Betriebe der Region in die Lage zu bringen, „alle freien Ausbildungsplätze mit geeigneten Jugendlichen besetzen zu können“. Die Vertragspartner besetzen dazu ein gemeinsames Steuerungsgremium. Bundesstadt Bonn und Rhein-Sieg-Kreis richten eine gemeinsame Geschäftsstelle zur nachhaltigen Sicherung der Koordinierungsfunktion ein.

„Derzeit befinden sich etwa 2000 Jugendliche in Warteschleifen zwischen Schule und Beruf“, beschrieb IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Swoboda die aktuelle Ausgangssituation und wies ausdrücklich darauf hin, dass der DGB-Regionalvorsitzende Ingo Degenhardt in den Ausbildungsgremien der IHK den Anstoß gegeben habe zur jetzigen konzertierten Regionalaktion. Er sei gewissermaßen „Geburtshelfer“ der Initiative. Der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Köln, Dr. Ortwin Weltrich, forderte: „Wir müssen Resignation bei den jungen Leuten vermeiden, möglichst für ihr ganzes Leben.“ Degenhardt gab zu, stolz zu sein über das mit dieser Vereinbarung Erreichte: „Enge Zusammenarbeit wird erforderlich sein - und das ist nun auch über ideologische Grenzen hinweg möglich!“

KOMMENTAR**Endlich!**

JOCHEN F. ROHLINGER
zum Übergangsmanagement

Rund 2000 junge Leute stecken in der Region Bonn/Rhein-Sieg in einer zermürbenden Warteschleife zwischen Schulabgang und Ausbildung oder Qualifizierung für Berufsstart oder Arbeitsplatz.

Zwischen Traumberufen und oft vordergründiger Kritik an „nicht ausbildungsfähigen“ Schulabgängern vermitteln Agentur, Wirtschaft und Politik seit vielen Jahren – bisher meist vor der eigenen Haustür. Vor neun Monaten kam die „sensationelle“ Meldung, im Herbst 2008 wollten Arbeitsagentur, IHK und Kreishandwerk erstmals gemeinsam Ausbildungsbilanz ziehen.

Noch bevor dieser Lichtblick den Ausbildungsmarkt aufhellen kann, kommt nun eine gemeinsame Initiative. Sie wird keine Sprinterin sein, aber die betroffenen Jugendlichen und wir alle haben damit eine Chance, uns auf diese Absichtserklärung zu berufen: Lebenslängliche Resignation, noch bevor das eigene (Berufs-) Leben überhaupt beginnt, muss sie aus dieser Welt schaffen!

Haus der Berufsvorbereitung

Das Projekt stellt in seiner Breite den ambitionierten Versuch dar, eine regionsweit geschlossene und konkrete regionalpolitische Antwort auf das drängende gesellschaftspolitische Problem der Hauptschüler/innen beim Übergang in die Berufswelt zu formulieren.

Bessere Integration

Möglichst vielen interessierten Zehntklässlern der Haupt- und Förderschulen sollen konkrete Vermittlungsperspektiven angeboten werden.

Durch flankierende Projekte, Wettbewerbe und kürzere Lehrgänge soll die Berufsorientierung der Schulen in der Region Bonn/Rhein-Sieg auf eine qualitativ neuartige Grundlage gestellt werden. Das Projekt ist dementsprechend an der Schnittstelle zwischen der Schulpolitik (Übergang Schule/Beruf) und der Jugend- und Arbeitsmarktpolitik (bessere Integration problematischer Zielgruppen) angesiedelt. Ziel dieses Projektes ist die nachhaltige Verbesserung des Übergangs von Hauptschülerinnen und Hauptschülern in eine betriebliche Ausbildung und die Vermittlung in ein daran anschließendes dauerhaftes Arbeitsverhältnis.

Zentrales Anliegen:

- einen begleiteten Übergang in das Berufsleben zu gewährleisten,
- die Ausbildungs- und Berufsreife der Jugendlichen zu fördern,
- die Übergangsquote für Absolventinnen und Absolventen dieser Schulform nachhaltig und dauerhaft zu steigern,
- beabsichtigt ist eine Vermittlungsquote von über 80%.

Flächendeckendes Angebot

Die Berufsvorbereitung ist dabei systematisch und zielgerichtet ausgestaltet und stellt durch eine im Projekt realisierte konkrete Vermittlungszusage, bei Einhaltung der definierten Bedingungen seitens der Teilnehmer/innen, eine effektive Berufswahlorientierung dar. Der gewählte Projektansatz erlaubt es zudem, flächendeckend in der Region Bonn/Rhein-Sieg, für die Absolventen der Schulform Hauptschule tätig zu werden. Insbesondere die Jugendlichen aus ländlichen Teilregionen des Kreises, werden über das Projekt Haus der Berufsvorbereitung nachhaltige Beschäftigungsperspektiven aus einer erfolgreichen Projektumsetzung entwickeln können.

Ein weiteres wichtiges Anliegen des Projektes ist darüber hinaus, die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Nur ein Abgleich aller gemeldeten Ausbildungsplatzangebote, durch die Agentur für Arbeit, garantiert objektiv den Erfolg des Projektes. Es erscheint nicht sinnvoll, die vorhandenen Ausbildungsplätze durch besonderes Engagement in bestimmten Bereichen einfach anders zu verteilen. Die Schülerinnen und Schüler, die auch ohne besondere Unterstützung einen Ausbildungsplatz erhalten hätten, sollen durch die Aktivitäten des Projektes nicht benachteiligt werden. Darüber hinaus zielt das „Haus der Berufsvorbereitung“ dar-

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

auf ab, gegenüber der Wirtschaft den Beweis zu führen, dass es immer noch viele Hauptschülerinnen und Hauptschüler gibt, die genau über die geforderten Fach-, Sozial- und Selbstkompetenzen verfügen.

Auch Hauptschüler haben Kompetenzen

"Haus der Berufsvorbereitung" im Rhein-Sieg-Kreis gestartet



Gemeinsam wollen Unternehmen, IHK und Agentur für Arbeit schulumüden Schülern in der Region auf die Sprünge helfen. Foto: Axel Vogel

Zur Begleitung des Projektes ist ein Beirat eingerichtet worden, hier ist der DGB Mitglied. Ebenso ist die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, als Mitinitiator, mit einem geringen finanziellen Anteil, am Projekt beteiligt.

DGB im Beirat

Ausbildungsinitiative Oberberg

Im Herbst 2005 haben sich verschiedene Akteure im Oberbergischen Kreis zu einer Ausbildungsinitiative zusammengeschlossen mit dem Ziel, die Qualität der Angebote im Übergang Schule-Beruf zu verbessern und eine optimierte regionale Vernetzung aufzubauen.

Ausbildungsinitiative Oberberg – Akteure:

- Oberbergischer Kreis, Der Landrat
- Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach, Geschäftsstelle Gummersbach
- Industrie- und Handelskammer zu Köln, Zweigstelle Oberberg
- Kreishandwerkerschaft Bergisches Land
- Arbeitgeberverband Oberberg e.V.
- Schulrat für den Oberbergischen Kreis
- DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg
- ARGE Oberbergischer Kreis

Gemeinsame Vorgehensweise

Die Partner verbessern den Ausgleich am Ausbildungsmarkt mit dem Ziel, jedem Jugendlichen, der ausgebildet werden möchte, eine Ausbildung und jedem Ausbildungsbetrieb, einen geeigneten Bewerber vorschlagen und vermitteln zu können.

Schnell waren sich die Akteure darin einig, dass dieses Ziel mit einem gemeinsamen Vorgehen besser erreicht werden kann, als wenn jede Institution für sich allein und alle nebeneinander arbeiten. Die Arbeit der Ausbildungsinitiative ist geprägt durch verbindliche Vereinbarungen zu wechselseitigen Informationen und regelmäßigen Abstimmungen sowie gemeinsamen Planungen von Aktivitäten und deren Umsetzung.

Gemeinsame Aktivitäten sollen den Jugendlichen ein optimales Angebot bieten und werden gemeinsam geplant, vorbereitet und umgesetzt, sowie in ihren Ergebnissen nachgehalten.

Im Rahmen der Arbeit der Initiative wurde 2006 die von der Ausbildungsinitiative Oberberg gemeinsam konzipierte „Oberbergische Koordinierungsstelle Ausbildung - OK“ eingerichtet.

Netzwerkarbeit

OK-Ausbildung

Die Koordinierungsstelle hat sich das Ziel gesetzt, die Chancen der Schulabgänger, auf dem Ausbildungsmarkt, zu verbessern. Dabei werden Netzwerke eingerichtet und ausgebaut, die einer Verzahnung aller Aktiven im Übergang Schule/Beruf gerecht werden soll. Zudem bietet die OK-Ausbildung Schülerinnen und Schülern sowie Eltern individuelle Beratung zur Berufswahl und Hilfestellungen bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche an.

Leiharbeit

Zahlen enorm gestiegen

Die Zahl der Leiharbeitnehmer ist in den letzten Jahren enorm angestiegen. Viele Unternehmen haben sich dabei von einem Teil ihrer Stammbeslegschaft getrennt, um die Verantwortung für diese nicht tragen zu müssen und stattdessen Leiharbeitnehmer eingestellt.

Dabei ist das Arbeitsverhältnis von Leiharbeitnehmern kein „normales“. Der Leiharbeitnehmer ist bei der Verleihfirma angestellt und erhält seinen Lohn über diese, arbeitet aber für die Entleihfirma. Diese muss sich weder um Urlaub, Ausfallzeiten noch Mitbestimmungsregelungen kümmern.

Der regionale Arbeits- und Ausbildungsmarkt

In diesem Dreiecksverhältnis ist es nicht immer einfach für die Leiharbeiternehmer ihre Rechte zu erkennen. Problematisch hierbei ist ebenfalls das zumeist befristete Arbeitsverhältnis.

Das Prinzip der Leiharbeit sieht u.a. vor, dem Unternehmen die Möglichkeit zu geben in Ausnahmefällen kurzfristig für den Abbau von Auftragsspitzen auf die Arbeitskraft des Leiharbeiternehmers zurückzugreifen. In anderen europäischen Ländern bekommen die Leiharbeiternehmer dafür, dass sie die Risiken tragen, mehr Gehalt als die Stammbeslegschaft. In Deutschland ist dies leider nicht so. Problematisch wird es an der Stelle, wo durch Leiharbeit reguläre Beschäftigung verdrängt wird und die Anzahl der Leiharbeiternehmer im Betrieb, die der Stammbeslegschaft übersteigt.

Abbau von Auftragsspitzen

Die Zahl der wachsenden Verleiher zeigt, dass die Branche in den Jahren ein absolutes Wachstum erfahren hat. (Bundesweit gibt es z.Zt. ca. 21.000 Erlaubnisträger, 3.000 davon sind in Verbänden organisiert.)

Wenig in Verbänden
organisierte

In diesem Jahr, in dem die Unternehmen vor einmaligen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen, sind diese Beschäftigten die ersten gewesen, die das Unternehmen verlassen mussten. So schnell die Zahl in den letzten Jahren, in der Leiharbeitsbranche, gestiegen ist, so rasant sank sie in diesem Jahr.

Vornehmlich Leiharbeiternehmer haben in den letzten Monaten ihre Anstellung verloren.

Auf die Situation der Leiharbeiternehmer weisen DGB und Gewerkschaften seit Jahren hin. Der Zustand in einem Betrieb für die gleiche Arbeit unterschiedliche Gehälter zu bekommen ist untragbar.

„Gleiches Geld für Gleiche Arbeit!“ – dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.

In unterschiedlichen Aktionen haben wir auf diesen Zustand hingewiesen und Leiharbeiternehmer, Stammbeslegschaften und Gesellschaft informiert.

Beteiligung an
Leiharbeitsmessen

So haben wir uns an der Leiharbeitsmesse der Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg mit einem Informationsstand beteiligt und Leiharbeiternehmer über ihre Rechte und Pflichten informiert. Hier hat sich gezeigt, wie wenig die Besucher über das Arbeitsverhältnis der Leiharbeit wissen.

Daher werden wir uns auch weiterhin an diesen Messen beteiligen.

Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik Bonn/Rhein-Sieg

Bonn/Rhein-Sieg

Der regionale Strukturwandel, zum einen bedingt durch den Regierungsumzug und zum anderen bedingt durch einen globalisierungsbedingten wirtschaftlichen Wandel, hat zu mehr Beschäftigung im privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor geführt.

Regionaler Strukturwandel

Dennoch sind auch die aktuellen konjunkturellen Schwächen deutlich spürbar. Die regionale Ausprägung zwischen Meckenheim und dem östlichen Rhein-Sieg-Kreis fällt dabei sehr unterschiedlich aus.

Die starke Exportorientierung vieler Unternehmen, die Nachfrageflaute, Absatzeinbrüche in der kunststoff- und metallverarbeitenden gewerblichen Wirtschaft prägen das Bild.

Welche Folgen die Wirtschaftskurve auf die Dienstleistungswirtschaft und den Handel haben wird, ist schwer abschätzbar.

Starker

Ca. 80% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten der Region Bonn/Rhein-Sieg arbeiten im Dienstleistungssektor. Der Dienstleistungsanteil in Bonn beträgt fast 90%.

Dienstleistungssektor

Strukturwandel ist ein nicht endender kontinuierlicher Prozess und beinhaltet die ständige und aktive Auseinandersetzung mit den aktuellen und künftigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

In der regionalen Arbeitsmarktpolitik arbeiten die Akteure, unter ihnen auch der DGB, eng zusammen. Die Federführung liegt bei der Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg. Schwerpunkte/Programmlinien werden vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) festgelegt.

Schwerpunkte der regionalisierten Arbeitspolitik in NRW sind:

- Die Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen.
Handlungsfeld: „Förderung der Beschäftigungsfähigkeit“
- Die Verbesserung des Humankapitals.
Handlungsfeld: „Jugend und Berufsausbildung“
- Die Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung und die soziale Eingliederung von benachteiligten Personen.
Handlungsfeld: „Zielgruppenförderung“

Im Mai 2008 wurden in einem gemeinsamen Strategieworkshop „Zukunftsthemen in der Arbeitsmarktpolitik in der Region Bonn/Rhein-Sieg“ Gemeinsame Potenziale nutzen ... die Arbeitsschwerpunkte konkretisiert, Handlungsempfehlungen gegeben und Arbeitsaufträge verifiziert.

Erfolgreicher
Strategieworkshop

Für ein ergebnisorientiertes regionales Arbeiten, ist es im Jahr 2008 gelungen, einen intensiven Diskussionsprozess bezüglich bestehender Gremien und Strukturen herbeizuführen.

Für Herbst 2009 ist eine Konferenz mit dem Arbeitstitel
„Der Fachkräftemarkt in der Region Bonn/Rhein-Sieg“
Für Menschen aus der Region für die Region ...
 geplant.

Unterhalb des Lenkungskreises arbeitet zur Zeit der FAK „Moderne Beschäftigung“ an der Thematik demographischer Wandel. Hier geht es um ein intensives Ausschöpfen des am regionalen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Potenzials.

Lenkungs- und
 Facharbeitskreise

Mitglied im Lenkungs- und Facharbeitskreis ist Kollege Ingo Degenhardt. Mitglied im FAK „Moderne Beschäftigung“ sind Kollege Ingo Degenhardt und Kollege Peter Prochnau, ver.di. Der FAK „Jugend und Beruf“ (Kollege Ingo Degenhardt) hat 2009 mit dem regionalen Ausbildungskonsens zur Regionalen Konsensrunde „Jugend und Beruf“ fusioniert.

Oberberg

Teilregion
 Oberbergischer Kreis

Auf Grund der Zuständigkeit der Kölner Regionalagentur für die Städte Köln, Leverkusen und die Kreise Erft, Rhein-Berg und Oberberg, stellt der oberbergische Kreis eine Teilregion dar.

Eingebunden ist der DGB aus der Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg in die Arbeit des Lenkungs- und Facharbeitskreises (Kollege Ingo Degenhardt) und in den FAK Gender Mainstreaming. Hier war Kollegin Britta Wortmann Vorsitzende.

Facharbeitskreis Gender
 Mainstreaming

Im Bereich der ESF - kofinanzierten Landesarbeitspolitik soll auch in der neuen EU Strukturfondsförderphase 2007-2013 Gender Mainstreaming in allen Politik- und Aktionsfeldern durch die Weiterentwicklung frauenspezifischer Ansätze und zur Entwicklung ausgewogener Beziehungen der Geschlechter (Beteiligung und Ressourcen) zum Tragen kommen.

Daher hat der Lenkungs- und Facharbeitskreis der Regionalagentur Region Köln den Facharbeitskreis Gender Mainstreaming, befristet bis 31.12.2008, eingerichtet und beauftragt, zur praktischen Unterstützung der Planung und Durchführung von Maßnahmen und Projekten, eine Arbeitshilfe für Projektträger und Entscheidungsgremien sowie für Unternehmen, bereit zu stellen.

Dabei verfolgte der Arbeitskreis das Ziel, Instrumente und handlungsorientierte Werkzeuge für den Gebrauch der Beratungen, im Bereich der Regionalagentur, zu

erarbeiten. Konkrete Handlungshilfen sollen zur Umsetzung und Verbesserung des Genderaspektes beitragen. Dabei hat der Lenkungskreis, auf Vorschlag des DGB, verschiedene Expertinnen aus der gesamten Region in den Facharbeitskreis berufen, die unterschiedliche Erfahrungen und immenses Wissen in die Arbeit des Facharbeitskreises eingebracht haben.

Im Rahmen der ersten Sitzungen, hat sich der Facharbeitskreis darauf geeinigt, vorerst Instrumente in Gestalt von Checklisten zu erarbeiten, die im täglichen Gebrauch der Regionalagentur zu nutzen sind.

Nach einer Verlängerung der Arbeitszeit des Arbeitskreises sind zwei unterschiedliche Checklisten entstanden, die bei den Beratungen der Regionalagentur zum Einsatz kommen. Die an die Träger gerichtete Checkliste wird bei deren Antragstellung eingesetzt, die an die Unternehmen gerichtete Checkliste wird bei der Potenzialanalyse der Regionalagentur genutzt.

Checklisten erarbeitet

Diese Listen wurden dabei sowohl von Trägern, wie auch von Unternehmen als hilfreiche Stütze bei Beantragungen bzw. Neuausrichtungen der Unternehmen angesehen. Damit hat der Facharbeitskreis Gender Mainstreaming seine Arbeit Anfang des Jahres eingestellt.

Betreut wurde der Facharbeitskreis durch die Regionalagentur Region Köln, Vorsitzende war nach dem Ausscheiden von Kollegin Elke Hannack, Kollegin Britta Wortmann.

Ausschussarbeit

Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit

Der Verwaltungsausschuss (VA) überwacht und berät die Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in allen aktuellen Fragen des Arbeitsmarktes, auf der Basis, der ihm zu erteilenden Informationen, Auskünfte und Berichte der Geschäftsführung.

Überwachung und Beratung

Zu den Aufgaben der Selbstverwaltung gehören unter anderem:

- die Überwachung des Steuerungsprozesses innerhalb der Agentur für Arbeit,
- die Beratung der Geschäftsführung bei der jährlichen Zielplanung,
- die Überwachung der Leistungserbringung für Arbeit- und Ausbildungssuchende sowie für Arbeitgeber,
- systematische Beobachtung und Analyse des Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Instrumente der Agentur und vergleichbaren Agenturen,
- gemeinsames Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten

Der Ausschuss in Bergisch Gladbach tagt vier- bis sechsmal im Jahr. In Bonn trifft sich der Ausschuss viermal jährlich.

VA Bonn

Besetzung Ende 2005:

- Lutz Mühling (IG Metall Bonn/Rhein-Sieg)
- Wilhelm Schmitz (IG Bauen-Agrar-Umwelt, Bezirk Köln-Bonn)
- Dietger Knott (ver.di-Bezirk NRW-Süd)
- (Nachbesetzungsverfahren)

Stellvertreter

- Ingo Degenhardt (DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg)
- (Nachbesetzungsverfahren)

Derzeitige Besetzung:

- Ingo Degenhardt (DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg)
- Lutz Mühling (IG Metall Bonn/Rhein-Sieg)
- Wilhelm Schmitz (IG Bauen-Agrar-Umwelt, Regionalbüro Rheinland)
- Dietger Knott (ver.di-Bezirk NRW-Süd)

Stellvertreter

- Peter Prochnau (ver.di-Bezirk NRW-Süd)
- Gerhard Laskowski (IG BCE Köln-Bonn)

VA Bergisch Gladbach

Besetzung Ende 2005:

- Elke Hannack (DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg)
- Reinhild Kölzer-Tili (IG Metall Leverkusen)
- Raja Nejedly (DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg)
- Michael Reinhard (IG BCE Leverkusen)

Stellvertreter

- Norbert Kemper (IG Metall Gummersbach)
- Peter Prochnau (ver.di-Bezirk NRW-Süd)

Derzeitige Besetzung:

- Ingo Degenhardt (DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg)
- Liv Dizinger (DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg)
- Peter Prochnau (ver.di-Bezirk NRW-Süd)
- Thomas Meiers (IG BCE Leverkusen)

Stellvertreter

- Norbert Kemper (IG Metall Gummersbach)
- Wolfgang Rasten (IGM Köln)

Im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Arbeit in der Region, haben verschiedene Informationsveranstaltungen mit der Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg bzw. der Agentur Bergisch Gladbach mit gewerkschaftlichen Funktionären bzw. Betriebsräten stattgefunden.

Berufsbildungsausschuss (BBA) der IHK Bonn/Rhein-Sieg

Der Stellenwert von Bildung ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Von frühkindlicher Bildung über lebenslanges Lernen bis hin zum regionalen LiA-Projekt (Lebensqualität im Alter), ist das Thema in der Region fest besetzt.

Ausgehend von der beruflichen Bildung, für die der IHK-BBA in der Region nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) zuständig ist, hat sich dieses Gremium als regionaler Motor im Bereich Übergang Schule/Beruf entwickelt.

Auswertung von Warteschleifen

	Robert-Wetzlar-Berufskolleg	Heinrich-Hertz-Berufskolleg	Ludwig-Erhard-Berufskolleg	Friedrich-List-Berufskolleg	Berufskolleg Hennef	Berufskolleg Troisdorf	Berufskolleg Duisdorf	Berufskolleg Siegburg	Summen	
JoA Gesamtzahl	234	88	65	104	280	216	36		1023	
davon um eine Ausb. beworben	166	54	50	94	115	51	10			540
Werkstattjahr Gesamtzahl	34	72		46	36	65	32		285	
davon um eine Ausb. beworben	14	31		41	30	0	0			116
Beufsorient.jahr Gesamtzahl	19	17		19	32	35	40	42	204	
davon um eine Ausb. beworben	19	5		19	5	2	4	42		96
BGJ Gesamtzahl	137	102			263	172	38		712	
davon um eine Ausb. beworben	121	75			113	21	12			342
FOS 11 Gesamtzahl	84					90	5		174	
davon um eine Ausb. beworben	9					5				14
Handelsschule Gesamtzahl (u)			48	64			25	177	314	
davon um eine Ausb. beworben			10	34			8	65		117
1 j. Handelsschule Gesamt-zahl			90	48			67	150	355	
davon um eine Ausb. beworben			30	28			39	41		138
Höhere BFS 2-jährig Gesamtzahl (u)					25	116			141	
davon um eine Ausb. beworben					8	25				33
HöHa Gesamtzahl (U)			100	107			234	359	800	
davon um eine Ausb. beworben			28	87			96	74		285
Summen:									4008	1681
Summen 2007/2008:									4169	2244
Vergleich zu 2007/2008									-161	-563
									-3,9%	-25,1%

Ausschussarbeit

Neben dem eigentlichen gesetzlichen Auftrag beschäftigt sich der BBA in den letzten vier Jahren zunehmend auch um die Situation der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben und sich in den so genannten „Warteschleifen“ an den Berufskollegs befinden. In einer erstmals 2007 vom BBA in Auftrag gegebenen Auswertung der Verbleibquoten der Jugendlichen an den Berufskollegs stehen nun den offiziellen Statistiken der Agentur für Arbeit Zahlen gegenüber, die einen dringenden Handlungsbedarf aufzeigen.

Diese Zahlen der Tabelle waren ausschlaggebend für die an anderer Stelle beschriebenen Projekte „Regionales Übergangsmanagement“, „Haus der Berufsvorbereitung“ und das Modellprojekt „Eintopf“.

In diesem Jahr konnte der BBA der IHK Bonn/Rhein-Sieg auf sein 60jähriges Bestehen zurückblicken.

Dieses Ereignis galt es zu feiern.

60 Jahre BBA



Durch die ergebnisorientierte Zusammenarbeit zwischen den alternierenden Vorsitzenden und deren Zusammensetzung (DGB-Regionsvorsitzender und IHK-Vizepräsident) mit der IHK-Geschäftsführung hat das Gremium eine hohe Reputation und regionale Projekte auf den Weg gebracht.

So ist zum Beispiel das Projekt „Haus der Berufsvorbereitung“, an dem auch der DGB beteiligt ist, auf Initiative des BBA zustande gekommen.

Auf Anregung des DGB sollten nach der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), Unterausschüsse zur Qualitätssicherung in der Berufsausbildung gegründet werden. Im Zuständigkeitsbereich der IHK Bonn/Rhein-Sieg wurde kein Unterausschuss, sondern ein Qualitätszirkel eingerichtet.

Qualitätssicherung

Prüfungsausschüsse

Die Bedeutung der Arbeitnehmervertreter in den Prüfungsausschüssen

Drittelparität

Den Gewerkschaften ist es nach harten Auseinandersetzungen gelungen, die drittelparitätische Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Einrichtungen der beruflichen Bildung sicherzustellen. Hieraus erwächst den Arbeitnehmervertretern in den Prüfungsausschüssen eine besondere Verantwortung. Sie haben die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wahren.

Ziele der Arbeitnehmervertretung in den Prüfungsausschüssen

Prüfungen geben Auskunft darüber, ob die in den Ausbildungsordnungen vorgeschriebenen Kenntnisse und Fertigkeiten tatsächlich vermittelt wurden. Das muss überprüft werden!

Die Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfungskandidat jene Tätigkeiten selbstständig ausführen kann, für die die Berufsausbildung qualifizieren soll – nicht mehr und nicht weniger! Inhalt der Ausbildung sollten nicht nur die Anforderungsprofile des Ausbildungsbereiches sein, sondern auch ökonomische, politische, ökologische und soziale Qualifikationen.

Angenehme
Prüfungsatmosphäre

Denn: Nur wer über den betrieblichen Horizont hinaussehen kann, hat eine echte berufliche Zukunft.

Eine mangelhafte Ausbildung darf nicht zu Lasten des Prüfungskandidaten gewertet werden.

Prüfungskandidaten verdienen eine optimale, d.h. auch angenehme Prüfungsatmosphäre. Der Prüfungsausschuss soll dem Prüfungskandidaten Gelegenheit zum Nachweis von Fertigkeiten und Kenntnissen geben und nicht in Randbereichen Lücken ausspähen! Noten von Prüfungen werden häufig als Auslese Kriterien missbraucht, doch Prüfungen zeigen nur einen kleinen Leistungsausschnitt, daran sollten die Arbeitnehmervertreter denken!

Leitlinien für Prüfertätigkeit

Für den Zuständigkeitsbereich der IHK Bonn/Rhein-Sieg, hat der Berufsbildungsausschuss „Leitlinien für Prüferinnen und Prüfer“ erarbeitet und verabschiedet. Hierin sind die Qualitätsstandards, wie z.B. Persönlichkeits-, Fach-, Sozial- und Methodenkompetenz und die Bereitschaft zur Weiterbildung enthalten.

DGB-Regionsfrauenausschuss

Der DGB-Regionsfrauenausschuss Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg hat in der Vergangenheit zahlreiche politische Veranstaltungen und Aktionen ins Leben gerufen und durchgeführt.

- **Initiative für Frauen 2008 "ICH BIN MEHR WERT!"**

Die frauenpolitische Initiative "ICH BIN MEHR WERT!" startete zum Frauentag 2008 als Aktionsplattform für Akteurinnen in der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Zusammen mit den Mitgliedsgewerkschaften und weiteren Frauenverbänden setzte sich der DGB damit konkret für Frauen am Arbeitsplatz ein. Der Dreiklang aus Entgeltgleichheit, Karrierechancen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie stand über das Jahr 2008 hinaus im Mittelpunkt der Initiative. Mit vielfältigen Aktionen waren zahlreiche Frauen am Erfolg der Initiative beteiligt und richteten die Forderung "ICH BIN MEHR WERT!" an Politik, Unternehmen und Öffentlichkeit.

Aktionsplattform gestartet

Fünzig Jahre nach Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgesetzes in der BRD und der Einführung des Prinzips des gleichen Lohns für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit in den Römischen Verträgen existiert nach wie vor eine deutliche Kluft in der Bezahlung von Frauen und Männern. In Deutschland verdienen Frauen derzeit rund 22 Prozent weniger als Männer – und diese Schere geht weiter auseinander.

Römische Verträge

Dabei ist die derzeitige Frauengeneration im erwerbsfähigen Alter die bisher am besten ausgebildete aller Zeiten. Sowohl die private Wirtschaft als auch der öffentliche Dienst betonen, dass sie auf diese hoch- und höchstqualifizierten Kräfte nicht mehr verzichten können. Es ist daher Zeit, dass sich diese Entwicklung auch beim Entgelt widerspiegelt.

Die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben, insbesondere die geringe Wertschätzung weiblicher Arbeit ist ein Skandal, der sich nicht durch Sonntagsreden lösen lässt. Vielfältige Handlungsstrategien, möglichst abgestimmt, sind das Gebot der Stunde.

Keine Sonntagsreden mehr

So wie in der Familienpolitik seit einiger Zeit erkennbar, bedarf es auch in der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt einer engagierten Politik aller Beteiligten. Bessere öffentliche Kinderbetreuung führt nicht automatisch zu einer besseren Bezahlung von Frauen. Was wir brauchen ist ein Dreiklang aus Entgeltgleichheit, Karrierechancen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dabei sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert zu handeln.

Dreiklang notwendig

Workshop „Gute Arbeit – Gesund am Arbeitsplatz“

Im November 2008 führte der DGB-Regionsfrauenausschuss Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg und der ver.di Frauenrat Bezirk NRW-Süd einen Workshop mit Betriebsrätinnen unter dem Motto

**Gute Arbeit –
Gesund am Arbeitsplatz!**

durch. Unterstützung erhielten wir von der Technologieberatungsstelle beim DGB NRW e.V.

Themen waren:

- Chancengleichheit im Beruf
- Arbeitszeit aus Sicht der Beschäftigten
- Gesundheitsmanagement
Stressprävention
- Arbeitsverdichtung
- Führungsverhalten und Gesundheit
- Unterschiede Frau/Mann

Politischer Brunch

Seit zwei Jahren führt der Regionsfrauenausschuss gemeinsam mit dem Frauenrat im ver.di Bezirk NRW-Süd im Sommer mit Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Verwaltung und Verbänden einen politischen Brunch durch. In ungezwungener Umgebung und bei guter Verpflegung sollen sich die Personen kennenlernen, unterhalten können und Gedanken austauschen. Der erste politische Brunch fand am 16. August 2008 statt. Als Auftakt nach der Sommerpause wurden auch die Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus dem Bonner und Siegburger Raum eingeladen und waren zahlreich vertreten. Dieser Brunch wurde im Rahmen der DGB-Kampagne „ICH BIN MEHR WERT!“ durchgeführt. Die Resonanz war sehr positiv, so dass überlegt wurde, dass neben dem traditionellen Neujahrsempfang der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg jährlich im Sommer zu einem Politischen Brunch eingeladen werden soll.

Gedankenaustausch

Netzwerkpflege

Die zweite Veranstaltung fand am 27. Juni 2009, kurz vor den Sommerferien, statt. Neben der Kontakt- und Netzwerkpflege standen die Themen unserer kommunalpolitischen Anforderungen im Vordergrund.

Eingeladen waren auch alle Kandidaten zur Wahl des neuen Bonner Oberbürgermeisters.

Die Teilnehmerzahl überstieg deutlich die des Vorjahres. Resümee ist, dass die gewählte Form der Veranstaltung Anklang findet und weiter fortgeführt werden soll.

Frauen kommen ins Gespräch

GEWERKSCHAFT DGB veranstaltet politischen Brunch

BONN. Beim Anblick der Speisen lief einem das Wasser im Mund zusammen. Aufgetischt waren unter anderem Brot, Käse und verschiedene Salate. Fleischige Leckerbissen kamen vom Grill, der im Garten stand. Der Regionsfrauenausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg (DGB) und der Frauenrat des ver.di Bezirks NRW Süd hatten zum Brunch ins DGB-Haus geladen.

Gekommen waren am Samstag rund 20 Vertreterinnen von Ge-

werkschaften, aus der Politik und von verschiedenen Frauenverbänden. Bei schönem Sommerwetter genossen sie die Köstlichkeiten und suchten das Gespräch untereinander.

Absicht war es, in lockerer Atmosphäre über Themen und Ideen rund um Frauen in der Gesellschaft zu sprechen. Bewusst habe man bei diesem „politischen Brunch“, so der Titel der Veranstaltung, auf eine Tagesordnung verzichtet, sagte Sigrid Wolf, Organisationssekretärin beim regio-

nalen DGB. Man wolle in ungezwungener Runde „Zusammenarbeit anregen und Netzwerke bilden“, so Wolf weiter.

Hintergrund der ersten Veranstaltung dieser Art ist die bundesweite DGB-Kampagne „Ich bin mehr wert“. Diese richte sich gegen die immer noch ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen im Berufsleben, erklärte Wolf. „Bei gleicher Qualifikation verdienen Frauen bis zu einem Drittel weniger als Männer. Es gilt, für Entgeltgleichheit zu kämpfen“, fügte sie hinzu.

Da das Thema Frauen und Männer angeht, hatten sich mit dem Bonner Bundestagsabgeordneten Uli Kelber (SPD) und Ingo Degenhardt, Regionsvorsitzender des DGB-Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, auch zwei Vertreter des männlichen Geschlechts unter die Damenriege begeben. „Es ist richtig und wichtig, solche Themen zu diskutieren“, machte Degenhardt deutlich.

Sollte die Resonanz auf den Brunch positiv sein, da waren sich Sigrid Wolf und die stellvertretende Vorsitzende des DGB-Regionsfrauenausschuss Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, Angela Borelbach, einig, wird dies nicht der letzte gewesen sein.

meu



Entspannte Atmosphäre: Teilnehmerinnen des DGB-Brunchs mit ihrem Gast Ulrich Kelber (hinten 2. von links). FOTO: VOLKER LANNERT

DGB-Senioren

Nach der letzten DGB-Regionsdelegiertenversammlung fand am 17. November 2005 eine Vollversammlung der DGB-Senioren mit Vorstandswahlen statt. Kollege Peter Stumph wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt.

Die letzte große Veranstaltung galt dem Themenkomplex „Sozialpolitik / Gesundheitsreform.“ Eingeladen war der CDU-Bundestagsabgeordnete, Willy Zylajew, mit dem die Senioren intensiv diskutierten.

Am 22. Juni 2006 hat der DGB-Seniorenausschuss Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg einen Selbstauflösungsbeschluss herbeigeführt, somit ging eine erfolgreiche Ausschussarbeit zu Ende.

Arbeit nach DGB-Bundeskongress eingestellt

DGB-Seniorenausschuß Bonn / Rhein-Sieg/Oberberg Bonn 22.06.06

Der DGB-Seniorenausschuß Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg sieht sich aufgrund der Entscheidung des 18. ordentlichen Bundeskongresses des DGB vom 22. bis 26. Mai 2006, den Seniorinnen und Senioren die satzungsrechtliche Gleichstellung mit der Jugend und den Frauen zu verweigern, veranlaßt, mit sofortiger Wirkung seine Selbstauflösung zu beschließen.

Wir haben die Entscheidung des Bundeskongresses gegen die Interessen der Seniorinnen und Senioren mit Unverständnis und tiefer Betroffenheit zur Kenntnis genommen. Nach zweifachen vergeblichen Versuchen, im DGB die satzungsgemäße Verankerung der Seniorinnen und Senioren zu erreichen, sind wir nicht mehr bereit, als „in der Satzung nicht vorgesehenes Gremium“ auf eine positive Entscheidung des nächsten Bundeskongresses im Jahre 2010 zu warten oder zu vertrauen.

Wir empfehlen allen Seniorinnen und Senioren in den Einzel-Gewerkschaften des DGB ihrer Gewerkschaft zu untersagen, aus ihrem Beitragsanteil 12 % an den DGB abzuführen.

Name, Vorname	Unterschrift
Stumph, Peter	<i>Peter Stumph</i>
Gräf, Erwin	<i>Erwin Gräf</i>
Schneider, Horst	<i>Horst Schneider</i>
Schmidt, Walter	<i>Walter Schmidt</i>
Althausen, Klaus-Dieter	<i>Klaus-Dieter Althausen</i>
Reinhardt, Marlene	<i>Marlene Reinhardt</i>
Schifner, Wolfgang	<i>Wolfgang Schifner</i>
Schmidt, Reiner	<i>Reiner Schmidt</i>
Gunia, Marlies	<i>Marlies Gunia</i>
Heß, Jakob	<i>Jakob Heß</i>

Allen Kolleginnen und Kollegen, die die DGB-Seniorenarbeit über viele Jahre mitgetragen haben, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

DGB-Ortsverband Radevormwald

Mitglieder

Henry Betz, Dietrich Lunderstädt, Michael Ruhland, Holger Wehner, Horst Betz, Jutta Stöhrer, Frank Fuchs, Martina Stiehl

Der Ortsverband Radevormwald plante in seinen monatlichen Vorstandssitzungen verschiedene öffentliche Veranstaltungen zu aktuellen Themen wie „Rente mit 67“ mit Kollegen Andreas Schmidt, Abteilungsleiter Sozialpolitik beim DGB Bezirk NRW im April 2007. An der Herbst-Status-Tagung der 4. Ebene des DGB-Bezirk NRW im September 2007, mit der damaligen stellvertretenden DGB-Bezirksvorsitzenden Elke Hannack, beteiligten sich einige Kolleginnen und Kollegen. Zu jährlichen Neujahrsempfängen wurden Verbände, Vereine, Parteien und Wirtschaftsvertreter eingeladen. Weitere politische Themen waren insbesondere Rechtsextremismus, Bildungspolitik, die Veränderungen des Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) und das geplante Kinderbildungsgesetz (KiBiz) sowie der Mindestlohn.

Veranstaltungen,
Sitzungen und Themen

Der Ortsverband nahm auch am Sternmarsch im Rahmen des Projektes „75 Jahre KZ-Kemna – 25 Jahre Mahnmal Kemna“ im Juni 2008 teil.

Nach dem Rücktritt des Vorsitzenden Henry Betz im Juni 2008, der als Unternehmer in die Selbstständigkeit ging, ist es außerordentlich schwierig, die Arbeit der vergangenen Jahre fortzusetzen. Die bisherigen Initiativen dazu blieben bislang erfolglos. Vereinbart ist, dass im Herbst 2009, nach dem Wahlmarathon, ein neues Treffen stattfindet. Durch die sich ändernden regionalen DGB-Strukturen, steht jedoch die Gründung eines DGB-Kreisverbandes Oberberg im Vordergrund der Bemühungen. Ein Vorstoß wurde bereits Ende 2007 unternommen, wie der nachstehende Bericht zeigt.

Zurzeit keine Aktivitäten

Gedankenaustausch zur Gründung eines DGB-Kreises Oberberg bzw. DGB-Ortsverbandes Gummersbach

Auf Einladung des DGB-Regionsvorsitzenden Ingo Degenhardt erfolgte am 11.12.2007 in Gummersbach ein Gedankenaustausch zur Gründung eines DGB-Kreisverbandes Oberberg bzw. DGB-Ortsverbandes Gummersbach. Hintergrund ist die Stärkung der ehrenamtlichen Ebene. In einigen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen wurde mehrfach der Wunsch geäußert, auch im Oberbergischen Kreis den Versuch zu starten, einen Kreisverband neu zu gründen. Die Überlegungen mündeten in dem Ziel, neben dem Ortsverband Radevormwald weitere DGB-Binnenstrukturen aufzubauen, um gemeinsam die Organisationsstrukturen des DGB und die Zusammenarbeit mit und zwischen den Gewerkschaften weiterzuentwickeln.

Zusammenarbeit
weiterentwickeln

Vor dem Hintergrund der Mitgliederentwicklung der vergangenen Jahre im DGB

Initiative Trendwende

und seinen Gewerkschaften und der Diskussion im Rahmen der Initiative Trendwende, kommt der ehrenamtlichen Tätigkeit in den DGB-Regionen eine zunehmende qualitative Bedeutung zu.

In der Richtlinie für die Binnenstruktur, der Regionen des DGB, ist die Arbeit der Ehrenamtlichen auf die lokalen, örtlichen und kommunalen gewerkschaftspolitischen Fragestellungen gerichtet. Die ehrenamtliche Binnenstruktur ist integraler Bestandteil der Region. Sie ist eingebettet in die Meinungs- und Willensbildung der Gewerkschaften vor Ort.

DGB vor Ort braucht ein Gesicht

Es ist unverzichtbar, dem DGB vor Ort ein Gesicht zu geben. Nur so können wir unsere gewerkschaftlichen Positionen in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Strukturpolitik verankern und Mitglieder gewinnen. Dies ist sicherlich Aufgabe der Hauptamtlichen. Wünschenswert ist aber auch, dass viele ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen beteiligt werden. Das ehrenamtliche Engagement ist somit ein wichtiger Bestandteil und eine Bereicherung in der DGB-Regionsarbeit.

Die zentralen Aufgaben sollen dabei sein:

- Gewerkschaftliche Interessenvertretung in der Kommunalpolitik, entsprechend den Kernaufgaben des DGB
- Initiierung und Mitarbeit in kommunalen Netzwerken
- Mobilisierung für zentrale Kampagnen und Aktionen sowie Planung und Durchführung von gewerkschaftlichen Aktionen und Veranstaltungen vor Ort
- Lokale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung und Initiierung wohnbereichsbezogener Gewerkschaftsgruppen

Die Diskussion ergab folgende Aspekte:

- Problematisch sei die Motivation zum ehrenamtlichen Engagement außerhalb der Arbeitszeit. Des Weiteren sei auch die geringe Anzahl junger Kolleginnen und Kollegen weiterhin und zukünftig ein Problem.
- Wichtig sei auch die Präsenz im Kreisentwicklungsausschuss z.B. als sachkundige Bürger, um Entwicklungen auf Kreis- und Kommunalebene direkt und zeitnah mitzubekommen.
- Regelmäßige Zusammentreffen wären dringend. Es sei ein politischer Fehler, sich aus der Fläche zurückzuziehen. Man müsse ein eigenes Gesicht vor Ort entwickeln. Aus jeder Gewerkschaft sollte mindestens 1 Vertreter/ Vertreterin benannt werden.
- Bedeutung eines kontinuierlichen Informationsaustausches, um überhaupt reagieren zu können. Dieses Fehlen macht auch gute Pressearbeit unmöglich. Entscheidend sei es, kurze Wege zu finden.
- Einen Jahresempfang/Arbeitnehmerempfang und 2-3 Veranstaltungen pro Jahr durchzuführen, um Namen von Gewerkschaftsvertretern gezielt bekannt zu machen. Zu dem sollten 2-4 Pressegespräche geführt werden.

Vorfeldarbeit

Die Vorfeldarbeit des DGB hat viele Facetten und umfasst in der Region hauptsächlich die Zielgruppen Schüler und Auszubildende.

Vorfeldarbeit ist vielfältig

Kooperation mit der Integrierten Gesamtschule Bonn Beuel

Im Rahmen der seit 2001 bestehenden Kooperation mit der Gesamtschule Bonn Beuel, führt der DGB in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg unterschiedliche Aktionen durch, um die Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben vorzubereiten.

Neben der jährlich stattfindenden Berufsvorbereitungswochen in der Jahrgangsstufe 8, an der wir uns mit Workshops rund um die Themen, Bewerbung, Interessen und Neigungen, Ausbildungsplatzsuche und Interessenvertretungen beteiligen, bieten wir einmal im Jahr ein Bewerbungstraining für die 8. Klassen an. Die Planungen führen wir in enger Abstimmung mit Lehrern und Schule durch. Diese bereiten alle schriftlichen Bewerbungsunterlagen gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern vor und leiten uns diese zur Vorbereitung auf das Planspiel „Ready Steady Go“ weiter. Hierbei simulieren wir mit Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, Bewerbungsgespräche, um mit den Jugendlichen diese Situationen zu üben und sie für die Realität zu rüsten.

Ready Steady Go

Das Projekt bzw. Planspiel „Ready Steady Go“ hat sich hervorragend bewährt.

Der Tag selber startet mit einem Einstellungstest für alle teilnehmenden Schülerinnen und Schüler, der sofort von unseren Expertinnen und Experten, korrigiert wird. Die Ergebnisse fließen natürlich in die darauf folgenden Bewerbungsgespräche ein. Hierbei führen unsere Expertinnen und Experten mit den von den Schülerinnen und Schülern zuvor erstellten Bewerbungsunterlagen, realitätsnahe Gespräche durch, die sie im Anschluss direkt reflektieren. Hier erfahren sie Stärken und Schwächen in ihrem Auftreten, Verhalten und ihren Leistungen. Dabei ermutigen unsere Expertinnen und Experten die Teilnehmenden, ihre Stärken auszubauen und an ihren Schwächen zu arbeiten. Um diese Zeit real auch zu haben, setzen wir mit diesem Planspiel bereits in der 8. Klasse an. Gleichzeitig bieten wir ihnen für später weitere Hilfestellung an, wie unsere Sprechstunde zur Beratung rund um das Thema Bewerbung, die wir monatlich an 2 Tagen im DGB-Haus anbieten. Auch wenn man den Teilnehmenden den Stress des Tages deutlich anmerkt, sind sich alle darin einig, dass es sich lohnt, um zu mindest einem kleinen Teil bessere Wahlmöglichkeiten und Einstiegschancen ins Berufsleben zu geben. Aufgrund der guten Erfahrungen aus unserer Sicht und der positiven Resonanz der Teilnehmenden und der Schule, haben wir dieses Planspiel zu einem wiederkehrenden Ereignis gemacht.

Stärken und Schwächen

Als Kooperationsschule hat die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, im Jahr 2008, der Gesamtschule Bonn-Beuel ebenfalls die Teilnahme an dem Projekt „Zukunftscamp“ angeboten.

Einige der Schülerinnen und Schüler haben von dem Angebot Gebrauch gemacht und nehmen regelmäßig an den Schulungsveranstaltungen im Projekt „Zukunftscamp“ teil.

Zukunftscamp – Future Know

Das durch die Bundesagentur für Arbeit und anderen Kooperationspartnern geförderte Projekt begleitet Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse bis zu ihrem Abschluss. Ziel ist es die teilnehmenden Jugendlichen in eine Ausbildung zu vermitteln.

Das Projekt hat mit einem dreiwöchigen Workshop rund um das Thema Arbeit, Fähigkeiten, Interessen in der DGB-Jugendbildungsstätte in Hattingen gestartet. Im laufenden Schuljahr nehmen die Schülerinnen und Schüler an Wochenendkursen zur Berufsvorbereitung teil.

Teilnehmer des bundesweiten Projektes sind in Kooperation die DGB-Region NRW Süd-West, die DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg und die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg.

Betreut werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während des ganzen Zeitraums von geschulten Teamerinnen und Teamern, die mit verschiedenen Experten aus den unterschiedlichen Bereichen zusammen arbeiten.

Vernetzt wird dieses Projekt durch die DGB-Regionen mit der Agentur für Arbeit, den Eltern und den Schulen.

Bewerbungsberatung

Seit einiger Zeit bietet die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg eine Beratung für Jugendliche an, die an der Schwelle ins Berufsleben stehen.

Hier helfen wir u.a. bei den Themen: Berufswahl, Bewerbung, Vorstellungsgespräch.

Die Beratung gibt Hilfestellung und findet, bei Bedarf, monatlich an 2 Tagen im Bonner DGB-Haus statt.

Ausbildungsmessen

Auf unterschiedlichen Ausbildungsmessen in der Region ist der DGB mit zahlreichen Informationen und Aktionen jeweils mit einem Stand vertreten. Neben der größten Ausbildungsmesse in der Region, der Ausbildungsbörse in der Bonner Beethovenhalle, besuchen wir dabei aber auch die Börsen an den Schulen selber. So nehmen wir beispielsweise an der Ausbildungsbörse der Gesamtschule Marienheide teil und steuern auch einen Workshop zu den Themen Rechte und Pflichten in der Ausbildung und Gewerkschaften bei.

Vorfeldarbeit



Berufsschultour am
Berufskolleg in Hennef

Berufsschultour

Neben der durch die DGB-Jugend NRW, organisierten Campus Tour, die an der Bonner Universität einen Stand betreut hat, besuchen wir regelmäßig, zum Teil mit der ver.di Jugend NRW-Süd, die Berufsschulen der Region.

Mit einem Info-Stand auf den Schulhöfen haben wir einzelnen Schülerinnen und Schülern oder ganzen Klassen Frage und Antwort gestanden, rund um die Themen Rechte und Pflichten in der Ausbildung, Gewerkschaften und Mitbestimmung.

Seminare

In Zusammenarbeit mit der oberbergischen Bildungseinrichtung „Haus Keppel“ bieten wir pro Jahr 10-12 Seminare zur Berufsfindung und zu sozial- bzw. gesellschaftlichen Themen an.

Im Durchschnitt besuchen 20-25 Jugendliche die Seminare, um sich optimal auf die Phase der Ausbildung vorzubereiten. Schwerpunkte sind u.a. Ausbildungsplatzsuche, Ablösung von Schule und Elternhaus, Einstieg ins Berufsleben und Rechte und Pflichten.

Einige Seminare haben aber auch das Ziel, soziale und geschlechterspezifische Rollen aufzuarbeiten. Hier setzen sich die Jugendlichen mit Leistungsanforderungen, Konfliktfähigkeit und Geschlechterverhältnissen auseinander.

Pressternin im Siegburger
Gewerkschaftshaus

DGB-Forderung zur Kommunalwahl



RHEIN-SIEG-KREIS. Viel mehr Aufgaben sollten in öffentliche Hände kommen oder bleiben. Das spare sogar Kosten, wie das Beispiel der RSAG zeige, die unter anderem die Müllabfuhr wieder mit eigenen Leuten mache, statt sie wie früher an eine Privatfirma zu vergeben. Mit solchen Forderungen mischt sich der Deutsche Gewerkschaftsbund in den Kommunalwahlkampf ein. Und deshalb ging der DGB Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg nun an die Öffentlichkeit, erklärte mit vier Spitzenvertretern der Region, was Parteien nach Gewerkschafts-Meinung beachten sollten. Gefordert werden etwa auch öffentliche Busse, die zu Zeiten fahren, wenn Schichtarbeiter Arbeitsschluss oder -beginn haben. Politiker sollten

Kinderarmut bekämpfen, hieß es. Allein in Bonn seien 10 000 Kinder von Armut betroffen. Die Gewerkschafter fordern auch eine Gesamtschule im Raum Siegburg/Sankt Augustin, eine bessere Arbeitsmarktpolitik, mehr sozialen Wohnungsbau, arbeitsplatzschaffende regionale Wirtschaftspolitik und eine solidarischere Gesellschaft in der Region. Per Post versandten (von links) DGB-Regionsvorsitzender Ingo Degenhardt, Verdi NRW-Süd-Geschäftsführer Peter Prochnow, 1. Bevollmächtigter Ralf Kutzner von der IG Metall Bonn/Rhein-Sieg/Euskirchen und der Stellvertretende Verdi NRW-Süd-Vorsitzende Dietger Knott ihre Forderungen an Kommunalpolitiker. (ca / Foto: Mischka)

Gewerkschaftliche Anforderungen

Unter dem Motto „Gute Arbeit - Qualitative Daseinsvorsorge - Solidarische Gemeinschaft“ wurden im Mai 2009 die Forderungen der Gewerkschaften an die Kommunalpolitik 2009-2014 zusammengefasst.

Kommunalpolitik findet vor der Haustür statt – schon der Bürgersteig vor dem Haus ist eine kommunale Angelegenheit. Und darum geht sie jede, jeden etwas an, ganz gleich in welchem Alter.

Der DGB und seine Gewerkschaften engagieren sich für gute Arbeit und gutes Entgelt für alle. Der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge, gleiche Bildungschancen und eine solidarische Gesellschaft sind zentrale Anliegen des DGB. Der DGB setzt sich ein für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Menschen in Bonn, im Rhein-Sieg-Kreis und im Oberbergischen Kreis.

Daseinsvorsorge und
Daseinsfürsorge

Auch die Städte und Kommunen in der Region müssen sich den Auswirkungen der Krise konsequent entgegenstellen. Es gilt mit Investitionen für mehr Bildung, eine gesunde Umwelt, Gesundheit, Kultur, für eine gute Infrastruktur und handlungs- und leistungsfähige öffentliche Verwaltungen, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und zu fördern, den weiteren wirtschaftlichen Abschwung zu bremsen und ggf. zu stoppen.

Mehr Bildung

Aber auch in der wirtschaftlichen Krise darf die weitere Alterung der Gesellschaft und der damit u. a. drohende Fachkräftemangel nicht vergessen werden. Die Förderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und geeigneten Qualifizierungsmaßnahmen ist auch aus diesen Gründen wichtig.

Mitbestimmung in der Arbeitswelt und demokratische Strukturen sind wichtige Säulen für eine sozial gerechte Gesellschaft. Mitbestimmung muss in den kommunalen Betrieben, auf Unternehmensebenen und in der kommunalen Verwaltung gestärkt und ausgebaut werden.

Sozial gerechte Gesellschaft

Die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg hat in Bonn, Siegburg und Gummersbach dazu Pressegespräche durchgeführt.

In einer umfangreichen Versandaktion haben wir allen kommunalpolitisch Verantwortlichen in der Region unser Anforderungspapier zukommen lassen. Am 1. Mai 2009 konnten die Oberbürgermeisterkandidaten für Bonn auf dem Marktplatz, während der Mai-Veranstaltung, zu unseren Positionen Rede und Antwort stehen. Im Juni 2009 erhielten sie noch einmal die Gelegenheit beim Politischen Brunch im Bonner DGB-Haus mit uns darüber zu diskutieren.

Kreisentwicklungskonzept Rhein-Sieg-Kreis 2020

Demographischer Wandel

Ausgehend vom Demographischen Wandel und den damit verbundenen und bevorstehenden Veränderungen haben sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Landrat, Ende 2007, darauf verständigt, in einem Kreisentwicklungskonzept Perspektiven für das Jahr 2020 aufzuzeigen und Entwicklungen zu analysieren, damit die richtigen Weichenstellungen erfolgen können.

Unterstützung erfährt der Kreis vom Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität (TU) Kaiserslautern.

DGB war nicht eingeladen

Mitte April 2008 erreichte uns ein Pressebericht, dass am selben Tag im Siegburger Stadtmuseum eine Auftaktveranstaltung zum Kreisentwicklungskonzept Rhein-Sieg-Kreis 2020 stattfindet, zu der der Deutsche Gewerkschaftsbund/die Gewerkschaften in der Region nicht eingeladen waren.

In einem Schreiben an Landrat Frithjof Kühn wurde dieser Sachverhalt geschildert. In einem direkten Antwortschreiben entschuldigte sich ein Vertreter des Landrates für das Versehen, den DGB als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen nicht eingeladen zu haben.

Neben den Plenumsveranstaltungen haben sich DGB und die Gewerkschaften IG Metall, ver.di, GEW und Transnet im weiteren Prozess engagiert, so in den Arbeitsgruppen „Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Wissenschaft“, „Bildung“ und „Tourismus“.

Gewerkschaftliche Sichtweisen

Demographie, Bildung, regionale Wirtschafts-, Branchen- und Erwerbsstruktur, sowie der gesamte soziale Bereich spielen in unserer gewerkschaftlichen Aufgabenwahrnehmung eine wesentliche und bedeutende Rolle.

So haben wir gewerkschaftliche und arbeitnehmerorientierte Sichtweisen und Interessen mit in den Prozess eingebracht.

Im Zusammenspiel aller regionaler Akteure können bedarfsgerechte Handlungsstrategien entwickelt, Standortqualitäten dauerhaft gesichert, und bestehende Potentiale kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Mittlerweile ist der Diskussionsprozess in den einzelnen Arbeitsgruppen abgeschlossen.

Veranstaltungen / Aktionen

1. Mai Tag der Arbeit

Bonn:

Viel wurde in den letzten Jahren um die Ausgestaltung der Bonner 1. Mai-Veranstaltung diskutiert, vieles wurde überlegt um diesen Tag attraktiver zu gestalten und mehr Kolleginnen und Kollegen zu motivieren sich an Demonstration und Kundgebung zu beteiligen.



Ein erster Erfolg wurde den Initiatoren im Jahr 2006 beschert, mit der Umgestaltung des Veranstaltungsortes – Bonner Marktplatz.

Alle im Berichtszeitraum liegenden Veranstaltungen werden durchweg positiv, in der Vorbereitung und Durchführung gewertet.

Zwar erreichen wir noch immer nicht die Mehrzahl unserer Kolleginnen und Kollegen, trotz eines familiären Angebots, dennoch ist festzustellen, dass wir einen guten Weg eingeschlagen haben. In diesem Jahr hat sich die ver.di-Jugend intensiv beteiligt, Schwerpunkte gesetzt und sich aktiv in die Vorbereitung, auch mit neuen Ideen, eingebracht. So war erstmals, seit vielen Jahren, im Demonstrationzug wieder eine Musikgruppe vertreten.

Neue Ideen eingebracht

Unsere Überlegung, 2009 alle Bonner Oberbürgermeisterkandidaten einzuladen, ist von einigen Ausnahmen abgesehen, sehr positiv aufgenommen worden. Unter Moderation von WDR-Redakteur, Lorenz Beckhardt, diskutierten die Kandidaten zu kommunalen und gesellschaftlichen Themen. Im Vorfeld wurden ihnen unsere kommunalpolitischen Anforderungen zugesandt.

Dies war die erste und zugleich größte Open-Air-Veranstaltung mit allen Kandidaten, und das zu Themen, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen.

Unsere Kundgebungen haben u.a. musikalisch begleitet: die erste Bonner DGB-Band „Workin Class“ und die „Lucky-Strike-Band“, die sich beim großen Streik an den Bonner Unikliniken im Jahr 2006 gegründet hat.

Der 1. Mai ist nach wie vor, der Tag an dem sich Kolleginnen und Kollegen treffen, um zu demonstrieren und sich auszutauschen.

2009 waren weit über 1.000 Menschen auf dem Bonner Marktplatz versammelt, eine Zahl die zuversichtlich in die Zukunft blicken lässt.

2009 gute Beteiligung



„Gute Arbeit muss drin sein“ hieß die Devise, als der Deutsche Gewerkschaftsbund am Tag der Arbeit zu Kundgebung und Fest auf die Siegburger Kaiserstraße lud.

BILDER: ANDREAS HELFER

Mindestlohn gefordert

Kundgebung zum „Tag der Arbeit“ auf der Kaiserstraße

Siegburg - Einen Rucksack voll fleißiger Lieschen brachte ein Besucher zu Maikundgebung und Familienfest des DGB auf der Kaiserstraße mit, und eine symbolträchtigere Blume hätte er kaum wählen können: Um den zum Fleiß dazugehörigen Preis ist es nach Ansicht der Arbeitnehmervertreter schlecht bestellt. DGB-Gewerkschaftssekretärin Britta Wortmann bemängelte in ihrer Ansprache, dass zu viele Menschen nicht mehr von einer einzigen Beschäftigung leben könnten. Dringend müsse die Politik daher einen Mindeststundenlohn von 7,50 Euro einführen. „Die Einkommen müssen den Menschen auch ein Leben im Alter sichern.“

Die Erhöhung des Renteneintrittsalters bezeichnete Wortmann als „versteckte Rentenkürzung“, und auch die Zunahme von Beschäf-



Symbolträchtig: Fleißige Lieschen hatte ein Besucher mitgebracht.

tigtenzahlen im Leiharbeitssektor prangerte sie an: In diesem Bereich gebe es keine Weiterbildung, dafür aber die „gefährlichsten und schmutzigsten Arbeitsplätze“. Laut DGB ist die Leiharbeit im Rhein-Sieg-Kreis zwischen Juni 2003 und

Juli 2007 um 118 Prozent gestiegen. Schlecht stehe es auch um die Geschlechtergerechtigkeit: Frauen verdienen im Schnitt immer noch 22 Prozent weniger als Männer.

Viele hundert Besucher waren anlässlich des Tags der Arbeit und unter der Losung „Gute Arbeit muss drin sein“ auf die Kaiserstraße gekommen, die in Höhe des Gewerkschaftshauses gesperrt war. Neben der Coverband Clockwork stand auch eine seit Jahren verlässliche Größe der Veranstaltung auf dem Programm: der Kölner Kabarettist Wilfrid Schmockler. Neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der IG Metall, Verdi, der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) und den Sozialausschüssen der CDU (CDA) zeigten die griechische Gemeinde und viele andere Organisationen Präsenz.

Siegburg:

Die Kundgebung und das folgende Familienfest zum 1. Mai in Siegburg ist Tradition. Dabei wird das Fest auf der Kaiserstrasse jedes Jahr gut besucht. Neben den Ansprachen der Vertreterin des DGB und den Mitgliedsgewerkschaften spielt jedes Jahr eine lokal ansässige Band als musikalische Untermauerung. Aber der heimliche Star und etwas andere Redner an diesem Tag ist der Kölner Kabarettist Wilfried Schmockler, der aktuelle gewerkschaftliche Belange satirisch auf den Punkt bringt und das seit vielen Jahren mit großem Erfolg.

Die vor Ort ansässigen internationalen Vereine sorgen jedes Jahr für kulinarische Köstlichkeiten und „Tanzeinlagen“, so dass dieser Tag in Siegburg den Namen internationaler Feiertag auch verdient.

Dank der Mitarbeit aller Gewerkschaften ist dieser Feiertag ein Highlight in der Kreisstadt.

Kommunale Politik trifft sich hier mit dem öffentlichen Leben und den in unserer Organisation vertretenden Kolleginnen und Kollegen.

Wilfried Schmockler
als Mairedner

Highlight in der Kreisstadt

Gummersbach:

Traditionell findet auch im Oberbergischen Kreis am 1. Mai eine DGB-Kundgebung statt. Redner sind jeweils regionale Gewerkschaftsvertreter.

2008 hat Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) und IG Metall Kollege die Maiansprache unter dem Motto „Gute Arbeit muss drin sein!“ gehalten.

Karl-Josef Laumann
zu Gast

Die unterschiedlichsten oberbergischen Organisationen, Verbände, Parteien und Bildungsträger beteiligen sich jedes Jahr am „Markt der Möglichkeiten“ und stellen sich dem Publikum an Informationsständen vor. Verschiedene musikalische Rahmenprogramme und kulturelle sowie kulinarische Beiträge unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen runden das alljährliche Programm ab.

Markt der Möglichkeiten

Der Wechsel des Veranstaltungsortes ab dem Jahr 2008 hat wesentlich zur besseren Wahrnehmung unserer Kundgebung im Innenstadtbereich beigetragen.

Für Arbeit und fairen Lohn

DGB-Kundgebung mit Forderungen an Politik und Unternehmen

Von HEIKE HÜSCHEMENDER

GUMMERSBACH. Die Themen Arbeitsplatzsicherung und Wirtschaftskrise standen bei der Kundgebung am 1. Mai auf dem Lindenplatz im Mittelpunkt. Der DGB, Region Bonn, Oberberg und Rhein-Sieg, hatte am Tag der Arbeit eingeladen, um vor zahlreichen Zuhörern seine Forderung deutlich zu machen: Arbeit für alle bei fairem Lohn.

Für dieses Ziel, so machte Uwe Baasch, Bevollmächtigter der IG Metall Gummersbach, in seiner Rede deutlich, werden sich die Gewerkschaften in der Politik und den Betrieben einsetzen. Er rechnete mit gierigen Managern ab und meinte, dass die Krise Anstoß sei für eine längst fällige Veränderung, für mehr Anstand, Respekt und Gerechtigkeit.

Baasch mahnte, die Nerven zu behalten und die arbeitspolitischen Instrumente wie die Kurzarbeit zu nutzen. Von den Unternehmen erwarten die Gewerkschaften, dass die Ausbildung mindestens im bishe-

rigen Umfang fortgeführt und die jungen Leute übernommen werden.

Kritik ernteten wegen ihrer Politik nicht nur die Liberalen, sondern auch die Sozialdemo-

kraten, die mit Einführung der Rente ab 67 ein „Brandzeichen auf dem Gesäß haben“. Baasch: „Das vergessen wir euch nicht. Das war übel, und wir erwarten, dass ihr das kor-

rigiert.“ Betont wurden die Forderungen nach Mindestlohn („Damit jeder von seinem Lohn auch leben kann“) und Gerechtigkeit bei der Leiharbeit („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“).

Noch vor den Wahlen sollen die Parteien mit dem Ergebnis der IG-Metall-Umfrage „Was ist ein gutes Leben?“ konfrontiert werden. „Und wir fragen dann, wo sich in den Wahlprogrammen die Wünsche der Menschen wiederfinden.“

Besorgt über die steigenden Arbeitslosenzahlen und die ab Sommer drohende Entlassungswelle war DGB-Organisationssekretärin Sigrid Wolf. „Wir fordern eine neue solidarische Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft.“ Sie betonte, dass sich die Gewerkschaften für eine freie und tolerante Gesellschaft einsetzen werden, in der Rassismus keinen Platz habe.

Bei kurdischen Speisen und Musik von Manfred Pohlman mit dem Trio Manjio wurde auf dem Lindenplatz noch lange diskutiert.



Gut besucht, auch von Vertretern aus Politik und Kirche, war die DGB-Kundgebung am 1. Mai auf dem Lindenplatz. (Foto: Hillenbach)

Jährlich Info-Stände
in Siegburg

Zusammenarbeit mit ver.di

Internationaler Frauentag

Der DGB-Regionsfrauenausschuss organisierte jährlich von 2004 -2009 zum Internationalen Frauentag am 8. März Infostände auf dem Marktplatz in Siegburg. Zudem wurden um den Internationalen Frauentag auch immer verschiedene politische Veranstaltungen zu diversen Themen durchgeführt.

Frauen wollen in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in der eigenen Organisation gleichberechtigt beteiligt werden. Gewerkschaftliche Frauenpolitik verfolgt dieses Ziel durch Frauenförderung, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik. Hierdurch sollen die Interessen von Frauen in allen Politikfeldern durchgesetzt werden.

In Zusammenarbeit mit dem Frauenrat ver.di Bezirk NRW-Süd 2005 veranstaltete die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg eine Diskussion zum Thema „Hartz I-IV und seine Auswirkungen“. Anschließend wurde das Thema von Heide Michels und Rita Zimmermann kabarettistisch aufgegriffen.

2007 wurde im DGB-Haus der Film „Die Schönste aus Bitterfeld“ gezeigt und im Anschluss die Lebenssituation von Frauen in der DDR diskutiert.

2008 fand im Frauenmuseum Bonn eine Podiumsdiskussion unter dem Motto „ICH BIN MEHR WERT!“ zum Thema „Wo steht Frau heute?“ statt. Gäste waren Ulla Lehmacher, Mitglied des Personalrates Uni-Kliniken Bonn, Athina Samiotou, Betriebsrätin EATON Fluid GmbH, Stefan Pfeifer, Abteilungsleiter Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik beim DGB-Bezirk NRW, Barbara Henke, Mitglied der Geschäftsführung Gesamtbetriebsrat Deutsche Post.

Auch 2009 waren die Themen des Internationalen Frauentages Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, Weiterbildung und Karrierechancen für Frauen und eine lebbare Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Arm trotz Arbeit – auch qualifizierte Frauen sind betroffen

Anlässlich des Weltfrauentages diskutiert der Deutsche Gewerkschaftsbund mit Politikern

BONN. Arm trotz Arbeit – auf immer mehr Menschen trifft das zu. In Deutschland arbeitet jeder fünfte Arbeitnehmer für Niedriglohn. Das ergab eine Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes NRW. Besonders betroffen sind Mini-Jobber, gering Qualifizierte, jüngere Menschen, Migranten – und Frauen im Allgemeinen. Mindestlohn – prekäre Beschäftigung. Sind Frauen besonders betroffen?“, fragte daher am Montagabend der DGB Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg bei einer Podiumsdiskussion anlässlich

des Internationalen Frauentages. Unter der Leitung von GA-Redakteurin Sylvia Binner diskutierten Bonner Politiker.

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigung sei seit Mitte der 90er Jahre deutlich um sieben Prozent gestiegen, sagte Sigrid Wolf, DGB-Organisationssekretärin. Von 2004 bis 2007 seien in NRW 70 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten Frauen gewesen, im Jahreschnitt 900.000. Frauen arbeiteten häufiger nur befristet, in Teilzeit oder als Leiharbeiterin. Entsprechend groß sei das Risiko der Altersarmut. „Es sind nicht nur gering qualifizierte Frauen betrof-

fen“, sagte Claudia Weinkopf, stellvertretende IAQ-Direktorin. Zwei Drittel hätten eine Berufsausbildung oder einen akademischen Abschluss. Noch immer heiße es, Frauen arbeiteten häufig in Teilzeit, weil ihr Lohn Zuverdienst sei. Von Freiwilligkeit könne aber keine Rede sein.

Auch die Berufswahl ist entscheidend: „Rund die Hälfte der weiblichen Azubis wählt zehn Berufe von über 344 Ausbildungsbereufen“, sagte Maria-Theresia van Schewick, Kreisvorsitzende der Frauen Union Bonn. Es seien Berufe in Dienstleistung oder Gesundheitswesen, die oft schlecht



Sigrid Wolf (rechts) und Claudia Weinkopf diskutieren über Niedriglohn. FOTO: VOLKER LANNERT

entlohnt würden. „Natürlich ist Politik gefragt“, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrike Merten. Gerechte Löhne seien aber auch eine Frage von Tarifverhandlungen. Sie sprach sich wie Katja Dörner, Bündnis 90/Die Grünen, und Paul Schäfer, Bundestagsabgeordneter der Linken, für einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn aus. „Es ist unwürdig, wenn Menschen für drei Euro Stundenlohn arbeiten sollen“, sagte Dörner. Dem pflichtete Klaus Mehren, AG für Arbeitnehmerfragen der SPD, bei: „Der Gang zur ARGE trotz Arbeit kann nicht Ziel unserer Gesellschaft sein.“ fbg

Am 9. März 2009 wurde mit den Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag aller Parteien über Mindestlöhne und prekäre Beschäftigung diskutiert und nach Lösungsansätzen gesucht. Den wissenschaftlichen Einstieg lieferte Dr. Claudia Weinkopf, stellvertretende Direktorin des Instituts Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg/Essen. Wichtiges Thema ist auch immer wieder die Forderung nach Entgeltgleichheit.

Neujahrsempfänge

Zu Beginn eines jeden neuen Jahres findet traditionsgemäß der Neujahrsempfang der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg im Bonner Gewerkschaftshaus statt. Eingeladen werden neben unseren gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertreter, die Partner aus Wirtschaft und Gesellschaft, mit denen wir kontinuierlich zusammenarbeiten, sowie unsere politischen Mandatsträger auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene – parteiübergreifend.

Immer viele Gäste

In der Neujahrsansprache zieht der Regionsvorsitzende, teils auf humorvolle Art und Weise, eine kritische Bilanz der politischen Ereignisse des letzten Jahres, verbunden mit einer aktuellen Bestandsaufnahme und wagt einen Ausblick in die Zukunft.

Neujahrsansprache mit Häppchen und Kölsch

Danach bleibt, bei Essen und Trinken, jeweils viel Zeit für gemeinsame Gespräche zwischen Arbeitnehmervertretern, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.



Ständiger Gast: Ernst Breit (ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes)

Regelmäßig, außer im Jahr 2009, hat der DGB-Ortsverband in Radevormwald ebenfalls zu Beginn eines neuen Jahres zu einem Neujahrsempfang eingeladen. Neben den Grußworten des Ortsverbandsvorsitzenden, des Regionsvorsitzenden, sowie eines Vertreter aus der Kommune, war zu einem Schwerpunktthema ein Referent eingeladen.

Einladung zur Podiumsdiskussion: „Ein Jahr Hartz IV“

Brennpunkt**„Ein Jahr Hartz IV“ -**

wir fragen nach den Auswirkungen in
der Region

Mit dem 1. Januar 2005 trat das neue SGB II in Kraft, in Bonn und auch im Rhein-Sieg-Kreis gründeten sich Arbeitsgemeinschaften (ARGEN): Langzeitarbeitslose auch in unserer Region mussten teils einschneidende Leistungskürzungen hinnehmen ...

Versprochen wurde eine verbesserte persönliche Betreuung und Vermittlung

Die Miete für „angemessenen Wohnraum“ sollte in die Leistung mit einbezogen werden ...

Der Leistungsbezug wurde an der neuen Figur der „Bedarfsgemeinschaft“ ausgerichtet (Vermögen und Partnereinkommen miteinbezogen) ...

„Arbeitsgelegenheiten“ sollten als nachrangiges Förderungsinstrument den Weg zu „neuen Brücken in Arbeit“ beschreiben ...

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften wurden ursprünglich z.B. für den Bereich der Stadt Bonn mit ca. 7 100 veranschlagt, im Oktober 2005 waren es bereits 11 400 ...

Eine kritische Bilanz: Fachleute und Betroffene berichten aus ihren Erfahrungen in der Region

Donnerstag, 16. Februar 2006 19.00 Uhr
DGB-Haus Bonn, Endenicher Str. 127, Großer Saal

Begrüßung und Einleitung:

Ingo Degenhardt
DGB Regionsvorsitzender

Moderation:

Jochen F. Rohlinger
Bonner Rundschau

Podiumsdiskussion

Unter Einbezug von Beiträgen und Erfahrungen von Betroffenen diskutieren

- **Ulrich Hamacher**
Geschäftsführer, Diakonisches Werk
- **Nicole Nuzzo**
Caritasverband Bonn
- **Helmuth Göbel**
Zentrale Schuldnerberatungsstelle DW / Caritas
- **Jürgen Schönfeldt**
Mieterverein Bonn
- **Dietger Knott**
Ver.di NRW-Süd
- **Dagmar Paternoga**
Attac Bonn



Fachtagung: Demographischer Wandel und Diskussionsrunde "Perspektiven für Beschäftigung und altersgerechtes Arbeiten"

Im Rahmen des Aktionsherbstes 2006 "Zukunft der sozialen Sicherung" veranstaltete die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg in Zusammenarbeit mit der IG Metall Bonn/Rhein-Sieg und der TBS NRW am 16. November 2006 eine Fachtagung, bei der es um die Beschäftigungschancen und Arbeitsbedingungen für ältere Menschen ging. Die demografische Entwicklung in der Region Bonn/Rhein-Sieg führt zu einer steigenden Anzahl älterer Menschen. Gleichzeitig ist die Arbeitsmarktsituation für über 50jährige weiterhin nicht günstig. Trotzdem hat die Bundesregierung die Einführung der Rente mit 67 beschlossen.

Demographische Entwicklung und Beschäftigungschancen

Regionale betriebliche Akteure sowie Fachleute analysierten die derzeitige Situation für ältere Arbeitnehmer in den Betrieben und diskutierten über zukünftige Wege und Möglichkeiten für Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mit 67 zu alt für Knochenarbeit

Kritik am späteren Renteneintritt

Gewerkschafter befassten sich auf einer Tagung mit den Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt.

VON RALF JOHNNEN

Sankt Augustin - „Wir haben keine Zeit, den Zaun zu reparieren, weil wir ja die Schafe fangen müssen.“ Mit diesem Bild beschreibt Christoph Lensen von der Technologieberatungsstelle (TBS) des Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Düsseldorf die Personalpolitik vieler Unternehmen aus der Region. Eins der aktuellen Probleme: Der ohnehin angespannte Arbeitsmarkt droht zu kollabieren, wenn demnächst das Rentenalter auf 67 angehoben wird. Außerdem ist kaum ein Unternehmen auf den demographischen Wandel vorbereitet, der sich in den kommenden Jahren vollziehen wird.

Wie Ralf Kutzner als Erster Bevollmächtigter der IG Metall Bonn/Rhein-Sieg präsidiert, konnten von den 15 größten metallektischen Betrieben der Region, die die Gewerkschafter für eine Umfrage ansprachen, nur sechs Angaben über die demographische Struktur ihrer Belegschaft machen. Die anderen Betriebe, so Kutzner, würden zwangsläufig von einer unangenehmen Realität eingeholt: „Ein erheblicher Teil der Beschäftigten wird demnächst in den Ruhestand gehen.“ In manchen Unternehmen würden auf diese Weise ganze Abteilungen ausgelöscht.

Eigentlich müssten die Unternehmen daher verstärkt auf Ausbildung setzen, so Kutzner. Dies geschehe aber in der Regel nicht. Grund: „Die Manager sind heute nur noch auf kurzfristige Erfolge aus. Die haben

selbst nur noch Drei- oder Fünfjahresverträge. Es interessiert sie wenig, was in zehn oder zwölf Jahren aus einem Unternehmen wird.“

Die Anhebung des Renteneintrittsalters werfe zudem zahlreiche Fragen auf. Schon jetzt nämlich ist der Markt für die über 50-Jährigen laut Christoph Lensen außerordentlich schwierig. Und wenn bei den Unternehmen kein Umdenken einsetze, werde die Beschäftigungsquote bei den Betroffenen auch künftig nicht steigen – Renteneintrittsalter hin oder her.

Eine Chance, so Lensen, biete sich indes, wenn die Personalverantwortlichen sich vom Jugendlichkeitswahn verabschiedeten, und stattdessen gezielt auf die Kompetenzen der Älteren setzen. Das heißt, ihre Plus an Erfahrung, ihr hohes Qualitätsbewusstsein, ihre Teamfähigkeit und ihre Kommunikationskompetenz dort einzusetzen, wo sie gefragt sind.

Die Rente ab 67 hält Klaus Hess (ebenfalls von der TBS) jedoch auch aus gesundheitlichen Gründen für eine Zumutung. So seien die körperlichen Belastungen gerade in der Metallbranche extrem hoch. Viele Mitarbeiter seien nicht im Stande, bis zum Alter von 67 diese Knochenarbeit zu leisten. Personen, die dem nicht gewachsen seien, würden schrittweise die alternativen Ausstiegsmodelle in Anspruch nehmen.

Nicht zuletzt, ergänzt Ingo Degenhardt in seiner Funktion als Regionsvorsitzender des DGB, wirke sich ein Renteneintrittsalter von 67 auch auf den Arbeitsmarkt für die nachfolgenden Generationen aus. Knapp 4000 junge Menschen unter 25 seien Ende vergangenen Monats allein in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis ohne Arbeit gewesen. Experten, so Degenhardt, gingen davon



Gewerkschafter befürchten, dass der spätere Renteneintritt mit 67 die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtern wird.



Gemeinsam für mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt: Christoph Lensen, Ingo Degenhardt, Ralf Kutzner und Klaus Hess. BILD: RALF JOHNNEN

Im Anschluss an die Fachtagung fand nachmittags eine Talkrunde zum Thema "Rente mit 67 und altersgerechte Beschäftigung" mit Ulrich Kelber (SPD MdB), Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU MdB), Ralf Kutzner (IG Metall Bonn/Rhein-Sieg) und einem Vertreter des Arbeitgeberverbandes statt.

Talkrunde zu Rente mit 67

Veranstaltungsort war das Berufsgenossenschaftliche Institut für Arbeitsschutz in Sankt Augustin.

aus, dass allein aufgrund des höheren Rentenalters im Jahr 2030 1,2 Millionen zusätzliche Jobs benötigt werden, um die aktuelle Arbeitslosenquote von knapp zehn Prozent halten zu können. Fazit der Gewerkschafter: Die Bewusstseinsklärung für die Folgen des demographischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt hat gerade erst begonnen.

Annelie Buntenbach zu Gast

Auf Einladung des DGB-Regionsvorsitzenden, Ingo Degenhardt, besuchte am 26. Februar 2008, Annelie Buntenbach, geschäftsführendes Mitglied im DGB-Bundesvorstand, die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg.

Besuchsprogramm

Der ganztägige Besuch sah folgende Punkte vor: den Besuch beim Verein für soziale Dienste in Bergneustadt e.V., der Agentur für Arbeit Bonn/Rhein-Sieg, ein Interview mit dem Bonner Generalanzeiger und eine Abendveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Thema „Von prekärer Beschäftigung zu guter Arbeit“.

Atypische Beschäftigungsformen

Hintergrund für diese Veranstaltung ist das starke Anwachsen atypischer Beschäftigungsformen und prekärer Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren. Auch wenn sich Expertinnen und Experten über die genaue Abgrenzung, die Definition und die Größenordnung dieser Entwicklung streiten, fest steht, dass für immer mehr Menschen Befristungen, geringe Entlohnung und geringfügige Beschäftigung den Erwerbsalltag prägen.

Mindestlohn und Mindestarbeitsbedingungen

Die Gewerkschaften und Teile der Politik nehmen diese Entwicklungen ernst und zum Anlass, Maßnahmen und Instrumente zu entwickeln, um die Entwicklung zu stoppen oder umzukehren. In diesem Zusammenhang spielen die Forderungen nach einem Mindestlohn und nach Mindestarbeitsbedingungen sowie nach „guter Arbeit“ eine zentrale Rolle. Offen ist, ob eine Rückkehr zum Normalarbeitsverhältnis erstrebenswert und machbar ist oder ob Regelungen gefunden werden müssen, die eine neue Balance zwischen Flexibilitätsanforderungen und Sicherheitsbedürfnissen ermöglichen.



Auf der gemeinsamen Veranstaltung der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg und des Gesprächskreises Arbeit und Qualifizierung der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde die gegenwärtige Situation kritisch beleuchtet und Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Bereichen Politik, Tarifparteien, betriebliche Ebene aufgezeigt und diskutiert.

Podiumsgäste: Annelie Buntenbach, Uli Kelber, Dr. Claudia Weinkopf, Hans-Otto Gerstner.
Moderation: Ruth Brandherm

Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften

Redebeitrag des DGB-Regionsvorsitzenden, Ingo Degenhardt, anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 2008.

„Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.“

so hat es Martin Niemöller ausgedrückt.

Sehr geehrte Damen und Herrn,
liebe Kolleginnen, lieben Kollegen,

heute vor 75 Jahren am 2. Mai 1933 um 10:00 Uhr vormittags haben die Nationalsozialisten mit den Rollkommandos von SA und SS die Gewerkschaftshäuser stürmen lassen. Den Befehl dazu gab es bereits seit dem 21. April.

1933, die Jahre davor und die Jahre danach, waren bittere Jahre, bittere Jahre für die Menschen, bittere Jahre für die Arbeiterklasse, bittere Jahre für die Demokraten und bittere Jahre für Gewerkschaften und ihre Funktionäre.

Heute, 75 Jahre nach den Greultaten stehen wir hier an dieser Stelle im Bonner Gewerkschaftshaus und ich begrüße Sie und Euch recht herzlich zu dieser Gedenkstunde.

Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind, um die Erinnerung an die Zerschlagung der Gewerkschaften wach zu halten, damit sich der Teil unserer Geschichte nie wiederholen wird. Gewerkschaften gehören in ein demokratisches Gesellschafts- und Rechtssystem, sie sind Interessenvertreter, Ordnungsmacht und stehen wie kein anderer für soziale Gerechtigkeit.



Im Respekt vor allen, für die zeitlebens der antifaschistische Kampf im Zentrum ihres Denkens und Handelns stand, nenne ich stellvertretend unseren im letzten Jahr verstorbenen Kollegen Rudi Bock. Wir trauern um alle, die sich unermüdlich eingesetzt und ihr Leben gelassen haben im Kampf um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, im Kampf gegen Diktatur, Ausbeutung und Unterdrückung.

Ich bitte Sie und Euch, sich von den Plätzen zu erheben und ihrer zu gedenken. Ich bedanke mich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am 2. Mai 1933 haben die Nationalsozialisten mit der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser die legitime Vertretung der Arbeitnehmerschaft zerschlagen. Gewerkschaftsfunktionäre wurden eingekerkert, gefoltert und ermordet. Drei Monate nachdem die Nationalsozialisten die Macht an sich gerissen hatten, gehörten Gewerkschafter und ihre Repräsentanten ebenso wie demokratische Parteien und Politiker zu den ersten Opfern eines zwölf Jahre andauernden Terrors.

Um die Erinnerung an die Folgen dieses für die Arbeiterbewegung insgesamt fatalen Mai 1933 aufrecht zu erhalten soll diese Feierstunde heute Mittag auch eine Auftaktveranstaltung zu einem regionalen, gewerkschaftlichen Ausstellungsprojekt unter dem Arbeitstitel:

„Gewerkschaftsbewegung in Bonn und Umgebung – Entstehung, Verfolgung, Wiederaufbau“

Dieses Projekt beginnt jedoch nicht bei Null, sondern baut auf eine Ausstellung auf, die vor 25 Jahren, ebenfalls im Rahmen eines Projektes entstand und damals von unserem Kollegen Horst Wittkopp maßgeblich erarbeitet wurde. Diese Ausstellung, die immer im alten Gewerkschaftshaus am Bahnhof sowie auch in diesem Haus zu sehen war, wird zur Zeit vollständig überarbeitet. Dazu hat sich eine kleine Projektgruppe gegründet, mitgearbeitet hatten und haben u.a. Rudi Bock, unser ehemaliger stellv. ver.di-Bezirksgeschäftsführer Leo Philippen, Jakob Hess, die Fotografin und Designerin Cynthia Rühmekorf und ich. Begleitet wird das Vorhaben von Kollegin Sofia Graefe, einer Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung im Rahmen eines Praktikums.

Ich möchte allen Beteiligten (und da schließe ich zwei liebe Kollegen mit ein) für die bisherige Arbeit meinen Dank aussprechen, die ersten vier neuen Exponate sehen Sie hier bereits hängen. Nach Fertigstellung der Exponate werden diese als Dauerausstellung hier im großen Saal des Bonner DGB-Hauses zu sehen sein.

Veranstaltungen / Aktionen

Bis zur feierlichen Ausstellungseröffnung ist aber noch viel zu tun. Ich möchte auch von dieser Stelle an die Bonner und umliegende Bevölkerung appellieren, wenn vorhanden, uns Material für diese Ausstellung zur Verfügung zu stellen. Genauso wie Florentius und Cassius und Ludwig van Beethoven gehören Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zur Bonner Geschichte und mit Sicherheit haben sie einen wesentlichen Anteil am Wiederaufbau nach 1945.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

um die Erinnerung wach zu halten möchte ich hier auch noch einen anderen Aspekt ansprechen.

Anlässlich des heutigen Gedenktages ist die Bushaltestelle hier vor dem Haus heute mit dem Zusatz "DGB-Haus" versehen worden. Sie heißt jetzt „Karlstraße/ DGB-Haus“. Hierfür möchte ich mich, und ich denke ich spreche hier für alle Kolleginnen und Kollegen, recht herzlich bei den Bonner Stadtwerken, bzw. der SWB Verkehrs GmbH bedanken. Herr Reining und ich haben vorhin selbst Hand angelegt und das Schild angeschraubt. Ich empfinde das als große Geste, dass hier unser Vorschlag eine Haltestellenpatenschaft zu übernehmen positiv aufgenommen wurde.

Bevor ich nun zum Schluss komme, lassen Sie mich noch drei Kolleginnen und Kollegen besonders begrüßen.



Wolfgang Gröf, Mitglied im ver.di Gewerkschaftsrat, der uns gleich die Historie näher bringen wird und Angela Keil und Andreas Buderus, die unsere Veranstaltung kulturell begleiten. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Kampagnen / Demonstrationen

In den letzten Jahren gab es viele politische Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene, die gegen die Positionen der Gewerkschaften beschlossen wurden. Diese Vorhaben riefen vielfältige Proteste des DGB hervor. Manche richteten sich auch gegen Entscheidungen, die über die Landesgrenzen hinaus Wirksamkeit hatten. Gerade auf der europäischen Ebene ist es wichtig, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Blick zu haben und nicht allein den europäisch aufgestellten Unternehmen das Feld zu überlassen. Europapolitik wird immer wichtiger und darin spielen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine wichtige Rolle.

DGB Proteste zu politischen Entscheidungen

Viele Regierungsentscheidungen sind gegen die Interessen der Beschäftigten geplant und umgesetzt worden. Sei es bundesweit die Einführung der Rente mit 67, die Gesundheitsreform oder auf Landesebene die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes, die Änderung der Gemeindeordnung oder die Einführung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz).

Gemeinsam mit den Gewerkschaften hat der DGB sich beteiligt und Aktionen und Veranstaltungen organisiert.

Begleitkampagne Novellierung Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)

Zahlreiche Personalräte liefen Anfang 2007 Sturm gegen die geplanten Änderungen des Landespersonalvertretungsgesetzes, die die schwarz-gelbe Landesregierung vorgesehen hatten.

Unter dem Druck der geplanten massiven Einschnitte der Mitbestimmung für die Beschäftigten im Landesdienst haben sich die betroffenen regionalen Gewerkschaften gemeinsam unter verschiedenen Aktionen der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg gewehrt. So wurden mit den Landtagsabgeordneten der Region über die konkreten Folgen der geplanten Gesetzesänderung diskutiert.

Diskussion mit den Landtagsabgeordneten

In verschiedenen Gesprächen, Diskussionsrunden und Podiumsdiskussionen haben wir versucht Einfluss auf die Änderungen zu nehmen.

Durch Resolutionen (Bonn-Siegburger Erklärung und Oberberger Erklärung), die neben den DGB-Gewerkschaften auch durch Vertreter des DBB, sowie Vertretern der SPD und der CDA verabschiedet wurden, sollte der Druck auf die Entscheidungsträger erhöht werden, diese Änderungen nicht in der geplanten Form statt finden zu lassen.

Resolutionen in Bonn/Rhein-Sieg und Oberberg

Themenzeitung

Höhepunkt des Protestes in der Region war letztendlich der Empfang der Landes-CDU, die ihren Parteitag 2007 in der Stadthalle in Siegburg abgehalten hat und wir sie an dieser Stelle lautstark und kreativ in Empfang genommen haben.

Zu dieser Veranstaltung haben wir eigens eine Zeitung herausgegeben, die an alle Delegierten und Gäste verteilt wurde.

Begleitet wurde der regionale Protest von landesweiten Veranstaltungen und Demonstrationen, an denen wir teilgenommen haben. Leider ist das Gesetz seit Oktober 2007 in Kraft. Aber wir geben nicht auf, weiterhin auf die negativen Auswirkungen hinzuweisen. Effektive Mitarbeiter brauchen effektive Mitbestimmung. Daher werden wir die Politik zur Landtagswahl 2010 an diesem Thema und ihren Vorstellungen dazu messen.

**Aktionen der DGB-Region
Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg im Rahmen
der Kampagne:**

- Podiumsdiskussion Jacob-Moreno-Schule, Gummersbach
- Pressegespräch Gummersbach
- Mailaktion an die Landtagsabgeordneten
- Gespräche mit den Landtagsabgeordneten aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis
- Oberbergische Erklärung
- Bonn-Siegburger-Erklärung
- Demo Siegburg, CDU-Parteitag 05.05.2007

**Teilnahme an den landesweiten
Aktionen DGB NRW:**

- Demonstration Düsseldorf 08.07.2007
- Personalrätekonferenz

Kinderbildungsgesetz – KiBiz

**Wichtigstes
Gesetzesvorhaben**

Die Landesregierung NRW legte im Frühjahr 2007 den Entwurf des „Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern“ (kurz: KiBiz) vor. Dies gilt als eines der wichtigsten Gesetzesvorhaben der CDU/FDP-Landesregierung und sollte im Oktober 2007 verabschiedet werden.

Widerstand organisiert

Der DGB und die Gewerkschaften in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg haben sehr deutlich ihren Widerstand gegen dieses Gesetz zum Ausdruck gebracht.

Obwohl gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Chancengerechtigkeit für alle Kinder als Gründe für das neue Gesetz angegeben werden, wird genau dagegen verstoßen. Die angeblichen Ziele wie Chancengerechtigkeit oder Anpassungen an die gestiegenen Anforderungen und der Ausbau von Plätzen U3 werden mit diesem Gesetz völlig verfehlt.

Die Kritik lautet:

- Bildungspolitik nach Kassenlage
- Tatsächliche Kosten für Personal sind ungedeckt
- Konkurrenz durch Tarifflicht, Billigangebote
- Abbau von qualifiziertem Personal
- Abbau von Vollzeitstellen
- Reduzierung Schlüssel Erzieherin pro Kind
- Betreuungszeiten nach Elternbudget

Unsere Kritik

Gewerkschaftliche Forderungen sind:

- Sicherung landeseinheitlicher Mindeststandards für die Personal- und Sachausstattung
- Spitzabrechnung der Personalkosten auf Grundlage des Tarifs (Tariftreue)
- Kleinere Gruppen, verbindliche Inhalte und Strukturen
- Hauswirtschaftskräfte, die für eine ausgewogene Ernährung der Kinder sorgen
- Abschaffung der Elternbeiträge - Bildung muss kostenlos sein!
- Steuerfinanzierte Bildungseinrichtung Kindertagesstätte

Unsere Forderungen

Voller Saal im
Franzhäuschen in Lohmar

Diskussion mit Landtagsabgeordneten, Andrea Milz (CDU), Horst Becker (Bündnis 90, Die Grünen), Ingrid Hack (SPD). Weiterhin: Petra Swetik (AWO), Dr. Timo Hauschild (Bonner Elterninitiative), Martin Haunschild (ver.di-Bezirk, NRW-Süd). Moderation: Jörg Manhold (GA)

Die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg lud die betroffenen Beschäftigten, Eltern und Interessierte am 7. August 2007 nach Gummersbach und am 16. Oktober 2007 nach Lohmar ein. Dazu wurden die zuständigen Landtagsabgeordneten eingeladen.

Weiterhin beteiligten wir uns an der landesweiten Demonstration am 15. September 2007 in Düsseldorf, wo mehr als 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegen das KiBiz demonstrierten.

„Wir sind frustriert und immer weniger motiviert“

KIBIZ Politiker, Gewerkschafter und Elternvertreter diskutieren über das Kinderbildungsgesetz. Andrea Milz stellt sich in Franzhäuschen einer Front erboster Eltern und Erzieherinnen

Von Ingo Eisner

RHEIN-SIEG-KREIS. „Das ist kein Kinderbildungsgesetz, sondern ein Kinderspargesetz“, sagte Horst Becker. Der Grünen-Landtagsabgeordnete brachte damit die Meinung vieler auf den Punkt, die Angst vor Kibiz haben. Am Dienstagabend saß der Lohmarer mit den Landtagsabgeordneten Andrea Milz (CDU), Ingrid Hack (SPD) sowie Elterninitiative-Vertreter Timo Hauschild, Verdi-Gewerkschafter Martin Haunschild und Petra Swetik von der Awo Bonn/Rhein-Sieg auf dem Podium, um mit rund 120 Eltern und Erziehern im Franzhäuschen über das umstrittene Kinderbildungsgesetz zu diskutieren. Eingeladen hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund. General-Anzeiger-Redakteur Jörg Manhold moderierte die teils hitzige Diskussion. Bereits zuvor machten die Eltern der Initiative „Keine Kürzung bei den Kurzen“ ihrem Unmut über das neue Gesetz Luft. Die Kinder trugen T-Shirts mit dem Slogan der Initiative, die Eltern hatten Kerzen und Transparente dabei, um gegen Kibiz zu protestieren. Musiker Helge Kirscht aus Rhöndorf stimmte den Kibiz-Protestern an.

DGB-Regionvorsitzender Ingo Degenhardt sagte zur Begrüßung: „Unsere Kinder sind die Verlierer von Kibiz. Die Qualität bei der Erziehung wird mit dem neuen Ge-

setz auf der Strecke bleiben“, sagte Degenhardt. Moderator Jörg Manhold formulierte kurz die Ziele des neuen Gesetzes, über das seit einhalb Jahren heiß diskutiert wird: die frühkindliche Förderung gesetzlich zu verankern und für die Finanzierung neue Grundlagen zu schaffen.

Timo Hauschild erinnerte an das frühere Eckpunkte-Papier, dem der Ministerpräsident zugestimmt habe. „Das war zwar auch ein Kompromiss, aber damit wären alle besser gefahren“, sagte Hauschild. Darin war fixiert, dass die Finanzpauschalen sich an den Öffnungszeiten der Tagesstätten orientieren. Das sei jetzt nicht mehr so.

CDU-Frau Andrea Milz bestätigte, dass es im Gesetz tatsächlich nur um Buchungszeiten gehen wird. Die Vorsitzende des Genera-

tionenausschusses im Landtag wollte aber an diesem Abend keine konkreten Aussagen zu den Klausur-Beschlüssen der CDU-Fraktion machen. Zuerst müsse mit dem Koalitionspartner FDP gesprochen werden. „Heute werde ich dazu

nichts sagen“, so Milz. Eine Haltung, die nicht nur die Zuschauer, sondern auch Horst Becker auf die Palme brachte. „Für die CDU kann sie sich doch wohl äußern“, sagte Becker, der auch im Lohmarer Stadtrat sitzt. „Kibiz wird Lohmar über 400.000 Euro kosten“, prophezeite Becker und malte für die Zukunft ein düsteres Bild. „Die Qualität bei der Erziehung der Kinder wird sinken und die Kommunen und Erzieher werden den Zorn der Eltern zu spüren bekommen“, sagte Becker. Für Gewerkschafter Martin Haunschild kommen auf die Erzieher harte Zeiten zu. „Ihr bekommt noch mehr Aufgaben, aber keine feste Personalstruktur. Wir werden gegen Kibiz kämpfen müssen.“ Petra Swetik forderte, dass das Land mehr Geld in Bildung investiert. „Dieses Gesetz geht auf

Kosten der Kinder. Das sind in zehn bis 15 Jahren die Verlierer, die das Land dann wieder Geld kosten werden“, meinte Ingrid Hack.

Auch unter den Zuschauern war der Unmut über Kibiz förmlich zu spüren. Die Erzieherinnen sehen sich mit einem Gesetz konfrontiert, dass für sie nur Nachteile habe. „Mit Erziehung und Bildung hat das nichts mehr zu tun“, sagte eine Kindergärtnerin. Die kosmetischen Veränderungen an Kibiz überdeckten nicht, dass es dem Land nur um Kosteneinsparungen gehe. „Wir sind frustriert und immer weniger motiviert“, brachte es eine weitere Erzieherin auf den Punkt. Milz versuchte es versöhnlich: „Ich hoffe, dass wir nächstes Jahr noch mal über Kibiz reden und sehen, dass alles gar nicht so schlimm war, wie sie befürchten.“

Lebhaft:
(von links) Martin Haunschild, Horst Becker, Andrea Milz, Jörg Manhold, Ingrid Hack, Timo Hauschild und Petra Swetik diskutieren über das Kibizgesetz.



Die Kinder einer Bonner Elterninitiative demonstrieren am Franzhäuschen gegen das geplante Gesetzesvorhaben.

FOTOS: INGO EISNER

LEG Verkauf

Die Planungen der Landesregierung im Sommer 2006 ca. 93.000 LEG-Wohnungen (Landesentwicklungsgesellschaft) in NRW zu verkaufen, stieß bei vielen Menschen auf große Kritik. Landesweit gründete sich deshalb eine „Volksinitiative sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“. Diese kämpfte um den Erhalt der öffentlichen Wohnungsbestände oder zumindest um die Belegungsrechte der öffentlichen Hand an entsprechend preiswertem Wohnraum. Diese Wohnungsbestände ermöglichen Kommunen eine soziale Wohnungspolitik für die Bürger, die mit geringem Einkommen leben müssen, umsetzen zu können.

Landesweite Volksinitiative

Seit Anfang August 2006 existierte in Bonn/Rhein-Sieg ein breit getragenes Kampagnenbündnis u.a. mit dem Mieterverein Bonn/Rhein-Sieg/Ahr und dem regionalen DGB, um den Verkauf der LEG-Wohnungen zu verhindern.

Regionales
Kampagnenbündnis

Das Bündnis bemühte sich u.a. an der Vivatsgasse/Ecke Sternstraße in Bonn täglich von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr sowie samstags von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr präsent zu sein, um Unterschriften gegen den geplanten Verkauf zu sammeln und so den Landtag NRW dazu zu bringen, sich erneut mit dem Thema zu beschäftigen und den Verkauf zu stoppen.

In Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis waren 4.000 Wohnungen betroffen.

Im Wohnungsmarkt von Bonn und Rhein-Sieg-Kreis sind bis heute die Verhältnisse für Bürger mit geringem Einkommen äußerst schwierig. Befürchtet wurde und wird, dass beim Verkauf der LEG-Wohnungen und dem Wegfall von rd. 4.000 Wohnungen sich die Situation erheblich verschärft. Kernprobleme sind, dass der Mieterschutz beim Verkauf nicht mehr gewährleistet wird, es kein soziales Wohnen mehr gibt und die Festlegung von überhöhten Mietpreisen durch internationale Kapitalanleger.

Mieterschutz nicht mehr
gesichert

Die Mieter brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Der Wohnungsmarkt darf nicht dem Finanzkapital mit hohen Renditeerwartungen und kurzfristigem Engagement ausgeliefert werden. Weiterhin setzte sich das Bündnis für die ca. 1.000 LEG-Arbeitsplätze ein. Hierzu gehörten die Sicherung der tarifrechtlichen und betrieblichen Regelungen sowie der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen der Beschäftigten in der Landesentwicklungsgesellschaft.

Auch im oberbergischen Kreis war der DGB in der Region Ansprechpartner und sammelte Unterschriften gegen dieses Vorhaben. In Radevormwald machte sich der DGB-Ortsverband für dieses Thema stark.

Negative Folgen

Jetzt, ca. ein Jahr nach dem Verkauf der LEG-Wohnungen in NRW, übt der Mieterbund erhebliche Kritik, da die vor dem Verkauf gefürchteten Maßnahmen eintreten, wie beispielsweise zum Teil massive Mieterhöhungen, Einschränkung der Instandhaltung, Modernisierungsstopp und Personalabbau, zu Lasten der Mieter.

Das sind die negativen Folgen.

Kampagne: Rente muss zum Leben reichen

Rentenkürzungen

Seit Jahren wird an der gesetzlichen Rente herumgedoktert, eine Kürzung folgte auf die andere. Die Folgen sind verheerend. Bis zu 25% Rentenkürzung kann kaum jemand verkraften. Doch ein Ende der Kürzungen ist nicht garantiert. Was dabei kaum Beachtung findet: Ausgerechnet jene, die am lautesten nach immer tieferen Einschnitten rufen, stehen auch in der ersten Reihe, wenn es darum geht, die gesetzliche Rentenversicherung in Grund und Boden zu reden. Und dass private Versicherungen als Sponsoren dieser Propaganda im Hintergrund agieren, wird auch gern unter den Teppich gekehrt.

Erwerbstätigenversicherung
und betriebliche
Altersvorsorge

Die wichtigste, zentrale Säule der Alterssicherung ist die gesetzliche Rentenversicherung. Und das soll sie auch bleiben – am besten in Form der umfassenden Erwerbstätigenversicherung. Aber daneben ist es sinnvoll, die Alterssicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch betriebliche Altersvorsorge zu stärken. Besondere Bedeutung haben dabei tarifliche Regelungen. Die Gewerkschaften haben viel erreicht – sie haben für mehr als zwei Drittel der Beschäftigten Tarifverträge über betriebliche Altersversorgung abgeschlossen. Damit tragen sie erheblich zu mehr Sicherheit fürs Alter bei.

Die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg hat die Kampagne des DGB Bundesvorstandes mit mehreren Info-Ständen in:

- Bonn am 25. Februar 2009,
- Siegburg am 11. März 2009 und
- Gummersbach am 17. März 2009

unterstützt.

Unterschriften gesammelt

Dabei sammelten wir auf Transparenten hunderte von Unterschriften und schickten sie an den DGB-Bundesvorstand.

Aktionswochen und Demonstrationen

An der Aktionswoche „Sozialstaat erhalten – Zukunft sichern!“ im Juni 2006 hat sich die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen beteiligt.

Im Mittelpunkt der Aktionswoche standen die Themen: Rente mit 67, Gesundheitsreform, Rentenreform, Kündigungsschutz und Mindestlohn.

Zahlreiche Aktionen

Der DGB-Seniorenausschuss gab den Startschuss bereits im Vorfeld mit einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Gesundheitsreform zu der Willi Zylajew, CDU-MdB eingeladen war.

Um die Diskussion in die Öffentlichkeit zu tragen, wurden an verschiedenen Orten Infostände und öffentliche Veranstaltungen zu den unterschiedlichen Themen des Sozialstaates durchgeführt.

In Bonn fand in Zusammenarbeit mit der Erwerbslosengruppe im DGB Bonn/Rhein-Sieg eine Veranstaltung zu den geplanten Kürzungen bei der Rente mit 67 und den Arbeitslosengeld II-Beziehern statt. Referenten waren Andreas Schmidt, Abteilungsleiter Sozialpolitik beim DGB-Bezirk NRW und Horst Lüdtkke, Geschäftsführer der GEW und Kontaktperson der Gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppe im DGB Bonn/Rhein-Sieg.

Rente mit 67 und
Gesundheitsreform

Der DGB-Ortsverein Radevormwald beteiligte sich an der Aktionswoche ebenfalls mit Infoständen und führte eine Klausurtagung durch, die sich dem Thema Gesundheitsreform widmete. Zu diesem Termin war auch MdB Willi Zylajew eingeladen.

Nach der Aktionswoche „Sozialstaat erhalten – Zukunft sichern!“ fanden im Anschluss weitere Veranstaltungen zur sozialen Sicherung statt.

Im September und Oktober demonstrierte die DGB-Erwerbslosengruppe vor der ARGE Bonn, um auf die Verschlechterungen durch die Hartz IV-Gesetze und in diesem Zusammenhang steigende Kinderarmut auch in der Region aufmerksam zu machen.

Breite Mobilisierung

Der DGB-Ortsverband Radevormwald mobilisierte mit mehreren Infoständen zu der Großdemo am 21. Oktober 2006 nach Dortmund und zu der am 25. Oktober durchgeführten Betriebs- und Personalrätekonferenz in Radevormwald zum Thema „Mitbestimmung“.

Gleichzeitig fanden Pressekonferenzen und Info-Stände quer durch die Region statt, um die Diskussion um die Kürzungen der Leistungen des Sozialstaates in die Bevölkerung zu tragen und um für die Demonstration in Dortmund zu mobilisieren. Im November fand die Fachtagung „Perspektive für Beschäftigung und altersgerechtes Arbeiten,“ in Zusammenarbeit mit der IG Metall Bonn-Rhein-Sieg und der TBS NRW, statt.

„Prekäre Beschäftigung in der Region Oberberg“ war das Thema der Veranstaltung im Gummersbacher Gewerkschaftshaus. Zusammen mit der ARGE Oberberg und der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach wurde die Problematik der steigenden Zahlen der Beschäftigten im Oberbergischen Kreis diskutiert, die trotz Arbeit von ihrem Einkommen ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren können.

Zu allen Großdemonstrationen in der zurückliegenden Wahlperiode haben wir mobilisiert und sind mit Bussen angereist.

Höhepunkt war jedoch die Fahrt mit einem Sonderzug zur bundesweiten Großdemonstration gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise am 16. Mai 2009 in Berlin.

Aktionstag „schlauer statt rechts“ am 29. August 2008 in Waldbröl

Die Arbeitsgemeinschaft „Schule ohne Rassismus“ hat uns im Rahmen der Kampagne „schlauer statt rechts“ angesprochen und um Unterstützung gebeten.

Herausgekommen ist ein Aktionstag der alle Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule in Waldbröl mit einbezogen hat.

Bereits um 9 Uhr wurde von den Schülerinnen und Schülern auf dem Schulhof als Auftakt dem Rassismus die rote Karte gezeigt. Dieser Aktion folgten zahlreiche Workshops über den Tag verteilt, wie z.B. rechte Stammtischparolen oder Rechtsrock – rechte Musik und Texte.

Am Nachmittag führte die AG „Schule ohne Rassismus“ das eigens einstudierte Theaterstück „Die Welle“ auf.

Ein Open-Air-Konzert mit drei Bands am Abend war dann der musikalische Abschluss eines Tages, an dem sich eine ganze Schule gegen rechtes Gedankengut, rechte Gewalt und für Toleranz und Vielfalt eingesetzt hat.

Der Aktionstag wurde in Kooperation mit der DGB-Jugend NRW und der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg im Rahmen des Projektes „schlauer statt rechts“, durchgeführt.

Die DGB-Jugend NRW hat sich zusammen mit der SJD – Die Falken – Landesverband NRW, Naturfreundejugend NRW und dem Landesjugendwerk der AWO NRW im Rahmen dieser Kampagne dafür eingesetzt, junge Leute zu informieren und über rechtsextreme Gefahren aufzuklären. Den Nazis muss der Wind aus den Segeln genommen werden. Rechtsextremen Tendenzen, Bildung gegenüber zu stellen, das war das Ziel der Kampagne. Dabei konnte jede und jeder aktiv werden, ob im Betrieb, in Schule, im Jugendverband oder im Alltag. Frei nach dem Kampagnenmotto – schlauer statt rechts!

Red Card Festival an der
Gesamtschule

Open Air in Waldbröl

DGB leistet Unterstützung

Viele Kooperationspartner

Kein Fußbreit den Faschisten

12. Juli 2008

Friedlich und entschlossen: Naziaufmarsch verhindern!

Für Neonazis und Faschisten ist in Bonn kein Platz!

Dies ist unsere Stadt!

- Gemeinsam gegen Rassismus und rechte Gewalt!
- Für ein Leben in bunter Vielfalt und gegenseitigem Respekt!
- Gemeinsam gegen Neonazi-Organisationen und -Parteien!
- Für die Umsetzung des antifaschistischen Auftrages unseres Grundgesetzes!

Wir rufen auf zu einer Demonstration:

Für den 12. Juli 2008 hatte das neonazistische „Aktionsbüro Mittelrhein“ eine Demonstration unter dem Motto „Freiheit gibt es nicht geschenkt“ in Bonn-Duisdorf angemeldet.

Die Demonstration sollte sich gegen die dort in der Rochusstraße ansässige Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien richten. Der Beginn war für 12.00 Uhr am Duisdorfer Bahnhof geplant.

Das ursprüngliche Vorhaben der Veranstalter, danach zum Bonner Hauptbahnhof weiterzumarschieren, hatten die Nazis nach Anmeldung unserer Gegendemo und nach dem Kooperationsgespräch mit der Polizei fallengelassen.

Die Bundesprüfstelle ist die Institution, die auch jugendgefährdende Texte im so genannten Rechtsrock-Bereich indiziert. Die Einnahmen aus dem Verkauf rechts-extremer CDs finanzieren die rechte Szene. Die Indizierung behindert den legalen Vertrieb dieser menschenverachtenden Texte und führt so zu finanziellen Schwierigkeiten bei Nazi-Aktionen.

Diese Anmeldung war seit der Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung im Jahre 1998 nach über 10 Jahren der erste Versuch der Nazis, wieder in Bonn zu demonstrieren.

Die Aufrufer mobilisierten mit einem Flugblatt und einer Internet-Seite, die vor allem junge Leute ansprechen sollten. Die üblichen Nazi-Parolen sieht man nicht auf den ersten Blick, dafür ist von Demokratie und Meinungsfreiheit die Rede.

Auf Initiative der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg haben sich am 4. Juni 2008 über 50 Menschen aus unterschiedlichen Gruppen, Organisationen, Kirchen und Parteien und viele „Unorganisierte“ zusammengefunden, um das Aktionsbündnis „Kein Fußbreit den Faschisten“ zu gründen. Unter Federführung und Modera-

Naziaufmarsch in
Bonn-Duisdorf geplant

Naziparolen versteckt
hinter Demokratie und
Meinungsfreiheit

Breites Bündnis auf
DGB Initiative

Gegen Rechts

tion von Kollegen Ingo Degenhardt hat sich das Bündnis mehrmals zur Vorbereitung und zu gemeinsamen Absprachen getroffen.

Mehrere Treffen waren notwendig, um dieses Bündnis zu stärken und sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen, nämlich nach Möglichkeit alles dafür zu tun, damit es keinen Aufmarsch der rechten Szene in Bonn geben wird.

Die Zusammensetzung der Bündnispartner zeigt wie schwierig sich die Arbeit in der Vorbereitung gestaltet hat.

Eigens wurde zu dieser Aktion eine Internetseite gestaltet und eingerichtet, die es bis heute noch gibt.

Alle Informationen zum Bündnis sowie Redebeiträge und Fotos sind unter www.bonn-stellt-sich-quer.de abrufbar.

Eigene Homepage

Treffpunkt am 12. Juli war um 8:00 Uhr das DGB-Haus.

Von dort ging es mit ca. 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern nach Duisdorf, um sich den Nazis entgegenzustellen - phantasievoll, friedlich und wirkungsvoll!

Für die Kundgebung konnte das Bündnis zahlreiche Redner und viele Künstler, für unterschiedlichste kulturelle Beiträge, gewinnen.

Die wenigen Teilnehmer der Demonstration des „Aktionsbündnis Mittelrhein“ konnten ihre Demo zwar durchführen, wurden aber durch die Gegendemonstranten entsprechend empfangen und ihnen wurde eindeutig klar gemacht, dass ihre Anwesenheit in Bonn nicht erwünscht ist.

3000 Gegendemonstranten

Die stundenlang andauernde Umschließung vieler Gegendemonstranten durch die Einsatzkräfte der Polizei war der negative Aspekt einer durchweg gelungenen und friedlichen Aktion.

Grandioses Polizeiaufgebot



Gewaltsamer Übergriff
in Eitorf

„Bis hierher und nicht weiter!“ Für ein buntes Siegtal

Für den 16. Mai 2009 hatte die sogenannte „Aktionsgemeinschaft Windeck“ in Windeck-Rosbach eine Demonstration geplant. Die „Aktionsgemeinschaft Windeck“ ist eine Strömung der rechtsextremen „Autonomen Nationalisten“. Im vergangenen Jahr hatte die "Aktionsgemeinschaft" durch einen gewaltsamen Übergriff auf einen Eitorfer Jugendlichen für Schlagzeilen gesorgt, bei dem dieser erheblich verletzt wurde.

Auch danach stellten die Rechtsextremen immer wieder öffentlich die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in Frage.

Daher war es an der Zeit, ein Zeichen zu setzen: „Bis hierher und nicht weiter!“.

Breites Bündnis

Viele Organisationen, Parteien, Bürgermeister und die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg haben gemeinsam zum friedlichen Protest gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt aufgerufen.

„Wir wehren uns gegen jeglichen Versuch, rechtsextremes Gedankengut und Handeln in unsere Gesellschaft zu tragen und stehen gemeinsam für die Werte der Demokratie und der gegenseitigen Verständigung ein,“ so stand es auf dem gemeinsamen Flugblatt.

Vertreten wurden DGB und Gewerkschaften vom stellvertretenden Vorsitzenden des ver.di Bezirks NRW-Süd, Kollegen Dietger Knott, da die anderen Kolleginnen und Kollegen in Berlin gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise, im Rahmen der Aktionen des europäischen Gewerkschaftsbundes, demonstriert hatten.

Wahlkampfkundgebungen
von Pro-NRW

„Achtung Gefahr von Rechts!“ Pro-NRW entgegentreten

Am Samstag, den 22.08.2009 fanden in NRW zwei Wahlkampfkundgebungen der sogenannten Bürgerbewegung Pro-NRW statt. Die erste Kundgebung um 10:00 Uhr auf dem Bonner Friedensplatz, die zweite um 16:00 Uhr auf dem Schlossmacherplatz in Radevormwald.

An beiden Orten waren Gegendemonstrationen geplant.

Viele Initiativen, Organisationen, Parteien, der ver.di Bezirk NRW-Süd, und die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg haben sich der Kundgebung von Pro-NRW entgegengestellt.

„Keine Stimme für die Rassisten!

Wir wollen ein Bonn: Weltoffen und multikulturell. Friedlich und solidarisch.

Wir wollen Religionsfreiheit und gleiche Rechte für Alle. Für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit darf es in Bonn keinen Platz geben, weder im Stadtrat, noch auf der Straße. Wir demonstrieren am 22.08. auf dem Bonner Friedensplatz gegen die Wahlkampfkundgebung der sogenannten "Bürgerbewegung Pro-NRW". Wir werden uns der rassistischen Hetze entgegenstellen.“ so der Text im Aufruf.

Weltoffen und multikulturell

Mehrere hundert Menschen haben friedlich demonstriert, aber so lautstark, dass die Pro-NRW Aktivisten ihre Kundgebung vorzeitig beendet haben.

Unterstützer der Bonner Gegendemonstration waren:

Beueler Initiative gegen Fremdenhass, Bonner Jugendbewegung, Bündnis90/Die Grünen, KV Bonn, DGB-Region Bonn-Rhein-Sieg-Oberberg, Bündnis für Frieden & Fairness (BFF), Deutsche Kommunistische Partei Bonn, Deutscher Freidenkerverband Bonn, Die Linke, KV Bonn, Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Bonn, Piratenpartei NRW, Netzwerk Friedenskooperative, Ver.di Bezirk NRW-Süd, ver.di-Jugend Bezirk NRW-Süd.

Zug der Erinnerung

7. März - 8. März 2008

Nächster Halt Wiehl

2. März - 5. März 2009

Nächster Halt Bonn

Der „Zug der Erinnerung“ fährt quer durch Deutschland und bringt auf diese Weise eine Dokumentation über die Deportation jüdischer Kinder und Jugendlicher in deutsche Bahnhöfe, die an eins der dunkelsten Kapitel deutscher Vergangenheit und an die schrecklichen Greueltaten der Nazis erinnern soll.

Deportation jüdischer Kinder

Es ist uns zusammen mit zahlreichen Initiativen, Vereinen und Parteien gelungen, diese Ausstellung nach Oberberg, an den kleinen Wiehler Bahnhof, zu holen.

1.500 Besucher in Wiehl

Allen Initiatoren und Spendern war es wichtig auch den Oberbergischen Schülerinnen und Schülern diese Ausstellung zugänglich zu machen.

Durch zahlreiche Spenden war es den involvierten Organisationen, Vereinen und Verbänden, aber auch vieler Einzelpersonen möglich, den Zug der Erinnerung zu finanzieren.

An den 2 Tagen, an dem der Zug im Wiehler Bahnhof Station machte, waren ca. 1.500 Besucherinnen und Besucher in der Ausstellung.

Nach dem Beschluss des Vereins „Zug der Erinnerung“, die Ausstellung auch im Jahre 2009 durch die Bahnhöfe fahren zu lassen, hat sich auch die Bundesstadt Bonn dazu entschieden, die Ausstellung im Bonner Hauptbahnhof zu zeigen.

Eigene Bonner Ausstellung

Gemeinsam mit der Gedenkstätte Bonn und anderen Initiativen und dank der Bereitschaft der Stadt Bonn, den größten Teil der Kosten zu finanzieren, konnte die Ausstellung den Bonner Bürgerinnen und Bürgern eine Woche zur Verfügung stehen. Unter großer Anstrengung der Gedenkstätte wurde im hinteren Wagenteil eine eigene Ausstellung über die Deportationen der Kinder aus Bonn gezeigt.

Mit Hilfe aller beteiligten Initiativen gab es rund um die Ausstellung ein Begleitprogramm mit Lesungen, Filmen etc.

Der Bonner Teil der Ausstellung kann weiterhin in der Gedenkstätte Bonn besichtigt werden.

Die Ausstellung an beiden Orten hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Erinnerung wach zu halten - gegen das Vergessen der Verbrechen, die zahlreiche Kinder erleiden mussten.

Kollegin Britta Wortmann, aus unserer DGB-Region, war maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung beider Aktionen beteiligt.

Arbeitskreise

AK Ehrenamtliche Arbeitsrichter

Ehrenamtliche Richter erfüllen in der Rechtspflege eine wichtige öffentliche Aufgabe. Sie wirken bei der mündlichen Verhandlung und der Entscheidungsfindung mit und sind dabei in gleichem Maße unabhängig und keinerlei Weisungen unterworfen, wie der Berufsrichter selbst.

Sie bilden ein wichtiges demokratisches Element in der Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere sollen sie aufgrund ihrer beruflichen und fachbezogenen Erfahrungen und Kenntnisse die Wertvorstellung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindung einbinden und somit das allgemeine Rechtsbewusstsein zur Geltung bringen. Besonders mit ihren Erfahrungen im arbeitstechnischen Bereich helfen ehrenamtliche Arbeitsrichter für praxisnahe Entscheidungen und lebensnahe Rechtsprechung.

Neben den Erfahrungen, die die von uns benannten Kolleginnen und Kollegen aus ihren Betrieben und Verwaltungen mitbringen, ist auch in diesem Bereich ständige Weiterbildung notwendig. Neben den bundesweit angebotenen Seminaren, organisiert die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg in regelmäßigen Abständen, meistens einmal jährlich, Schulungsveranstaltungen.

Bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt konnten wir den Direktor des Bonner Arbeitsgerichtes, Peter Friedhofen, als Referent gewinnen.

Das letzte Seminar, im Frühjahr dieses Jahres, wurde dann vom neuen Bonner Arbeitsgerichtsdirektor, Wilfried Löhr Steinhaus, durchgeführt.

Da unsere Schulungen auf großes Interesse bei den Kolleginnen und Kollegen stießen, wird es im Herbst 2009 ein weiteres Seminar geben. Hier referieren dann die Rechtssekretäre des ver.di Bezirks NRW-Süd, Sigrid Nees und Ralf Matusche.

Praxis- und lebensnahe
Rechtsprechung

Regionale Seminare

Großes Interesse an
Weiterbildung

Arbeitsloseninitiative im DGB

Seit dem Jahr 2002 verleiht die gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB den Preis jeweils zu Aschermittwoch an eine öffentlich wirkende Persönlichkeit, die sich im Jahr zuvor mit einem Beitrag zur Beleidigung, Ausgrenzung oder zur weiteren Verschlechterung der sozialen Lage von Erwerbslosen hervorgetan hat. Der Preis besteht aus einem prachtvollen Stück „Sauergemüse“ und der schriftlich vorgetragenen Begründung der Jury der Arbeitslosengruppe. Die Preisträger seit 2006 waren Peter Clever, Franz Müntefering, Oswald Metzger und zuletzt der Geschäftsführer der ARGE Bonn, Dieter Liminski.

Immer noch beliebt: die
„Saure Gurke“

Preisverleihung zu
Aschermittwoch

Hausgemachte Probleme verschärfen die Situation

Mit der örtlichen Umsetzung der Hartz-Reformen, d.h. der unterschiedlichen Betreuung der Erwerbslosen in den Rechtskreisen des SGB III und des SGB II in den Arbeitsagenturen und den ARGE n hat sich auch die Situation in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis verändert. Konnten viele Kolleginnen und Kollegen im Bezug von Arbeitslosengeld „eins“ eine verbesserte Atmosphäre und Perspektive in der Betreuung in den vergangenen Jahren vorfinden, sind die ARGE n der Region bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen und der Vielzahl der verfestigten Problemlage quantitativ und qualitativ überfordert. Hausgemachte Probleme kommen hinzu. So hat sich die gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe vermehrt mit der Beratung und den Problemlagen beschäftigen müssen, die „Hartz IV-typisch“ sind: „Fordern ohne Fördern“, Kürzung von Leistungen, fehlende effektive Qualifizierung und Vermittlung der SGB II-Erwerbslosen, fehlender erschwinglicher Wohnraum, u.a.m. sich verfestigende Perspektivlosigkeit und Armut sind auch in der „Boomtown Bonn“ sogar in wachsendem Maße Realität.

Bündnisarbeit und Schwerpunkthemen

Insbesondere notleidend sind Kinder, die in Familien mit Armutshintergrund aufwachsen. Die Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB hat im März 2007 zu einem ersten Treffen von Wohlfahrtsverbänden, politischen Initiativen und Parteien in Bonn aufgerufen, das sich seitdem als Bonner Bündnis „Runder Tisch gegen Kinderarmut“ regelmäßig trifft und öffentlich wirkt, zuletzt durch die Veranstaltung auf dem Bonner Marktplatz „Bonnerinnen und Bonner gegen Kinderarmut“ am 29.08.2009. Dem örtlichen Bündnis angeschlossen haben sich inzwischen neben dem DGB und der GEW, Caritas, Diakonie, AWO, Kinderschutzbund und VAMV, weitere Wohlfahrtsverbände, Attac Bonn, das Erwerbslosenforum Deutschland und viele, viele andere Initiativen und - inzwischen - alle Parteien, die im Rat der Stadt Bonn vertreten sind. Die Arbeitslosengruppe im DGB hat sich 2008 und 2009 auch in den Treffen des Bonner Forums „Zukunft für Familien“ engagiert, ein weiterer noch größerer Zusammenschluss von Initiativen und lokalen Akteuren, die sich gemeinsam dem Trend sich fortschreitender Kinder- und Familienarmut mit einer eigenen Analyse und konkreten Verbesserungsvorschlägen für die kommunale Ebene entgegengestellt haben. Mitgestaltet hat die Erwerbslosengruppe die Podiumsdiskussion zum Thema „Kinder – und Familienarmut in Bonn“ am 27. November 2008 im DGB-Haus Bonn. Mit einem Transparent auf dem Bonner Sankt Martinszug von 2006 „Sankt Martin teilt fair - die Stadt Bonn nicht“ ist die Gruppe aufgefallen. Sie hat sich an folgendenden Kampagnen der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen beteiligt „Reiches Land – Arme Kinder,“ (2006 bis 2007), „Armut bekämpfen – Reichtum umverteilen“ (2008 bis 2009). Die Demonstration am 28.09.2006 zusammen mit dem Erwerbslosenforum vor der ARGE Bonn „Schluss mit den ‚Reformen‘ gegen uns“ und zahllose Flugblattaktionen vor den ARGE n waren weitere Tätigkeitsschwerpunkte der vergangenen vier Jahre.

Im Jahr 2008 konnte die Arbeitslosengruppe im DGB in unserer Region auf zehn Jahre kontinuierliche politische Tätigkeit zurückblicken; viel zu feiern gab es dabei nicht! Finanziell unterstützt wird die Gruppe nach wie vor vom DGB, der NGG und der GEW. Ansprechpartner ist die Geschäftsführung der GEW Bonn, regelmäßige Treffen finden an jedem zweiten Donnerstag im Monat im DGB-Haus Bonn statt (Beginn 17.15 Uhr).

Homepage: www.arbeitslos-bonn.de

(Horst Lüdtkke, Geschäftsführer der GEW Bonn)

Jubiläum begangen

Eine „saure Gurke“ für die Verunglimpfung von Arbeitslosen

ASCHERMITTWOCH Bonner DGB-Gruppe verleiht dem Politiker Oswald Metzger einen zweifelhaften Preis

GA 02.02.08



Biss in den Rollmops: Horst Lüdtkke mit Elisabeth Trebitz, Heinz Dähmlow und Ulrich Franz (rechts) vor der Tür der Arbeitsagentur.

FOTO: LANNERT

BONN. Diese Auszeichnung gefällt keinem Politiker, und auch der Landtagsabgeordnete aus Baden-Württemberg, Oswald Metzger, wird wohl keinen Gefallen an der „sauren Gurke“ finden, die ihm die Gewerkschaftliche Arbeitslosen-Gruppe des Bonner DGB verleiht.

Der Ex-Grüne fiel kürzlich bundesweit mit einer Aussage auf, die Arbeitslosen-Initiativen massiv ärgerte. Metzger hatte gesagt: „Sozialhilfeempfänger werden keineswegs schöpferisch aktiv. Viele sehen ihren Lebenssinn darin, Kohlehydrate oder Alkohol in sich hinein zu stopfen, vor dem Fernseher zu sitzen und das Gleiche den eigenen Kindern angedeihen zu lassen. Die wachsen dann verdickt und verummt auf.“

Metzger stehe damit für einen Politikertypus, der in unverantwortlicher Weise in die Kerbe von Stereotypen haue und damit Menschen stigmatisiere, so die Bonner DGB-Gruppe. „Damit“, schreibt Horst Lüdtkke in einem Brief an Metzger, „haben Sie als Politiker in exponierter Stellung Ihre Verantwortung vernachlässigt, eigene Vorurteile kritisch zu prüfen.“ Weil

sich Metzger auch frühzeitig für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, eine Zerschlagung des Rentensystems und Studiengebühren stark machte, habe er sich die „Saure Gurke“ redlich verdient.

Metzgers Preis: Eine Tupperdose mit einer Portion Nudeln. Für Besucher des Arbeitsamtes gab es gestern auch etwas: Die Initiative schenkte vor der Tür Kaffee aus und verteilte Bismarckkheringe. Und wies zum politischen Aschermittwoch darauf hin, dass der Aufschwung an den Langzeitarbeitslosen vorbei gehe.

kf

Runder Tisch gegen Kinderarmut in Bonn

Der „Runde Tisch gegen Kinderarmut“ in Bonn ist ein Zusammenschluss von Organisationen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Initiativen und Vertreterinnen und Vertreter aller im Rat der Stadt Bonn vertretenen Parteien und Wählervereinigungen. Er setzt sich seit seiner Konstituierung im März 2007 für die Überwindung von Kinderarmut ein.

Breites Bündnis

Kinderarmut ist ein Problem, welches sich nicht nur allgemein in der ganzen Bundesrepublik Deutschland, sondern auch konkret in Bonn manifestiert hat. Zurzeit sind über 10.000 Kinder und Jugendliche in Bonn von Kinderarmut betroffen. Angesichts der Finanz- und Konjunkturkrise ist zu befürchten, dass sich diese Zahl noch weiter erhöhen wird.

10.000 Kinder sind betroffen

Verschiedene Veranstaltungen und Pressegespräche unter der Federführung der

Stellungnahmen zur
Kommunalwahl 2009

Positive Lebensbedingun-
gen schaffen

Chancengleichheit

DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg weisen immer wieder auf die Problematik der wachsenden Anzahl von Kindern und deren Familien hin, die von Armut bedroht bzw. betroffen sind.

In der Veranstaltung

- „Brennpunkt: Kinder- und Familienarmut in Bonn“

im Dezember 2008 wurden vielfältige Lösungsschritte erarbeitet. Im Kommunalwahlkampf 2009 wurden die Oberbürgermeisterkandidaten und Parteien in einem Fragebogen um Stellung gebeten, wie sie sich in der Wahlperiode 2009-2014 dem Thema annehmen wollen. Ende August 2009 fand eine große öffentliche Veranstaltung „Bonnerinnen und Bonner gegen Kinderarmut“ auf dem Bonner Marktplatz statt.

Grundlagen zur Bekämpfung von Kinderarmut in Bonn:

Um die Kinderarmut in Bonn wirksam bekämpfen zu können, hält es der Runde Tisch Kinderarmut (RTKA) für unerlässlich, dass der zentrale Auftrag des Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) „junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen“ und „positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen“ in Bonn konsequent umgesetzt wird.

Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendliche herzustellen ist laut der Stellungnahme der Bundesregierung zum 12. Kinder- und Jugendbericht eine der herausragenden Aufgaben aktueller Kinder- und Jugendpolitik. Chancengerechtigkeit lässt sich nur durch gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen verwirklichen. Dazu bedarf es neben einer gezielten Information über Angebote insbesondere Motivation, Beratung und Begleitung für spezielle Zielgruppen, wie z.B. Personen mit Migrationshintergrund.

Erforderlich sind hierfür intensive Hilfen für Eltern, aber auch Förderung aller betei-



ligten Akteure und Institutionen. Dies ist durch eine den Erfordernissen der Kinder und Jugendlichen entsprechende, personelle und sächliche Ausstattung in den jeweiligen Einrichtungen sicherzustellen. Ferner sehen wir die generelle Notwendigkeit, dass die Kinder-, Jugend- und Familieneinrichtungen und Schulen finanziell so ausgestattet werden, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Angeboten für Kinder und Jugendliche und Familien in sozialversicherungspflichtigen und tariflichen Beschäftigungsverhältnissen tätig sind, Supervision erhalten und regelmäßig fortgebildet werden. Dies gilt insbesondere auch für die Sensibilisierung für das Thema Kinderarmut, ihre Erscheinungsformen und über geeignete Schritte zu deren Überwindung.

Wo erforderlich muss Kommunalpolitik dabei intensiv auf die Landes- und Bundespolitik einwirken, um entsprechende Verbesserungen für Kinder und Familien zu erreichen.

Weitere Information unter www.Kinderarmut-Bonn.de.

Intensive Hilfen sind erforderlich

Gesprächskreis Arbeitnehmerpolitik

Am 5. März 2007 fand ein erstes Treffen des „Gesprächskreises Arbeitnehmerpolitik“ statt.

Dieser Gesprächskreis basiert auf einer Anregung von Ulrich Kelber MdB, der zu dieser Zeit Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bonn war.

Analog des SPD-Gewerkschaftsrates auf Bundesebene wollte die Partei mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus der Region in einen gemeinsamen Diskussionsprozess zu arbeitnehmerrelevanten und politischen Themen in Kommune, Land, Bund und Europa eintreten.

Auf Grund, dass nicht all unsere Mitglieder auch Parteimitglied sind, kam der Name „Gesprächskreis Arbeitnehmerpolitik“ zu Stande.

SPD Initiative

Aus SPD-Sicht sollen die Gespräche dazu dienen, die gegenseitigen Meinungen im Original kennen zu lernen, gemeinsame Initiativen vorzubereiten und auch einmal abseits der Tagespolitik ausführlich miteinander sprechen zu können.

Von Seiten der SPD sind die Oberbürgermeisterin, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, die Bundes- und Landtagsabgeordneten, die Vorsitzenden der Fraktionen in Kreistag und Stadtrat sowie die Vorsitzenden der Jusos eingebunden.

Ein ähnlich großer Kreis ist für Gewerkschaftsvertreter und Betriebs-/Personalräte vorgesehen.

Regionale Spitzen am Tisch

Aus terminlichen Gründen hat sich dieser Gesprächskreis erst zweimal getroffen.

Themen waren u.a. die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt, der Mindestlohn, die Zukunftschancen der Leistungsbezieher im SGB II, sowie die Situation, dass rechtsextremistische Parteien verstärkt bei den Kommunalwahlen 2009 kandidieren wollen (Pro NRW z.B.).

Kontaktpflege und
Kontinuität

Die Gewerkschaften in der Region Bonn/Rhein-Sieg haben die Einrichtung dieses Gesprächskreises, vor dem Hintergrund von Kontaktpflege und Kontinuität begrüßt.

Arbeitsgemeinschaft Gewerkschafter für Bürgermedien

Erfolgreiche Arbeit beendet

Nach über 10 Jahren guter und erfolgreicher Radioarbeit für den DGB und die Gewerkschaften in der Region Bonn/Rhein-Sieg, hat die Radiowerkstatt der Arbeitsgemeinschaft Gewerkschafter für Bürgermedien in Siegburg, im September 2007 ihren Produktionsbetrieb eingestellt.

Gute und erfolgreiche Arbeit

Nach den guten Zeiten, in denen wir regelmäßig Themen aus dem Arbeitsleben und der Gewerkschaftsarbeit an die Hörerinnen und Hörer von Radio Bonn/Rhein-Sieg vermitteln konnten, ließ der Gedankenaustausch zwischen den Einzelgewerkschaften und der Radiogruppe nach.

Das Medium Radio wurde von den Gewerkschaften nicht mehr so genutzt, dass es sich auch getragen hätte.

Dennoch konnten wir vielen anderen Gruppen, die soziale Anliegen hatten, mit unseren festen Sendeplätzen eine gute Plattform bieten.

Durch die Novellierung des Landesmediengesetzes wurden die Fördermittel für die Produktion von Sendungen gestrichen. Somit ist ein Teil der Finanzierung unserer Radiowerkstatt entfallen.

Novellierung
Landesmediengesetz

Durch interne Schwierigkeiten in der Leitung einer Produktionsgruppe musste die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg als Gründer und Mieter der Studioräume für die Radiowerkstatt handeln.

Einstellung des
Produktionsbetriebes

Nach einer intensiven Diskussion hat der Regionsvorstand am 10. September 2007 die Einstellung des Produktionsbetriebes beschlossen.

An dieser Stelle sei allen aktiven Kolleginnen und Kollegen, die über viele Jahre hinweg gute Arbeit geleistet haben gedankt.

Projekte

Ausstellung zur Bonner Gewerkschaftsgeschichte

„Aufbau – Zerschlagung – Neugründung“



Nach jahrelanger Überlegung, was mit der Ausstellung zur Bonner Gewerkschaftsgeschichte, die bereits im alten Gewerkschaftshaus am Bahnhof und später im Treppenhaus des neuen Gewerkschaftshauses zu sehen war, werden sollte, wurde 2007 eine Projektgruppe ins Leben gerufen, die dieser Fragestellung nachgehen und zu einem Ergebnis kommen sollte.

Projektgruppe
eingrichtet

Mit Unterstützung einer Praktikantin der Hans-Böckler-Stiftung nahm die Projektgruppe dann im Jahr 2007 die Arbeit auf. Für die wissenschaftliche Beratung stand uns unser ver.di-Kollege Hans-Holger Paul zur Seite. Er hielt während der Feierstunde zur Wiedereröffnung auch die Rede zur Einführung in die Ausstellung.

Grundlegende
Überarbeitung



Die Exponate, die vor 25 Jahren vom damaligen ÖTV-Kollegen, Horst Wittkopp, zusammengestellt wurden, mussten sich einer grundlegenden Überarbeitung unterziehen.

Anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 75igsten Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften, konnten die ersten vier neuen Exponate vorgestellt werden. Im Anschluss daran dauerte es nochmals fast ein Jahr, bis die komplette Ausstellung überarbeitet und ergänzt war.

Am 6. Februar 2009 konnten wir die Ausstellung in einer Feierstunde wiedereröffnen. Seither ist sie als Dauerausstellung in den Sitzungsräumen des DGB-Hauses zu sehen.

Dauerausstellung

Die Arbeit zeigt die Geschichte der Bonner Arbeiterbewegung und der Bonner Gewerkschaften über einen Zeitraum von ca. 150 Jahren.

Dies ist ein Teil der Geschichte Bonns, seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Angestellten, Beamten und ihrer Interessenvertretungen.

Überarbeitung der Ausstellung: Sandra Richter, Peter Pfister
 Gestaltung: Sandra Richter, Cynthia Rühmekorf, Sophia Graefe
 Wissenschaftliche Beratung: Dr. Hans-Holger Paul

Ein Dank für die freundliche Unterstützung dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Stadtarchivs Bonn, dem Archiv der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und dem Landschaftsverband Rheinland.

Unseren Kolleginnen und Kollegen, Monika Bornhold, Leo Phillipen, Jakob Hess und Rudi Bock (†) gilt ebenfalls unser herzlicher Dank.

Werkstatt-Tag

Werkstatt-Praxis für Schülerinnen und Schüler des neunten Schulbesuchsjahres zur Verbesserung der Berufswahlorientierung – Ein Projekt der Dr. Reinold Hagen Stiftung.

Erfolgreiche DGB Initiative

Auf Initiative der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, basierend auf der Kooperation DGB/Integrierte Gesamtschule Bonn-Beuel entstand 2005 diese Projektidee.

Schon das Pilotprojekt 2005/2006, ausschließlich mit Schülerinnen und Schülern unserer Kooperationsschule, war ein großer Erfolg.

Auf dem 3. Jahrestreffen der Initiative SACHEN MACHEN bei der Audi AG in Ingolstadt wurden die Gewinner des Best Practice Awards 2009 ausgezeichnet.

Der Preis in der Kategorie „Nachwuchs begeistern“ ging an die Dr. Reinold Hagen Stiftung für ihr Projekt „Werkstattpraxis für Schülerinnen und Schüler“.

Die Initiative SACHEN MACHEN besteht aus über 100 Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Das Projekt „Haus der Berufsvorbereitung“ ist das Nachfolgeprojekt in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg.

Werkstatt-Tag

0001h/01/02.02



**Dr. Reinold
Hagen Stiftung**
Aus- und Weiterbildungszentrum Bonn
Technologie-Zentrum Kunststoff

Projektbeschreibung

Werkstatt-Praxis für Schülerinnen und Schüler des neunten Schulbesuchsjahres zur Verbesserung der Berufswahlorientierung – Ein Projekt der Dr. Reinold Hagen Stiftung

- Ziele:** Verbesserte Berufswahlorientierung durch sinnliches erfassen von gewerblich-technischen Berufsfeldern für zukünftige Absolventinnen und Absolventen der Sekundarstufe I.
Erwerb von Schlüsselqualifikationen durch praktische Erfahrungen
Vorbereitung von Mädchen des neunten Schulbesuchsjahres auf technische Berufe und Hinführung auf das Studium der Ingenieurwissenschaften.
- Inhalte:** Die Schülerinnen und Schüler erhalten während eines ganzen Schuljahres an einem festgelegten Wochentag je 8 Unterrichtseinheiten Unterweisung in den Werkstätten der Dr. Reinold Hagen Stiftung zu den nachfolgend aufgeführten Inhalten:
- Anfertigen von Projektarbeiten in den Bereichen der Kunststoff- und Metallbearbeitung
 - Grundlagen der Steuer- und Regelungstechnik
 - Grundlagen Datenbanken und Programmierung C++
 - Grundlagen der Hard- und Software
 - Grundlagen der Elektrotechnik
 - Rechenbeispiele aus der technischen Mathematik
- Erfolgsindikatoren:** Leistungsbewertung der Projektarbeiten nach IHK-Standards, Veränderung der Schulnoten, Verhaltensveränderungen, Vermittlungsquote in Ausbildung oder Sekundarstufe II nach Klasse 10.
- Laufzeit:** je 12 Monate (ein Schulbesuchsjahr)
- Beteiligte Schulen:** Erzbischöfliche Liebfrauenschule Bonn
Integrierte Gesamtschule Bonn Beuel
Augustinus Hauptschule der Stadt Sankt Augustin
Gemeinschaftshauptschule Sankt Augustin Niederpleis
Realschule Oberpleis
- Projektleitung:** Dr. Reinold Hagen Stiftung, Friedrich Arera
- Partner:** DGB Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, Regionsvorsitzender Ingo Degenhardt
Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg, Martina Schönborn-Waldorf
Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, Fachbereich EMT, Prof. Dr. Johannes Geilen
- Finanzierung:**
- | | |
|---|---|
| Schuljahr 2005/2006 (Pilotprojekt) | 100% Dr. Reinold Hagen Stiftung |
| Schuljahr 2006/2007 | 50% Dr. Reinold Hagen Stiftung,
50% Land NRW aus EU-Mitteln |
| Schuljahr 2007/2008 | 50% Dr. Reinold Hagen Stiftung,
50% Bundesagentur für Arbeit |
| Schuljahr 2008/2009: Nachfolgeprojekt: „Haus der Berufsvorbereitung“
(Das Projekt Werkstatt-Tag wurde hier speziell an die Bedürfnisse von Haupt- und Förderschulen angepasst) | |
- Transfer:** Heranführung von Mädchen und Jungen an technische Berufe.
Langfristige Verbesserung des Fachkräftepotentials (demographischer Wandel).

LiA – Lebensqualität im Alter

Ausgehend vom demographischen Wandel, der sich auch in der Region Bonn/Rhein-Sieg vollzieht, wird die Diskussion von zwei Themen bestimmt

- die zunehmende Lebenserwartung
- der Bevölkerungsrückgang.

Studie erarbeitet

Unter der Überschrift Bildungsbrücke 50+ haben die Kooperationspartner IHK Bonn/Rhein-Sieg, der Verein LerNet Bonn/Rhein-Sieg e.V. und die Vertriebs- und Dienstleistung GmbH SYNERGIE eine umfangreiche Studie zu den Grundlagen und Zielen eines Bildungsangebotes für Ältere zum Übergang aus dem Beruf in die Nachberuflichkeit in der Region Bonn/Rhein-Sieg erarbeitet. Gefördert wurde das Projekt vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW.

DGB im Beirat vertreten

Beteiligt an der Erarbeitung war ebenfalls die DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg u.a. mit einem eigenen Beitrag in der Broschüre sowie durch die kontinuierliche Mitarbeit im Beirat.

Unter <http://www.synergie-vd.de/fileadmin/files/synergie/LiA-Dokumentation.pdf> ist die Studie abrufbar

Wichtiges Thema für
Ministerium

Das Ministerium hat ein starkes Interesse an der Fortführung dieser Arbeit. Es soll ein Handbuch für die konkrete Umsetzung erarbeitet werden. Hierzu sind in der Region jedoch noch Abstimmungsprozesse notwendig, da dieses Thema derzeit in der Landschaft der Weiterbildungsträger und in den Betrieben nicht die notwendige Priorität hat.

Kunst und Kultur im Bonner DGB-Haus

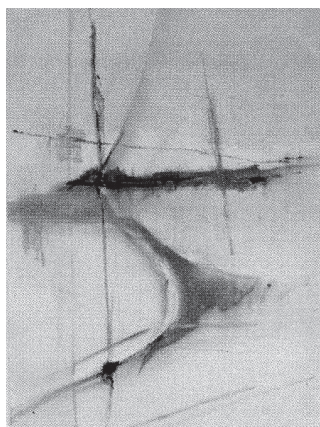
Ein Gewerkschaftshaus ist nicht nur ein Ort für gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Arbeit.

Kultur gehört ebenfalls zur Tradition von Gewerkschaften. Dies haben wir zum Anlass genommen und in den letzten Jahren zu vier Veranstaltungen eingeladen.

2. September 2006

Ein voller Erfolg war bereits die erste Veranstaltung, eine Ausstellungseröffnung mit Gemälden von Petra Mock und Ute Reiners (beide GEW Mitglieder), am Samstag, den 2. September 2006. Wir konnten 50 Gäste begrüßen.

Petra Mock



Ute Reiner



Die Künstlerinnen kommen aus der informellen Malerei, arbeiten gestisch, teils in virtuoser, teils in ruhiger Farb- und Formgebung.

Dabei erzeugt der kontrollierte Umgang mit dem Zufall ein eindringliches Spannungsfeld zwischen emotionalem Ausdruck und kalkulierender Distanz, das bei beiden Künstlerinnen eine eigene Handschrift deutlich werden lässt.

Petra Mock arbeitet als Lehrerin an der Gesamtschule Hennef.

Ute Reiner ist als Kunstpädagogin an der Kunst- und Ausstellungshalle Bonn tätig.

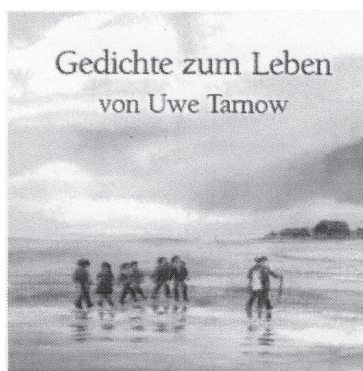
Für den musikalischen Rahmen sorgten unsere Kollegen Martin Fischer & Horst Lüttke

11. Mai 2007

Lyrik und Musik

Kollege Uwe Tarnow (IG Metall) las aus seinen Werken. Musikalisch wurde er begleitet von Lars Eichhorn am Klavier.

Uwe Tarnow ist der bekannteste Arbeiterdichter unserer Region.



Glück und Freiheit, Liebe, Trennung, Krankheit und besonders die Arbeitswelt sind die Themen, mit denen sich der Autor in seinen Werken befasst.

Seine Gedichte sind klar, lebendig und voller ausdrucksstarker Bilder.

An den Menschen und ihren Gedanken ihren Arbeits- und Lebensbedingungen orientiert sich der Autor in seinen Werken. Die Gedichte wollen berühren, beglücken und Mut machen niemals zu resignieren.

Zu den Werken von Uwe Tarnow gehören u.a. die Bände:

- Der legändere Condor
- Roter Orleander
- Der dritte Band

Zu den neueren Werken gehört auch ein Hörbuch „Gedichte zum Leben“.

6. Juni 2008

Christiane Leidinger stellt Ausschnitte aus ihrem neuen Buch vor:



„Keine Tochter aus gutem Hause – Johanna Elberskirchen (1864-1943)“

und ihr emanzipatorisches Engagement in Bonn und Umgebung im Rheinland, wo Johanna Elberskirchen – ihre Schweizer Studienzeit ausgenommen – bis 1914 lebt, entwickelt sie sich zu einer politischen Person. Sie wird in verschiedenen emanzipatorischen Bewegungen als umstrittene feministische Mitkämpferin aktiv. Aus der Sozialdemokratie wird sie schließlich ausgeschlossen. Auch mit frauenpolitischen Schriftstellerinnen kreuzt sie verbal ihre Klingen. Ihr Ansatz, weibliche Homosexualität zu denken, setzt das Subjekt der lesbischen Liebe wieder als Frau und erteilt der „Mannweibertheorie“ eine klare Absage.

Die Biografie „Keine Tochter aus gutem Hause“ entwirft ein lebendiges und faszinierendes Panorama der Zeit vom deutschen Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus. Ein Buch über bewegte und durchaus widersprüchliche politische Wege einer umstrittenen Feministin, Sexualreformerin und Sozialdemokratin.

Multimedialer Vortrag von der Biografin Dr. Christiane Leidinger (Berlin) mit anschließender Diskussion.

Eine Veranstaltung von Bonner Lesben in Kooperation mit der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg.

11. September 2009

Kabarett „Fit für den Arbeitsmarkt!“

Jubiläumsveranstaltung / 20 Jahre - Die Weberinnen -



Fit für den Arbeitsmarkt!?

Das neue Programm der Weberinnen

Raus aus Hartz IV, rein in den Arbeitsmarkt!! Na gerne, nur - wie und wo - schließlich hat die Arbeitswelt auf Frau Kokoschinski und Frau Schräuble nicht gerade gewartet. Also müssen Ideen her!

Oma-Service, Ölbohrinsel, Hundesitting? Wie verkauft man Unterwäsche in Übergrößen? Hat Handwerk goldenen Boden? Oder ist eine reiche Heirat doch die beste Lösung?

Ob ein Mindestlohn für Manager, ein Pubertäts- Sprachkurs für Pädagogen oder das berechenbare Leben als Kassiererin im Supermarkt die Probleme unserer beiden tatkräftigen und arbeitswilligen Protagonistinnen lösen wird – man wird es sehen. In gewohnt kecker und spöttischer Manier, sparsam schwäbisch und großzügig rheinisch führen die Weberinnen durch die Höhen und Tiefen des Lebens im Reich der Angela Merkel und ihrer schwarz- roten Koalition.

Der Alltag ist ernst genug – es muss ja auch noch was zu lachen geben!

Gabi Weber-Körner, die rheinische Frohnatur, und Sibylle Clement (GEW Mitglied) als ihr Konterpart aus dem Schwäbischen zeigen auch in diesem Programm ihre Fähigkeit, gesellschaftliche und politische Entwicklungen aus der Sicht der Frau auf der Straße mit Witz und augenzwinkernd darzustellen.

Vor 20 Jahren hatte das Bonner Frauenkabarett – Die Weberinnen ihren ersten Auftritt im Bonner DGB-Haus.

Diesen Anlass haben wir mit einer Jubiläumsveranstaltung gefeiert.

60 Jahre DGB / 20 Jahre Die Weberinnen

Öffentlichkeitsarbeit/ Presseschau



Bonn-Siegburger Erklärung:

Für eine moderne Mitbestimmung

Bisher hatte das Land Nordrhein-Westfalen eines der fortschrittlichsten Personalvertretungsgesetze (LPVG).

Ausgerechnet in einer Zeit der erheblichen Umorganisation, Stellenabbau und Verwaltungsmodernisierung, die gerade eine umfassende Information und Beteiligung der Beschäftigten erfordert, plant die Landesregierung den Abbau von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten. Die Stärke der Mitbestimmung besteht doch gerade darin, die Beschäftigten und ihre demokratisch gewählte Interessenvertretung bei schwierigen Veränderungsprozessen „mitzunehmen“.

Wir sehen mit Sorge, dass die Landesregierung mit ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG NW) eine Abkehr von beteiligungsorientierter, auch die Interessen der Beschäftigten berücksichtigender Politik verfolgt. Dies wird z.B. deutlich bei der beabsichtigten Streichung der im bisherigen Gesetz vorgesehenen Erörterung zwischen Dienststellenleitung und Personalrat, falls dieser beabsichtigt, eine mitbestimmungspflichtige Maßnahme der Dienststelle abzulehnen. Diese Erörterung soll gestrichen werden, um Zeit zu sparen. Wir glauben, dass mit Gesprächen viel mehr Akzeptanz geschaffen werden kann, die die Effizienz der beabsichtigten Maßnahme weit mehr erhöht als der marginale „Zeitverlust“ für dieses Gespräch!

In dieses Bild passt, dass die Landesregierung mit diesem Gesetzentwurf auch harte Einschnitte bei den Schutzrechten aller Beschäftigten vornimmt, vor allem bei Kündigungen, Umsetzungen und beim Datenschutz. Die Überwachungsaufgabe der Personalvertretung bei existenziellen Problemen der Beschäftigten wird in wichtigen Teilen für unnötig erklärt.

Wir, DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, ver.di-Bezirk NRW-Süd, GEW Stadtverband Bonn, GEW Kreisverband Rhein-Sieg, GdP-Kreisgruppe Bonn, GdP-Kreisgruppe Siegburg fordern alle am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten dazu auf, sich mit der Thematik der Mitbestimmung in unserem Land auseinanderzusetzen und sich für den Erhalt unseres erfolgreichen Mitbestimmungsgesetzes einzusetzen.

Im Folgenden machen wir Sie auf einige geplante Änderungen aufmerksam, die in keinerlei Hinsicht für eine Modernisierung des Landespersonalvertretungsgesetzes sprechen:

Der Wegfall der Mitbestimmung bei ordentlichen Kündigungen verhindert die gemeinsame Suche nach anderen, arbeitsplatzhalterhaltenden Lösungen.

Auch der Wegfall der Anhörung des Personalrates bei Abmahnungen bedeutet, dass die Interessensvertretung keine Möglichkeit hat, sich konstruktiv an der Konfliktlösung zu beteiligen.

Die Streichung der Anhörung des Personalrates bei Aufhebungsverträgen verhindert, dass Personalräte die Betroffenen über arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Konsequenzen beraten und mit der Dienststelle über Alternativen zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses verhandeln können.

Die erneute Zuweisung eines Arbeitsplatzes nach einer längeren Beurlaubung (z.B. Elternzeit!) soll ohne Beteiligung des Personalrates erfolgen (§72 Abs. 1.1) – hier haben bisher in vielen Fällen Personalräte durch intensive Gespräche mit den Beteiligten falsche, weil konfliktträchtige Vorhaben der Dienststelle verhindert.

Auch bei der beabsichtigten vorzeitigen zur Ruhesetzung von Beschäftigten wurde bisher seitens der Personalräte durch Vorschläge für eine gleitende Wiedereingliederung kostenträchtige Fehlentscheidungen der Dienststelle verhindert gem. bisherigem § 72 (1) 9. Dies soll nun nicht mehr möglich sein.

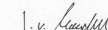
Die weit überproportionale Streichung von mehr als 160 Stellen bei den Freistellungen im Schulbereich (in den neuen §§ 85, 87, 89), davon allein 50% im Bereich der Förderschulen, machen die Beschäftigten an den Schulen zu Mitarbeitern zweiter Klasse, die Personalräte werden gegenüber den Leitungen der Dienststellen in Teilen handlungsunfähig.

Die Streichung einer obligatorischen Erörterung zwischen Dienststelle und Personalrat im § 66 (1) mag oberflächlich Zeit sparen, verhindert aber eine einvernehmliche Lösung und bringt damit zukünftig viele Fälle unnötigerweise in die Stufenvertretung! Sollte es zu der vorgelegten Gesetzesänderung kommen, schreitet das Land Nordrhein-Westfalen in der Mitbestimmungskultur zurück, statt einer modernen Mitbestimmung entgegen. Ein demokratisches Land braucht demokratische Strukturen und wirksame Mitbestimmungsmöglichkeiten, die dem Bürger dienen und die Beschäftigten teilhaben lässt.

Bonn, den 26. April 2007


Ingo Degenhardt

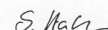
DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg


Joachim von Maydell

GEW Stadtverband Bonn


Udo Schott

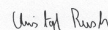
GdP Kreisgruppe Bonn


Sebastian Hartmann

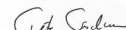
SPD Kreisverband Rhein-Sieg


Günter Schatzl

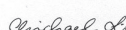
CDA-Kreisverband Bonn


Christoph Busch

dbb beamtenbund und tarifunion
Bonn/Rhein-sieg


Peter Prochnau

ver.di Bezirk NRW-Süd


Michael Liß

GEW Kreisverband Rhein-Sieg


Achim Engels

GdP Kreisgruppe Siegburg


Ulrich Kelber

MdB
SPD Unterbezirk Bonn


Doris Leven

CDA-Kreisverband Rhein-Sieg



Oberberg Erklärung:

Für eine moderne Mitbestimmung

Bisher hatte das Land Nordrhein-Westfalen eines der fortschrittlichsten Landespersonalvertretungsgesetze (LPVG).

Ausgerechnet in einer Zeit der erheblichen Umorganisation, von Stellenabbau und Verwaltungsmodernisierung, die gerade eine umfassende Information und Beteiligung der Beschäftigten erfordert, plant die Landesregierung den Abbau von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten. Die Stärke der Mitbestimmung besteht doch gerade darin, die Beschäftigten und ihre demokratisch gewählte Interessenvertretung bei schwierigen Veränderungsprozessen „mitzunehmen“.

Wir sehen mit Sorge, dass die Landesregierung mit ihrem Gesetzesentwurf zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes eine Abkehr von beteiligungsorientierter, auch die Interessen der Beschäftigten berücksichtigender Politik verfolgt. Dies wird z.B. deutlich bei der beabsichtigten Streichung der im bisherigen Gesetz vorgesehenen Erörterung zwischen Dienststellenleitung und Personalrat, falls dieser beabsichtigt, eine mitbestimmungspflichtige Maßnahme der Dienststelle abzulehnen. Diese Erörterung soll gestrichen werden, um Zeit zu sparen. Wir glauben, dass mit Gesprächen viel mehr Akzeptanz geschaffen werden kann, die die Effizienz der beabsichtigten Maßnahme weit mehr erhöht als der marginale „Zeitverlust“ für dieses Gespräch.

In dieses Bild passt, dass die Landesregierung mit diesem Gesetzesentwurf auch harte Einschnitte bei den Schutzrechten aller Beschäftigten vornimmt, vor allem bei Kündigungen, Umsetzungen, beim Datenschutz und der elektronischen Überwachung der Arbeitsleistungen. Die Überwachungsaufgabe der Personalvertretung bei existenziellen Problemen der Beschäftigten wird in wichtigen Teilen für unnötig erklärt.

Wir, DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, ver.di-Bezirk NRW-Süd, GEW Kreisverband Oberberg sowie die GdP-Kreisgruppe Oberberg fordern alle am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten dazu auf, sich mit der Thematik der Mitbestimmung in unserem Land auseinanderzusetzen und sich für den Erhalt unseres erfolgreichen Mitbestimmungsgesetzes einzusetzen.

Im Folgenden machen wir Sie auf einige geplante Änderungen aufmerksam, die in keinerlei Hinsicht für eine Modernisierung des Landespersonalvertretungsgesetzes sprechen:

- Der Wegfall der Mitbestimmung bei ordentlichen Kündigungen verhindert die gemeinsame Suche nach anderen, arbeitsplatzhaltenden Lösungen.
- Auch der Wegfall der Anhörung des Personalrates bei Abmahnungen bedeutet, dass die Interessenvertretung keine Möglichkeit hat, sich konstruktiv an der Konfliktlösung zu beteiligen.
- Die Streichung der Anhörung des Personalrates bei Aufhebungsverträgen verhindert, dass Personalräte die Betroffenen über arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Konsequenzen beraten und mit der Dienststelle über Alternativen zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses verhandeln können.
- Die erneute Zuweisung eines Arbeitsplatzes nach einer längeren Beurlaubung (z.B. Elternzeit!) soll ohne Beteiligung des Personalrates erfolgen (§72 Abs. 1.1) – hier haben bisher in vielen Fällen Personalräte durch intensive Gespräche mit den Beteiligten falsche, weil konfliktträchtige Vorhaben der Dienststelle verhindert.
- Die weit überproportionale Streichung von mehr als 160 Stellen bei den Freistellungen im Schulbereich (in den neuen §§ 85, 87, 89), davon allein 50% im Bereich der Förderschulen, machen die Beschäftigten an den Schulen zu Mitarbeitern zweiter Klasse, die Personalräte werden gegenüber den Leitungen der Dienststellen in Teilen handlungsunfähig.

- Die Streichung einer obligatorischen Erörterung zwischen Dienststelle und Personalrat im § 66 (1) mag oberflächlich Zeit sparen, verhindert aber eine einvernehmliche Lösung und bringt damit zukünftig viele Fälle unnötigerweise in die Stufenvertretung!

Selbst der Städtetag NRW, der Landkreistag NRW, der Städte- und Gemeindebund NRW sowie der KAV NW haben in einer gemeinsamen Stellungnahme an das Innenministerium vor den Kostenfolgen des beabsichtigten Gesetzesentwurfes gewarnt: "Durch die geplanten Neuregelungen entstehen allein den Gemeinden und Gemeindeverbänden ohne Berücksichtigung der sonstigen Anstalten, Stiftungen, usw., ... Kosten von mindestens 12,5 Mio €."

Sollte es zu der vorgelegten Gesetzesänderung kommen, schreitet das Land Nordrhein-Westfalen in der Mitbestimmungskultur zurück, statt einer modernen Mitbestimmung entgegen. Ein demokratisches Land braucht demokratische Strukturen und wirksame Mitbestimmungsmöglichkeiten, die den Bürgerinnen und Bürgern dienen und die Beschäftigten teilhaben lässt.

Oberberg, den 2. August 2007

Ingo Degenhardt
Regionsvorsitzender, DGB-Region
Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg

Peter Prochnau
Geschäftsführer, ver.di Bezirk NRW Süd

Uwe Dick
Vorsitzender, GdP Kreisgruppe Oberberg

Jürgen Schäffler
Vorsitzender, GEW Oberberg

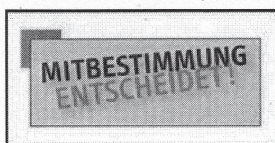
gez.
Edda Puhl
Vorsitzende, ver.di Ortsverband Oberberg



DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg Für eine moderne Mitbestimmung Für eine gerechte Arbeitnehmerpolitik

**Die CDU NRW kommt nach
Siegburg! Wir sind schon da!**

Herzlich willkommen!



Inhalt

Ingo Degenhardt Vorsitzender DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/ Oberberg <i>Die CDU kommt nach Siegburg! Wir sind schon da!</i>	Seite 1
Was passiert in NRW?	Seite 2
Bonn-Siegburger Erklärung: Für eine moderne Mitbestimmung	Seite 2
Guntram Schneider, DGB-Bezirksvorsitzender NRW <i>Mitbestimmung hat NRW stark gemacht</i>	Seite 4
Fahrplan der Novellierung LPVG	Seite 4
Andreas Meyer-Lauber, Landesvorsitzender der GEW <i>Neues Personalvertretungs- gesetz soll kritische Personalräte politisch kaltstellen</i>	Seite 4
Kommentar Frank Richter, Landesvorsitzender GdP NRW <i>Der Unmut wächst</i>	Seite 6
Gabi Schmidt, Landesleiterin ver.di NRW <i>Verschärfung der Gemeinde- ordnung NRW</i>	Seite 7
Impressum	Seite 8



Ingo Degenhardt
DGB-Regionsvorsitzender

*Sehr geehrte Delegierte des
CDU-Landesparteitages!
Liebe Kolleginnen und
Kollegen!*

Nach unserer Auffassung
geht die Politik der Landes-
regierung zu Lasten vieler
Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer, zu Lasten
der Mitbestimmung und

richtet sich somit auch gegen die
Gewerkschaften. Wir brauchen auch zukünftig
hier in NRW eine starke und qualifizierte
Interessenvertretung. Umstrukturierungspro-
zesse erfordern mehr und nicht weniger
Mitbestimmungs- und Informationsrechte. Nach
Einschätzung des DGB ist die Novelle des
Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG)
völlig überflüssig, für die Modernisierung des
öffentlichen Dienstes schädlich und führt nicht zu
einer Verbesserung der Handlungsfähigkeit der
öffentlichen Verwaltung, sondern zu ihrer
Erstarrung.

Durch das Personaleinsatzmanagement (PEM)
sollen über 11.000 Arbeitsplätze im
Landesdienst abgebaut werden. Die
Beschäftigungslage im Land wird sich weiter
verschlechtern und führt zu noch weniger
Service für die Bürgerinnen und Bürger. Die
beabsichtigte Neufassung des § 107 der
Gemeindeordnung bedeutet mittelfristig das
Ende unserer kommunalen Wirtschaftsbetriebe
mit all ihren negativen Auswirkungen auf die
Beschäftigten.

Setzen Sie sich bitte mit Ihrem Mandat für eine
moderne Mitbestimmung hier in Nordrhein-
Westfalen und somit für eine gerechte
Arbeitnehmerpolitik ein.

Ingo Degenhardt
Vorsitzender
DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg

Themenzeitung der DGB-
Region zum CDU-Landes-
parteitag am 5. Mai 2007 in
Siegburg



„Lieber Güterbahnhof als Supermarkt“

VERKEHR DGB spricht sich gegen geplantes Einkaufszentrum aus

BONN/ BEUEL. Die Kämpfer für den Beueler Güterbahnhof bekommen Unterstützung vom Deutschen Gewerkschaftsbund. In einer Resolution bezieht der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg eindeutig Stellung gegen die geplante Ansiedlung eines Lidl. „Für die Gewerkschaften liegt der volkswirtschaftliche Nutzen eines Güterbahnhofs höher als ein zusätzlicher Supermarkt mit mehr als 300 Pkw-Stellplätzen“, heißt es in dem Papier, das in der jüngsten DGB-Sitzung verabschiedet wurde.

Da der DGB auch durch die Schließung des Bonner Werks des Chemiekonzerns Arkema an der Siemensstraße in Endenich die Neuansiedlung eines produzierenden Industriebetriebes fordert, erinnert DGB-Vorsitzender Ingo Degenhardt an eine Diskrepanz: „Seit vielen Jahren weisen wir auf das Missverhältnis von Dienstleistung und produzierendem Gewerbe in Bonn hin.“ Insgesamt fordert der DGB den Erhalt der Schieneninfrastruktur.

„Durch die starke Zunahme des europäischen Schienengüterverkehrs bekommen gerade Überholungs- und Abstellgleise, aber auch neue oder reaktivierte Gleisanschlüsse eine große Bedeutung“, heißt es in der Stellungnahme. Deshalb sei es

nötig, den Rückbau von Gleisen sofort zu stoppen, insbesondere entlang der linken und rechten Rheinstrecke sowie im Bonner und Beueler Güterbahnhof. Als amtlich gewidmete Eisenbahnfläche stehe die Anlage „rein rechtlich nicht als Bauland für Spekulanten zur Verfügung.“ Dies betonen in einer gemeinsamen Mitteilung die am Güterbahnhof ansässigen Unternehmen Rhein-Sieg-Eisenbahn und

VW-Entfallteildienst. Diese wollen einem Einzelhandelszentrum in keinem Fall weichen. Zudem seien beide Firmen auf die Gleisanschlüsse angewiesen: „Insbesondere ein Eisenbahnunternehmen kann kaum die Gleisanlagen in Koffer stecken und an anderer Stelle wieder auspacken.“ Im Falle einer Supermarkt-Ansiedlung würden die Unternehmen zu 18 Arbeitsplätze vernichtet.



Am Beueler Güterbahnhof scheiden sich die Geister: Discount-Eisenbahn?

FOTO: MAX

Gewerkschaft gegen einen Gesamtumzug

Bonn - Die Forderung nach einem Umzug aller Ministerien nach Berlin hat den Deutschen Gewerkschaftsbund auf den Plan gerufen. „Es gibt das Berlin/Bonn-Gesetz mit seiner fairen Arbeitsteilung, und es schadet dem politischen Tagesgeschäft ebenso wenig wie es unserem Land schadet, dass die verbliebenen Arbeitsplätze mit den Dienstleistungen drumherum hier in der Region sind“, sagte gestern der DGB-Chef für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, Ingo Degenhardt. Im selben Boot Dem Argument, aus Berlin sei bisher auch deshalb keine „Boomtown“ geworden, weil Teile der Regierung noch in Bonn seien, hielt Degenhardt entgegen: „Das liegt nicht an Bonn, seinen ansässigen Ministerien und dem verbliebenen Personal; das liegt daran, dass Berlin seine Hausaufgaben nicht gemacht hat.“

Der Gewerkschafter zeigte sich „erschüttert“ darüber, „wie in der politischen Willensbildung mit den Menschen umgegangen wird.“

Nach 27 Jahren mal wieder DGB-Wachablösung

Gottfried Schmitz übergab Regionalvorsitz Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg an Ingo Degenhardt



Nach 27 Jahren im Amt übergab Gottfried Schmitz (l.) jetzt den Bonner DGB-Regionalvorsitz an Ingo Degenhardt. (Foto: Kehrein)

von JOCHEN F. ROHLINGER

BONN/RHEIN-SIEG-KREIS. Die Wachablösung an der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg ist nach außen fast unbemerkt vollzogen: Ingo Degenhardt, 39-jähriger bisheriger Organisationssekretär im Bonner DGB-Haus, ist neuer Regionalvorsitzender und löst den bisherigen Vorsitzenden Gottfried Schmitz ab. Für Degenhardt entschied eine solide Mehrheit von 35 der 60 Delegierten, die ihm den Vorzug vor dem verdienstkandidaten Peter Zysik gaben, der als Betriebsratsvorsitzen-

der eines Bonner Kaufhauses sich besonders für Probleme der Einzelhandels-Beschäftigten engagiert. Gottfried Schmitz nimmt nach 27 Jahren an der Spitze – zunächst des „Kreisvorstandes“ – knapp 59-jährig noch die Regelungen der Alterszeit in Anspruch. Dem gebürtigen Werthhövener (Wachtberg) und „gelernten Werkzeugmacher“ (Ringsdorf) Schmitz, der auf dem „zweiten Bildungsweg“ studierte und als Diplom-Volkswirt abschloss, folgt wieder ein Werkzeugmacher: Degenhardt, der in Thüringen geboren und ausgebildet wurde und als Instandhaltungs-

mechaniker in einer Papierfabrik ins Berufsleben startete. Sein Gewerkschafts-Engagement schulte er ab Mai 1990 im Königswinterer Arbeitnehmer-Zentrum und erwarb berufliche Praxis beim DGB in Bochum, Kassel und Olpe, bevor er 1992 erstmals ins Bonner Gewerkschaftshaus kam, wo er seit nunmehr elf Jahren als Gewerkschaftssekretär arbeitet. Der 39-Jährige ist verheiratet, Vater von drei Jungen im Alter von 8 bis 12 Jahren und in Rhöndorf wohnhaft. Gottfried Schmitz hatte sich persönlich seit 1978 auch akzentuiert öffentlich engagiert – zum einen etwa im Aufsichts-

rat der Strukturförderungsgesellschaft der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler oder früher an der Spitze einer Initiative, die an der Personalentscheidung über einen neuen Bonner Arbeitsamtschef aus regionaler Kompetenz mitbestimmen wollte. Degenhardts Engagement in der Region, kaum weniger politisch, hat bisher mehr in etwa IHK-, Arbeitsamts- und Gremien mit dem Schwerpunkt Bildung/Ausbildung stattgefunden. Der neue Regionalvorsitzende kümmerte sich seit Jahren vor allem um Hürden und Chancen der jungen Leute beim Einstieg ins Berufsleben.

Gewerkschaft und Politik im Gespräch



Radevormwalder Gewerkschafter in Klausur – ganz rechts der neue Vorsitzende der DGB-Ortsgruppe, Henry Betz. BM-FOTO: DG

(nob) Einen hochkarätigen Gast erwarteten die Mitglieder der Ortsgruppe Radevormwald des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am Samstag bei einer Klausurtagung in der Gaststätte „Zum Rathaus“. Angesagt hatte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Zylajew, der zu einem hochaktuellen Thema referierte, das gerade einmal einen Tag später im Bundeskanzleramt in einer entscheidenden Sitzung auf der Agenda stand: Die Gesundheitsreform. Gut zwei Stunden stand er den etwa 20 Teilnehmern der Runde zur Verfügung.

Und die hatten so einige Fragen auf dem Herzen. Denn, so betonte der neue Vorsitzende, Henry Betz, kurz vor dem Besuch: „Wir erwarten, dass uns Herr Zylajew über den aktuellen Stand der Planungen informiert. Uns sind noch so einige Dinge bei der geplanten Reform unklar.“

Zylajew äußerte sich dann in erster Linie zur Arbeit der Krankenkassen, wobei ihn besonders das Thema „Ärzte-Hopping“ bewegte. Es entstünden hohe Kosten, weil viele Patienten mit einem gesundheitlichen Problem innerhalb kurzer Zeit die verschiedensten Ärzte aufsuchten. Trotzdem sollte die freie Arztwahl nicht ganz abgeschafft werden, die Menschen könnten sich eines neu zu schaffenden Ärzte-Netzwerkes bedienen. Der Bundestagsabgeordnete plädierte auch dafür,

die Probleme rund um das Gesundheitssystem sofort anzupacken denn mit jeder weiteren Verzögerung komme die Sache den Teilnehmern noch teurer. Weiter arbeitete Zylajew heraus, dass sich Radevormwald Arbeiter und Angestellte der Lohngruppe von 1500 bis 2000 Euro in Zukunft auf Mehrbelohnungen einstellen müssten.

„Nachdem der Bundesabgeordnete wieder weg war, führte der Punkt bei uns intern zu einige Diskussionen“, berichtete Henry Betz.

Der Ortsgruppenleiter sprach sich nach der Sitzung mit den Umbrüchigen. Der Ortsgruppenleiter sprach sich nach der Sitzung mit den Umbrüchigen. Der Ortsgruppenleiter sprach sich nach der Sitzung mit den Umbrüchigen.

Protest gegen die Wohnungspolitik

4.160 Wohnungen sollen verkauft werden

Rhein-Sieg-Kreis - (ms) „Der Verkauf wäre eine Katastrophe“, erklärte Bernhard von Grünberg, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW. Gemeint hat der stellvertretende Vorsitzende damit den geplanten Verkauf der Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG-NRW). Gegen diese geplante Veräußerung der öffentlichen Wohnungen wendet sich das Aktionsbündnis, die Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“. Das Aktionsbündnis ist ein Zusammenschluss des Deutschen Mieterbundes Nordrhein-Westfalen und seiner Mietervereine, dem Mieterforum Ruhr, der Landesarbeitsgemeinschaft der LEG-Mieterbeiräte, der Gewerkschaft Verdi NRW und den Betriebsräten der LEG-NRW. Sollte die LEG-NRW zerschlagen werden, dann stünden allein in der Region Bonn/ Rhein-Sieg-Kreis 4.160 Wohnungen zum Verkauf, meint der Mieterverein Bonn/Rhein-Sieg/Ahr.

„Zu verstehen sind diese Pläne



■ Gegen den Verkauf sind (v.l.): Bernhard von Grünberg, Harald Eichner, Franz-Josef Windisch und Ingo Degenhardt. Foto: Steffan

nicht, da 90 Prozent der LEG den Banken gehört“, erläuterte Bernhard von Grünberg. Es bestehe zudem die Gefahr, dass renditeorientierte Immobilienfonds die Wohnungen kaufen, deren Anleger 20 Prozent Rendite erwarten, so Bernhard Grünberg weiter.

Die Folgen wären Einsparungen bei der Instandhaltung, Entlassung von Mitarbeitern und Entzug des Eigenkapitals bei den Wohnungsbaugesellschaften.

„Danach werden die Reste der Unternehmen an die Börse gebracht. Dies führt zu einer städtebaulichen Katastrophe“, sagte Bernhard Grünberg. „Mit dieser Wohnungsbaupolitik will sich das Land aus seiner Verantwortung schleichen“, meinte Franz-Josef Windisch, Geschäftsführer des Mietervereins Bonn/Rhein-Sieg/Ahr. „In der Zukunft sieht es dann gerade für die einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen düster aus. Für Hartz-Empfänger, deren Zahl steigend ist, gibt es keine angemessene Wohnraumversorgung mehr“, erklärte Ingo Degenhardt, Regionalvorsitzender des DGB Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg. Allein in Siegburg seien 600 Wohnungen betroffen, fügte Harald Eichner, Vorstandsmitglied des Mietervereins Bonn/Rhein-Sieg/Ahr hinzu.

Die Diskussion in der breiten Öffentlichkeit ist nun das Ziel der Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“. 68.000 Unterschriften sind notwendig, damit das Anliegen im Landtag aufgenommen wird. Unterschriftenlisten liegen in den Geschäftsstellen in Bonn und Siegburg aus.

DGB für Voreifelbahn

Regionalvorstand fordert in Resolution Erhalt und Ausbau des Schienennetzes

RHEIN-SIEG-KREIS/BONN.

Den „raschen zweigleisigen Ausbau der Voreifelbahn zwischen Euskirchen und Bonn“ fordert der Deutsche Gewerkschaftsbundes (DGB) in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, und darüber hinaus den Erhalt der Schieneninfrastruktur in der Region. Angesichts zunehmenden europäischen Güterverkehrs und wachsender Fahrgastzahlen im Regionalverkehr „bekommen gerade Überholungs- und Abstellgleise, aber auch neue

oder reaktivierte Gleisanschlüsse große Bedeutung“.

Über die Forderung nach Ausbau des Personennahverkehrs hinaus – neben der Voreifelbahn verzögert sich der S-Bahn-Ausbau unter Nutzung der teilweise etwa bei Sechtem und Roisdorf vorhandenen „dritten Gleise“ seit Jahren – stehen beim Güterverkehr auch Arbeitsplätze im Vordergrund: Gewerbeland mit Gleisanschluss seien attraktiv für wünschenswerte Betriebs-Neuansiedlungen. (jfr)

Diskutieren und Flipper spielen

CDU-Landesparteitag das bisher größte Ereignis in der „Rhein-Sieg-Halle“

Demonstrierende Gewerkschafter und Lobbyisten aus der Wirtschaft empfangen die Delegierten in der Kreisstadt.

VON HOLGER KLEIN

Siegburg - Samstagmittag auf dem Marktplatz: Die Passanten bummeln mit Plastiktüten behängt durch die Fußgängerzone, die Markthändler bieten Spargel und Tomaten feil, eine Sängerin schmettert zur Eröffnung eines Geschäftes Anastacia-Hits. Nichts, aber gar nichts erinnert daran, dass nur wenige hundert Meter entfernt in der Rhein-Sieg-Halle ein politisches Großereignis stattfindet: der CDU-Landesparteitag. 672 Delegierte, 200 Gäste und knapp 100 Journalisten sitzen in der durch die Scheinwerfer erhitzten Halle und lauschen schwitzend den Rednern auf dem Podium.

„Ganz schön warm hier drin, dabei soll der Parteitag doch klimaneutral sein“, scherzt eine Delegierte in einem Dialekt, der sie als Mitglied



Ingo Degenhardt (r.) und Dieter Knott vom Personalrat der Kreisverwaltung Rüttgers zusammen mit Verdi-Vertretern Unterschriften gegen die Änderung

„Hausaufgaben nicht gemacht“

BONN/BERLIN DGB fordert Wahrung der sozialen Interessen

BONN. Die Forderung nach einem Umzug aller Ministerien nach Berlin (der GA berichtete) hat den Deutschen Gewerkschaftsbund auf den Plan gerufen. „Es gibt das Berlin/Bonn-Gesetz mit seiner fairen Arbeitsteilung, und es schadet dem politischen Tagesgeschäft ebenso wenig wie es unserem Land schadet, dass die verbliebenen Arbeitsplätze mit den Dienstleistungen drumherum hier in der Region sind“, sagte gestern der DGB-Chef für die Region Bonn/

Rhein-Sieg/Oberberg, Ingo Degenhardt.

Dem Argument, aus Berlin sei bisher auch deshalb keine „Boomtown“ geworden, weil Teile der Regierung noch in Bonn seien, hielt Degenhardt entgegen: „Das liegt nicht an Bonn, seinen ansässigen Ministerien und dem verbliebenen Personal; das liegt daran, dass Berlin seine Hausaufgaben nicht gemacht hat.“

Der Gewerkschafter zeigte sich „erschüttert“ darüber, „wie in der

politischen Willensbildung mit Menschen umgegangen wird. Ihm gehe es in der Frage auch die Sicherung und Wahrung sozialen Interessen der Beschäftigten, sagte Degenhardt: „Sich Arbeitsplätze in Bonn und der Region, die sich aus dem Berlin/Bonn-Gesetz ergeben, sind für Arbeitnehmer ebenso wichtig für den heimischen Handel und die Dienstleistungsbereiche; Arbeitnehmer und Arbeitgeber sitzen hier im selben Boot.“

Rente mit 67 stößt auf Kritik

Rhein-Sieg-Kreis - Die heutige Entscheidung des Berliner Bundestags über die Rente mit 67 ist die Entscheidung über ein „Rentenkürzungsprogramm auf Raten“, so der regionale DGB-Chef Ingo Degenhardt. Aus Sicht des Gewerkschaftsbunds kommt eine Rente mit 67 „einem Betrug am Leben gleich“. Auch im Rhein-Sieg-Kreis, erklärte Degenhardt gestern, sei die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch: „Trotz Konjunkturaufschwung ist die Quote um ein Prozent, das sind 323 Personen, auf insgesamt 35 270 gestiegen“. Den wahren Problemen am Arbeits- und Ausbildungsmarkt könne die Regierung mit ihren sozialen Plänen nicht begegnen. Wirksam und vertretbar seien dagegen Altersteilzeit und eine Rentenversicherung auf breiterer Grundlage als Versicherung auch der selbstständigen Erwerbstätigen. (rg)

„Der Druck auf die Arbeitnehmer wächst“

Vier Fragen zum Tag der Arbeit an Ingo Degenhardt, den DGB-Chef für die Region

REGION. Vier Fragen zum Tag der Arbeit richtete Sylvia Binner an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, Ingo Degenhardt.

Wie hat sich Arbeit verändert?

Degenhardt: Die Veränderungen in der Arbeitswelt haben in den letzten Jahren rasant an Fahrt aufgenommen. Neben verbesserten Arbeitsbedingungen durch moderne Technik nehmen in vielen Bereichen die psychischen Belastungen zu. Der Druck auf die Arbeitnehmer wächst. Negativer Stress ist die Folge. Unsichere Arbeitsverhältnisse, die verstärkte Ausweitung von Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, teils sittenwidrige Löhne sind an der Tagesordnung. Ebenso verschärft sich die Situation derer, die trotz normaler Arbeitsverhältnisse auf ergänzende staatliche Hilfe



Zur Maikundgebung lädt Ingo Degenhardt ein. FOTO: ARNDT

sind. Viele Arbeitnehmer glauben nicht, ihren Job bis zur Rente durchhalten zu können.

Welche konkreten Auswirkungen sehen Sie in der Region?

Degenhardt: Unsere Region ist gut aufgestellt, doch die Folgen der

nanzkrise sind eindeutig spürbar. Die wirtschaftliche Situation verschärft sich. Betroffen sind hier die Industrie, das verarbeitende Gewerbe, die Logistik und der Güterverkehr. Das muss man ganz klar so sagen und das verstehe ich auch nicht als schwarzmalen. Vieles lässt sich derzeit mit Kurzarbeit auffangen, doch laufen für die Betriebe die Strukturkosten weiter. Das geht in vielen Fällen an die Liquidität. Leiharbeiter und befristete Beschäftigte waren die Ersten, die ihre Jobs verloren haben. Wir müssen alles dafür tun, die Arbeitskräfte zu halten und ihnen durch Qualifizierungsmaßnahmen die Chance auf Beschäftigung zu sichern.

Die Gewerkschaften klagen mit wenigen Ausnahmen über Mitgliederschwund. Was tut der DGB dagegen?

Degenhardt: Als Dachorganisation

bei der Mitgliedergewinnung. Für die Betreuung sind die Gewerkschaften zuständig. In seiner Aufgabenstellung besetzt der DGB Themen u.a. im gesellschaftspolitischen Umfeld. Hier hat unsere Arbeit Einfluss auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir bringen uns in die Diskussion um die Kinderarmut ein, beraten auf Leiharbeitsmessen, sind immer wieder mit den Ein-Euro-Jobs beschäftigt, um nur einige Beispiele zu nennen. Konkrete Unterstützung leisten wir auch in Schulen und Berufsschulen, als erste Anlaufstelle für suchende, zum Beispiel Seite www.doktor-azubi.de

Welchen Stellenwert hat der Arbeit heutzutage?
Degenhardt: Seit über 100 begeht die internationale

te noch Symbolkraft und wird sie auch weiter haben. Jedes Jahr werden erneut Stimmen laut, ob Demonstrationen und Kundgebungen noch zeitgemäß sind. Ich sage ganz klar Ja, denn es gilt zum einen die Erfolge und Fortschritte unserer Vorfahren zu würdigen und zu verteidigen und zum anderen müssen wir den künftigen Herausforderungen entgegenreten.

Zur Person

Ingo Degenhardt wurde am 5. Oktober 1966 in Thüringen geboren.

DGB fordert Mindestlöhne

HARTZ IV Gewerkschaft: Eringverdiener haben trotz Arbeit kein Auskommen

BONN. Egal ob angestellt oder selbstständig – immer mehr Menschen können von ihrer eigenen Arbeit nicht mehr leben. Was schon der ARGE-Geschäftsführer Dieter minski im GA-Gespräch sagte, unterstreicht jetzt auch der Vorsitzende der DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, Ingo Degenhardt, und warnt davor: Es dürfte nicht sein, dass Menschen wegen der zu niedriger Löhne auf ergänzenden Sozialtransfer des Staates angewiesen sind. Mindestlöhne würden inakzeptable Entwicklungen bei den Löhnen stoppen. „Alles in Bonn waren zu Beginn des Jahres 3 087 Menschen betroffen“, sagte Degenhardt jetzt Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Innerhalb von etwas mehr als einem Jahr habe sich die Zahl dieser so genannten Aufstocker um 425 erhöht. Der Aufschwung geht an Geringverdienern im Hartz-IV-System vorbei“, warnt Degenhardt. Besonders betroffen seien Beschäftigte in der Gastronomie und im übrigen Dienstleistungsgewerbe wie dem Arbeitnehmerverleih. Vor allem Jungelern und Familien mit Kindern schafften trotz Erwerbsmäßigkeit nicht den Sprung aus der Hartz-IV-Abhängigkeit heraus, sagte Degenhardt.

DGB: Ältere Arbeitslose benachteiligt

Rhein-Sieg-Kreis - Der Bund der Gewerkschaften in Bonn, im Rhein-Sieg-Kreis und im Oberbergischen begrüßt den positiven Trend am Arbeitsmarkt. Allerdings dürften die Problemgruppen der über 50-Jährigen und Jugendlichen unter 25 Jahren nicht aus dem Auge verloren werden, warnt DGB-Vorsitzender Ingo Degenhardt. Bei den älteren Menschen seien derzeit hier 6860 arbeitslos gemeldet, bei den jungen Menschen seien es 3065. Beide Werte seien viel zu hoch, betont Degenhardt.

Auch im hiesigen Wirtschaftsraum sei der Rückgang der Arbeitslosigkeit konjunkturell bedingt und nicht das Ergebnis der Hartz-Gesetze. Steigende Energiepreise, der an den Finanzmärkten führten dazu, dass die Verbraucher ihr Geld zusammenhielten. Um den Aufschwung zu unterstützen, müssten Kredite verbilligt sowie mehr in Bildung, Verkehrsinfrastruktur und ökologische Modernisierung investiert werden. (il)

Streit zwischen Arge und DGB dauert an

Die Gewerkschaften bemängeln einen unzureichenden Informationsfluss über die Arbeitsmarktpolitik der Arge.

VON RALF JOHNEN

Rhein-Sieg-Kreis - Die Auseinandersetzung zwischen den regionalen Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Arge geht in die nächste Runde. Nachdem DGB-Chef Ingo Degenhardt kritisiert hatte, dass die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs bei den Kommunen zu Lasten neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze gehe, beschwerte er sich nun darüber, von der Arge generell zu wenig Informationen zu erhalten. Wie Degenhardt einräumt, sei es zwar richtig, dass er als Gewerkschaftsvertreter Mitglied in einem eigens eingerichteten Beirat für Arbeitsangelegenheiten sei. Auch in diesem Gremium jedoch sei der Informationsfluss nur zäh: Was

vor, während und nach Beschäftigungsmaßnahmen wie den Ein-Euro-Jobs mit den betroffenen Menschen geschehe, sei ihm nicht hinlänglich bekannt. Zudem betonte Degenhardt, dass er seit Beginn seiner Arbeit im Beirat den Ein-Euro-Jobs stets kritisch gegenüber gestanden habe. Dies scheine Arge-Geschäftsführer Ralf Holtkötter zu vergessen, wenn er öffentlich Kritik am DGB übe. Als Beispiel für die typische Handlungsweise der Arge nannte Degenhardt eine Ortsbesichtigung in Rheinbach. Im Anschluss an die jüngste Beiratssitzung habe man dort das Projekt „Neue Pfade für Jugendliche“ in Augenschein genommen. Vor Ort jedoch habe lediglich ein Vertreter des Trägers das Konzept erläutert. Von den Teilnehmern der Maßnahme hingegen sei weit und breit keine Spur gewesen, was seitens der Arge wohl auch so gewollt gewesen sei: „So stelle ich mir eine auf Konsens ausgerichtete Zusammenarbeit nicht vor“, meckerte Degenhardt.

Die sieben wichtigen Aufgaben für den DGB



Britta Wortmann (DGB-Region), Henry Betz, Dietmar Michael Ruhland.

BM-FOTO: HANS DÖRNER

DGB bricht eine Lanze für Pendler

Rhein-Sieg-Kreis - Der regionale DGB begrüßt Vorstöße der SPD, die Pendlerpauschale wieder einzuführen. Die jetzige Regelung, Fahrtkosten erst ab dem 21. Kilometer zu erstatten, habe der Gewerkschaftsbund „stets abgelehnt“, betont sein hiesiger Vorsitzender Ingo Degenhardt. Eine Absenkung der Kilometerpauschale von 30 auf 20 Cent, wie es derzeit im Gespräch sei, weist er allerdings ebenfalls entschieden zurück. Denn das decke noch nicht einmal annähernd die tatsächlichen Fahrtkosten und belaste damit über Gebühr die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Allein im Kreis seien es 104 544 Menschen, die regelmäßig ein- und auspendelten, für Bonn seien es sogar 115 376. Degenhardts Forderung: „Die Pendlerpauschale muss wieder auf das Niveau von 2006 gesetzt werden.“ (il)

Land bringt Lehrer um die Ferien

DGB kritisiert Vorgehen bei befristeten Arbeitsverhältnissen

Demnach verbringen die Pädagogen ihren Urlaub in den Amtsstuben.

Rhein-Sieg-Kreis - Das Land zieht Lehrer über den Tisch. Diesen Verdacht hat Vorsitzender Ingo Degenhardt vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) der Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg. Und er belegt seinen Verdacht mit Zahlen: Im Juni 2007 hätten sich 42 Lehrer neu arbeitslos gemeldet. Insgesamt waren in jenem Monat 271 Lehrer stellenlos. Im Ferienmonat Juli 2007 sei die Zahl der Neuzugänge auf 164 hochgeschwollen, insgesamt lag die Arbeitslosenzahl bei 386. Im August sanken die Neuzugänge auf 57 ab, die der stellenlosen Pädagogen auf 320.

Das deute darauf hin, dass die Zeitverträge vieler Lehrer mit Ende des Schuljahres auch ausliefen, das neue befristete Arbeitsverhältnis beginne erst wieder nach den Ferien.

Der DGB-Vorsitzende macht darin „eindeutige Tendenzen“ aus, dass die Arbeitgeber die Verträge derart gestalten, dass die befristet angestellten Lehrer in den Ferien nicht mehr auf der Gehaltsliste stehen. Ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen um 290 Prozent während der großen Ferien in dieser Berufsgruppe deute auf einen „eindeutigen Missstand“ hin.

Für Degenhardt ein in mehrerer Hinsicht unhaltbarer Zustand. Die Betroffenen würden um ihren Urlaub gebracht, weil sie die Ferien nicht im Freien, sondern auf Ämtern verbrächten. Nebenbei sei dieser bürokratische Aufwand durch nichts

gerechtfertigt. Völlig „unakzeptabel“ sei dagegen, dass die arbeitslosen Lehrer sechs Wochen lang aus den Sozialkassen bezahlt würden, schimpft der DGB-Vorsitzende.

Außerdem stellte der Gewerkschaftsbund fest, dass es inzwischen zunehmend Tarifbeschäftigte auch unter den Lehrkräften an den Schulen gebe. Was zeige, dass heute längst nicht mehr jeder Lehrer automatisch verbeamtet werde.

Das Phänomen der Lehrerarbeitslosigkeit in den Sommerferien werde der DGB in der kommenden Urlaubszeit genau im Auge behalten, kündigt der Gewerkschaftsmann Degenhardt an. Wenn sich die geäußerten Vermutungen bestätigten, würden das der DGB und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) „nicht einfach auf sich beruhen lassen.“ (il)

DGB-Forum für Betriebsräte

(wos) „Betriebsräte und andere Arbeitnehmervertreter sollen sich kennen lernen, miteinander reden und ihre Erfahrungen austauschen. Im Idealfall helfen sie sich später untereinander und tauschen neue Entwicklungen aus.“ Mit diesen Zielen lädt der neue DGB-Ortsvorsitzende Henry Betz zur ersten Betriebs- und Personalrätekonferenz ins Bürgerhaus ein. Angesprochen wurden 60 bis 70 Räte aus Radevormwald und Hückeswagen. Teilnehmen können aber auch nicht angemeldete Arbeitnehmer.

21. Oktober 2006
Demonstration in Dortmund

„Das geht besser.“

Aber nicht von allein! DGB

Infos:
www.bonn.dgb.de

Anmeldung:
0228/965780

DGB-Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg

Gewerkschafter protestieren bei Abgeordneten

AUS DEM KREIS. Gegen Einschnitte bei der betrieblichen Mitbestimmung protestieren Vertreter der regionalen Gewerkschaftsorganisationen. In einem offenen Brief an die drei oberbergischen Landtagsabgeordneten wenden sich die Gewerkschafter gegen die geplanten Änderungen des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG).

DGB-Regionsvorsitzender Ingo Degenhardt fordert die Abgeordneten auf, sich „für den Erhalt eines der erfolgreichsten Mitbestimmungsgesetze einzusetzen“. Die Erklärung wurde außerdem unterzeichnet von Peter Prochnau (Verdi-Bezirksgeschäftsführer) Ulwe Dick (Kreisvorsitzender).

Protest gegen geplante Änderungen

OBERBERGISCHER KREIS - Gegen Einschnitte bei der betrieblichen Mitbestimmung protestieren Vertreter der regionalen Gewerkschaftsorganisationen. In einem offenen Brief an die drei oberbergischen Landtagsabgeordneten wenden sich die Gewerkschafter gegen die geplanten Änderungen des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG).

DGB-Regionsvorsitzender Ingo Degenhardt fordert die Abgeordneten auf, sich „für den Erhalt eines der erfolgreichsten Mitbestimmungsgesetze einzusetzen“. Die Erklärung wurde außerdem unterzeichnet von Peter Prochnau (Verdi-Bezirksgeschäftsführer) Ulwe Dick (Kreis-

„Reformen wälzen Kosten ab“

DGB-Region macht mobil für den bundesweiten Aktionstag

RHEIN-SIEG-KREIS. Am bundesweiten Aktionstag des DGB und seiner Gewerkschaften am kommenden Samstag, dem 21. Oktober, in Berlin, München, Dortmund, Stuttgart und Frankfurt wollen sich auch Gewerkschafter aus der Region beteiligen. Ingo Degenhardt, Regionalvorsitzender der DGB-Region Bonn, Rhein-Sieg und Oberberg, sagte bei einem Pressesgespräch: „Wir gehen von einer hohen Beteiligung aus.“ Zusammen mit seinen Kolleginnen Britta Wortmann und Liv Dizinger organisiert Degenhardt den Bus-transfer nach Dortmund, wo der Aktionstag um 11 Uhr mit Demonstrationsumzügen bis zur Innenstadt beginnen soll. Ab 13 Uhr ist eine zentrale Kundgebung geplant, bei der unter anderem der Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, und der Präsident des Sozialverbandes Deutschland, Adolf Bauer, sprechen werden.

Degenhardt: „Es geht um Politikinhalt, nicht darum, die Große Koalition in Frage zu stellen.“ Die Liste der Politikinhalt ist sehr lang und mit reichlich Kritik verbunden. Schwerpunkte, so Degenhardt, werde der Protest gegen die Gesundheitsreform und die Kritik an der Rente erst mit 67 Jahren sein. Aber auch gegen die beabsichtigte Senkung der Unternehmensbesteuerung, die geplante Mehrwertsteuererhöhung, die Einschnitte bei der Entferrungspauschale und mögliche weitere Verschlechterungen



Das DGB-Trio für Bonn, den Rhein-Sieg-Kreis und den Oberbergischen Kreis (von links) Britta Wortmann, Liv Dizinger und Ingo Degenhardt, ruft zur Teilnahme am Aktionstag auf. (Foto: Böschmeyer)

für Hartz-IV-Betroffene soll am Aktionstag Flagge gezeigt werden.

Degenhardt kritisierte, dass es bei diesen Reformen nie darum gehe, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, sondern stets darum, Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen oder ihnen in die Tasche zu greifen. Unzufrieden ist der DGB auch mit der Situation auf dem Lehrstellenmarkt.

Degenhardt, Wortmann und Dizinger machen unter anderem mit Infoständen auf den Aktionstag aufmerksam. Für den 16. November organisieren sie zusammen mit der IG Metall eine Fachtagung zum Thema „Perspektiven für Beschäftigung und altersgerechte Arbeit“ in Sankt Augustin. Die Tagung soll mit Bildern

NACH DORTMUND

Die Busse nach Dortmund fahren am Samstag, 21. Oktober, jeweils um 8.45 Uhr ab in Siegburg, Kaiserstraße 108 und Bahnhof (Konrad-Adenauer-Allee), in Troisdorf, Bahnhof und

DGB kritisiert neues Ladenschlussgesetz

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, Ingo Degenhardt, übt scharfe Kritik an der Neuregelung der Ladenöffnungszeiten: „Die in vielen Bereichen diskutierte Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf blendet die Düsseldorf Regierungskoalition hier völlig aus.“ Außerdem sieht er negative Auswirkungen für die Kunden: „Wir wissen ja heute schon nicht

DGB-Chef lobt die IHK

RHEIN-SIEG-KREIS/BONN. Mit Interesse hat Bonns DGB-Chef Ingo Degenhardt in der Rundschau die Äußerungen des IHK-Ausbildungsexperten Jürgen Hindenberg zur Problematik der so genannten „Altwerber“ unter den Lehrstellensuchenden gelesen. „Endlich einmal eine klare Aussage zur Situation der Jugendlichen, die schon seit Jahren vergeblich eine Lehrstelle suchen und von einem W...

Standangabe
für LOGOS
in SW

DGB. Der Bund der Gewerkschaften